

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 19. Januar 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pro Nummer 10 Pf., vierteljährlich 3,00 RM., monatlich 1,10 RM., wöchentlich 25 Pf., fest im Jahr. Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntagsnummern mit halber Preiskategorie. Die Neue Welt 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zustellungs-Verzeichnisse. Unter Anhang für Deutschland und Österreich. Ausland 2 Mark für das übliche Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interfusions-Gebühr

Beträgt für die festgesetzte Kolonelle über deren Raum 10 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Der Mansfelder Streik vor dem Reichstag.

Auf Grund einer sozialdemokratischen Interpellation wurde gestern die Regierung im Reichstag zur Verantwortung gezogen wegen der Verbeziehung von Militär in das Mansfelder Streikgebiet. Diese Form der Interpellation hatte gewählt werden müssen, um den Regierungsvertretern die Ausschicht abzuschnitten, daß das Verhalten der Zivilbehörden Landesfache sei und deshalb nur im preussischen Landtag verhandelt werden könne. Natürlich war es nicht nur zulässig, sondern unvermeidlich, die gesamten Fragen, die aus dem Streik sich ergeben, auch bei dieser Gelegenheit zur Erörterung zu bringen.

Der Mansfelder Streik hat darin seine allgemeinere Bedeutung, daß er ein typisches Beispiel dafür abgibt, wie eine ruhig unter altgewohntem Druck dahinlebende, den staatlichen, kirchlichen und kapitalistischen Autoritäten gehorhame Gefolgschaft leistende Arbeiterschaft durch die struppellose Praktiken des Ausbeutertums und seiner Handlanger selbst in den Klassenkampf hineingepreßt wird. Diesen früher so königstreu und lutherisch-demütigen Leuten wurde die Rinde der frommen Denkungsart in gärenden Drachengift verwandelt, als sie einsahen, daß der Versuch einiger ihrer Kameraden, durch Eintritt in eine Arbeiterorganisation auf die Hebung ihrer Lage hinzuwirken, von dem Unternehmertum mit der Brotlosmachung gestraft wurde. Es ist ein glänzendes Zeugnis für die Stärke des Solidaritätsgefühls in der Mansfelder Arbeiterschaft, daß sie dieses freche Attentat auf das Koalitionsrecht mit einem Streik beantwortet hat, unbekümmert darum, daß nur geringe Aussicht für sie bestand, dem übermächtigen Unternehmertum den Sieg zu entreißen. Der Streik nach erfüllt sie eine Niederlage. Aber das ist eine jener Niederlagen, die die Mütter künftiger Siege sind. Aus der Asche des verlorenen Streiks schwingt sich der Phönix der Arbeiterolidarität siegreich empor, um neue und dann erfolgreichere Klassenkämpfe zu befehlen.

Genosse Sachse hatte es unternommen, die Ursachen des Streiks sowie die Sinnlosigkeit des Eingreifens der Zivil- und Militärbehörden zu begründen. In einer großen Zahl von Einzelfällen zeigte er, wie elend die Löhne, wie hart der Druck der Unternehmer war und wie schließlich die Mahregelung von 45 Bergleuten, die sich dem Bergarbeiterverbande angeschlossen, noch die Kameraden in den Streik hineintrieb. Ganz übersichtlich ist das ganz gewöhnliche Vorkommnis einer Massenanhäufung von streikenden Arbeitern in Helmstedt mit nachfolgender Anrempelung von Streikbrechern zum Anlaß der Entsendung von Militär in das Streikgebiet genommen worden. Gerade der stetigen Mahnung der Verbandsleiter zur Ruhe und zur Besonnenheit ist es zu danken gewesen, daß keinerlei ernstliche Ausschreitungen vorgekommen sind. Das Militär hat keine Gelegenheit zum Blutvergießen erhalten. Nur einige höchst überflüssige Verhaftungen, sogar von Frauen, sind in den Siegesbulletins des herrlichen Kriegsheeres zu verzeichnen gewesen. Aber gerade die Heranziehung des Militärs hätte die Gefahr von Blutvergießen heraufbeschworen. Wie könne der Reichstagsler das verantworten?

Der Major von Bethmann Hollweg war nämlich wieder nicht zur Stelle, obgleich der militärische Anstich der Interpellation sein Dragonerherz eigentlich hätte höher schlagen lassen und ihn zum Kampfplatz treiben müssen. Offensichtlich buldigte er aber dem wenig soldatischen Grundsatz: Weit vom Schuß ist's wohliger.

An seiner Stelle ergriff wieder der übliche Stellvertreter Deibrück das Wort. Und wiederum wies er, eins, zwei, drei, aus den Gesetzesparagrafen nach, daß formell alles im Lot ist! Und wiederum wurde das hergesprochen in dem nämlichen trockenen Pöschpapierton mit den nämlich steinernen Gesichtszügen, die den Eindruck verstärken, daß man da nicht einen lebendigen Menschen, sondern eine nett konstruierte Paragrapheklärungsmaschine in Bewegung gesetzt hat. Um die Psychologie einer Volksbewegung zu verstehen, fehlen dem Deibrück-Motor offenbar die Organe.

Nach ihm rückte dann der neue Kriegsminister Herr v. Heeringen vor die Front. Man hatte in unseren Reihen wohlwollend die Ansicht ausgesprochen, es müsse dem General mit dem alttestamentarischen Patriarchenbart doch höchst unangenehm sein, seine Antrittsrede zur Rechtfertigung einer militärischen Arbeiterbekämpfung halten zu müssen. Er bewies jedoch in den ersten Worten, daß er sich völlig der vorherrschenden Gamaschenpolitik angepaßt hat. Erklärte er es doch für „ein Glück“, zuerst zur Verteidigung der Armee gegen ungerechte Angriffe“ das Wort nehmen zu können. Die Armee habe einfach der Requisition der Zivilbehörden Folge zu leisten gehabt. Alle Uebergriffe der Offiziere bestritt der General. Eine Frau sei überhaupt nicht verhaftet worden. Seine Behauptung, die Bevölkerung sei verhehrt worden, wurde mit würdevollen Zureifen der Sozialdemokraten: „Beweise!“ beantwortet. Doch blieb der General diese Beweise schuldig. Schließlich milderte er den unglücklichen Eindruck seiner Worte durch das Eingeständnis ab, daß es den Offizieren doch lieber

sein würde, wenn sie zu solchen Aufgaben nicht kommandiert würden.

In der Diskussion betätigte zunächst der Abgeordnete für Mansfeld, Herr Dr. Arndt, in schönster Scharfmachertweise seine Arbeiterfeindschaft und Sozialistenangst. Doch das bot nichts Neues. Weit interessanter war die Rede, mit der der Zentrumsabgeordnete Dr. Fleischer sich als Streikbrecherhauptidee enthüllte. Anders hätte Herr Vogel auch kaum seine Sache gegen die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie führen können. Sehr energisch trat dagegen der Freisinnige Gotthein für das Koalitionsrecht der Arbeiter ein und verurteilte auch die überflüssige Verbeziehung des Militärs. Selbst der nationalliberale Vergrat Vogel aus Siegen nahm den Arbeitern gegenüber einen wohlwollenderen Standpunkt ein als der Führer der katholischen Fachvereine. Der konservative Abg. Pauli-Potsdam lehnte den brutalsten Unternehmerstandpunkt heraus und befandete seine völlige Verständnislosigkeit für die Arbeiterolidarität, indem er es für eine grenzenlose Frivolität erklärte, wenn wegen einer Aussperrung von nur 45 Leuten Tausende in einen Streik einträten. Der Christlichsoziale Behrens suchte einen vermittelnden Standpunkt einzunehmen, bewies aber dadurch nur, daß ihm der Sinn des proletarischen Klassenkampfes völlig abgeht.

Genosse Kunert wies in später Stunde noch die gegnerischen Angriffe zurück, wobei er besonders eine durchschlagende Wirkung durch Verlesung eines Artikels aus Herrn Fleischers Organ: „Der Arbeiter“ erzielte, in dem nicht nur die sozialdemokratischen, sondern auch die christlich-sozialen Arbeiterorganisationen als revolutionäre denungirt werden.

Das gab dem Zentrumsabgeordneten Giesberts Anlaß, in einer persönlichen Bemerkung sich scharf gegen seinen Fraktionskollegen Fleischer auszusprechen, so daß, als um 8 Uhr abends die Debatte zu Ende ging, Herr Dr. Fleischer als moralische Leiche auf dem Kampfplatz blieb. So hat denn die Zentrumsparlei mit der Regierung zusammen die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Der Jugendausflug als „Aufruhr“.

Eine schier ungläubliche Anklage wurde am Dienstag vor der dritten Strafkammer des Landgerichts Berlin II verhandelt. Zwei 20jährige Teilnehmer an dem Ausflug der Freien Jugendorganisation vom 20. Juni v. J. waren angeklagt der Teilnahme an einem Aufruhr, der Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Geseze und des — Aufruhrs!

Der Ausflug, bei dem diese schweren Vergehen verübt worden sein sollen, hat schon vor einiger Zeit zu einem Verfahren vor dem Jugendgericht zu Köpenick geführt. Unseren Lesern wird die Verhandlung noch in der Erinnerung sein. Auf einer Waldparzelle am Ausgang von Nieder-Schöneweide war die Gruppe Südost der Jugendorganisation, die sich dort zum Frühstück gelagert hatte, von den Gendarmen auseinandergetrieben worden. Zwei jugendliche Teilnehmer wurden dabei von den Gendarmen festgenommen und hatten sich später vor dem Jugendgericht unter der Anklage des Aufruhrs zu verantworten, das den einen freisprach und den anderen verurteilte.

Die jetzt vor der Strafkammer angeklagten Teilnehmer, der Schlosser Tischdert und der Klempner Böse, konnten ihres Alters wegen nicht vor das Jugendgericht gestellt werden. Und ihre angeblichen Vergehen sind dann im Laufe der Voruntersuchung, obgleich die ursprüngliche Anzeige des Gendarmenwachmeisters Donath ein ziemlich harmloses Geplätsch trug, der Staatsanwaltschaft so schwer erschienen, daß sie die Anklage wegen Aufruhrs erhob.

Die Gruppe Südost der Jugendorganisation war belamüht unter dem Gesang freireligiöser Lieder von Treptow nach Nieder-Schöneweide gegangen. Von einer Störung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit war natürlich keine Rede. Aber einige besonders stramme Ordnungsgente haben sich anscheinend in ihren heiligsten Gefühlen verletzt gefühlt, weil von einem der Teilnehmer ein rotes Banner getragen wurde, das die Aufschrift trug: „Freie Jugendorganisation Südost“. Von diesen Patrioten sind die Gendarmen auf den „Zug“ aufmerksam gemacht worden. Auf der Waldparzelle haben dann die Gendarmen in ihrer Weise den bedrohten Staat gerettet. Ihr „Einschreiten“ wurde in der Verhandlung von mehreren Zeugen also geschildert:

Einige der Ausflügler hatten sich bereits erhoben, andere sahen noch beim Frühstück. Da sprang Gendarmenwachmeister Donath, die Hand an Säbelgriff, herzu und schreit: „Verfluchte Lausjungens, macht, daß Ihr hier fortkommt!“ Die jungen Leute sprangen erschreckt auf, die Mädchen freizügig geängstigt, alles stob auseinander. Die Gendarmen schimpften weiter: „Verfluchte Bande, Vengels.“ Gendarm Karnit sagte zu den jungen Mädchen: „Sausüde, Schweine, Ihr seid wert, daß man Euch einen Säbel durch die Nase zieht mit samt Weibel, Zubeil und den anderen.“ Einer der Gendarmen bemächtigte sich des roten Banners und konfiszerte es. Zwei Teilnehmer des Ausfluges, eben die beiden, die später vom Jugendgericht abgeurteilt worden sind, wurden von den Gendarmen festgenommen. Die übrigen Ausflügler zerstreuten sich. Zwei von ihnen, die jetzt angeklagten Tischdert und Böse, begaben sich nach einer Haltestelle der Straßenbahn, um nach Köpenick zu fahren. Als sie an der Haltestelle

standen, forderte sie Donath auf, mitzukommen nach dem Amtsbureau, wo ihre Personalien festgestellt wurden.

Die Gendarmen wollten nicht geschimpft haben und behaupten, als nach ihrem Einschreiten die Ausflügler auf dem Bürgersteig der Straße standen, hätten sie, die Beamten, die Menge wenigstens diesmal in aller Form aufgefordert, auseinanderzugehen. Die Aufforderung sei aber nicht befolgt worden. Die Menge habe die Beamten umringt, es seien Schirme und Stöcke gegen sie erhoben und gerufen worden: „Gout ihn!“ Daß die beiden Angeklagten solche Rufe ausgestoßen haben, können die Gendarmen nicht sagen. Dagegen behaupten sie, die Angeklagten hätten nach der Aufforderung, auseinander zu gehen, in die Menge hineingerufen: Nicht weitergehen, die Gendarmen kennen die Geseze nicht, wie werden sie befehlen.

Die Angeklagten erklärten in Uebereinstimmung mit mehreren Entlastungszeugen, es sei ihnen gar nicht eingefallen, die Menge gegen die Gendarmen aufzureizen. Im Gegenteil, sie hätten sich bemüht, ihre Genossen zu beruhigen und sie aufgefordert, nicht den Gendarmen, welche die beiden Eiflierten abführten, zu folgen, sondern weiter zu gehen in der entgegengesetzten Richtung, nämlich nach Köpenick. — Andere Zeugen, sowohl jugendliche Teilnehmer des Ausfluges als auch unbeteiligte erwachsene Männer, die in nächster Nähe der Gendarmen standen, haben von einer dreimaligen Aufforderung zum Auseinandergehen nichts gehört, sondern nur bemerkt, daß die Gendarmen unter Schimpfworten auf die Jugendlichen sagten: Macht, daß Ihr fortkommt! Aus dem Walde! usw.

Der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld suchte im Laufe der Verhandlung festzustellen, wie es kam, daß sich die ursprüngliche verhältnismäßig harmlose Anzeige des Wachmeisters Donath zu dieser gefährlichen Anklage verdichten konnte. Gendarmenwachmeister Donath, der bei diesen Fragen eine vom Vorsitzenden gerichtete nervöse Unruhe zur Schau trug, antwortete ausweichend, schließlich erklärte er, er habe seine Anzeige allgemein gehalten, die Einzelheiten seien ihm erst später bei den Vernehmungen in Erinnerung gekommen.

Das Ergebnis der Beweisaufnahme erschütterte die Grundlagen der Anklage dermaßen, daß selbst der Staatsanwalt sich genötigt sah, die Anklage soweit fallen zu lassen, als sie die Angeklagten des Aufruhrs beschuldigt. Dagegen meinte der Staatsanwalt, daß die Angeklagten durch die Aussagen der Gendarmen überführt seien, an einem Aufruhr teilgenommen und eine Menschenmenge zum Ungehorsam gegen Geseze, nämlich den Aufmarschparagrafen, aufgefordert zu haben, indem sie die angeblich von den Gendarmen dreimal zum Auseinandergehen aufgeforderte Menge aufgefordert hätten, nicht auseinanderzugehen. Als Milderungsgrund konnte die Unbescholtenheit und die Jugend der Angeklagten, die sich von älteren Leuten, verfolgen ließen, in Betracht Andererseits aber müsse energisch dagegen eingeschritten werden, daß schon die Jugend anfangs, sich zu organisieren — —. Hier stützte der Staatsanwalt einen Diemont vor seinen eigenen Worten und setzte dann vorsichtig hinzu: und die Geseze zu verlegen. Es müsse für alle Fälle ein warnendes Beispiel statuiert werden. Von einer Geldstrafe sei abzusehen, jeder der Angeklagten solle mit zwei Monaten Gefängnis bestraft werden!

Der Verteidiger Rosenfeld legte unter eingehender Würdigung der Beweisaufnahme dar, daß die Beamten ohne jeden Grund gegen die Ausflügler eingeschritten seien. Gegen die Angeklagten sei nichts erwiesen. Man komme nicht um den Umstand herum, daß der Zeuge Donath zunächst eine verhältnismäßig harmlose Anzeige machte. Gewöhnlich sei es so, daß man bei der ersten Darstellung eines Vorganges zu Ueberreibungen neige. Hier sei das Umgekehrte der Fall. Das gebe zu berechtigten Zweifeln in die Angaben der Gendarmen Veranlassung, die ja auch durch die anderen Zeugen widerlegt seien. Wenn der Staatsanwalt meine, es müsse energisch dagegen eingeschritten werden, daß sich die Jugend organisieren, dann müßten doch zunächst die Geseze geändert werden, denn bis jetzt habe doch die Jugend das Recht, Vereine zu bilden. Wolle das Gericht auf das vom Staatsanwalt beantragte Strafmaß erkennen, dann würde die Verlesung naheliegen, einen Vergleich zu ziehen zwischen der Beurteilung solcher Fälle, wo junge Leute der Arbeiterklasse in Frage kommen und anderer, wo wie kürzlich in Marburg, Studenten wegen nicht gerade harmloser Ausschreitungen mit 80 R. bestraft wurden. — Der Verteidiger beantragte die Freisprechung der Angeklagten.

Das Gericht erkannte nach kurzer Beratung auf Freisprechung beider Angeklagten. Der Tatbestand ist nach Ansicht des Gerichts hinreichend aufgeklärt, aber es ist nicht festgestellt, daß die Angeklagten die dreimalige Aufforderung zum Auseinandergehen der Menge gehört haben. Auch gilt nicht festgestellt, daß ihnen zum Bewußtsein gekommen ist, es finde eine Zusammenrottung statt und daß sie eine strafbare Handlung im Sinne der Anklage begingen.

Daß aus dem harmlosen Jugendausflug eine Aufruhranklage desillustriert werden konnte, das mag dem Leser nach der Lektüre des Verhandlungsberichts noch unverständlich und ungeheuerlich erscheinen als vor der Kenntnis des Tatbestandes. Es gibt indes einen durchaus zureichenden Grund dafür. Er heißt: Jugendorganisation!

Die Rixdorfer Wahlrechtsverfälschung für ungesetzlich erklärt!

Gestern hat das Oberverwaltungsgericht in dem Prozeß des durch Rechtsanwalt Wolfgang Heine vertretenen Genossen Conrad gegen die Aufstellung der auf Grund der Wahlrechtsverfälschung aufgestellten Rixdorfer Wählerlisten das zugunsten des Klägers ergangene Urteil des Bezirksauschusses bestätigt. Damit ist die von den Rixdorfer Wahlrechtsräubern vorgenommene Wahlrechtverfälschung der Arbeiter für gescheitert erklärt. Unsere Leser entnehmen sich, daß Genosse Conrad beantragt hatte: die Gemeindevählerliste der Stadt Rixdorf zu kassieren und eine solche erneut nach dem Prinzip der Steuerdrittteilung vorzunehmen. Dieser Klage hatte der Bezirksauschuss stattgegeben und dahin erkannt: „die im August 1908 aufgestellte Liste der stimmsfähigen Bürger in Rixdorf ist anderweit in der Weise aufzustellen, daß jeder Wählerabteilung ein Steuerbetrag von 889 880,60 Mark zu Grunde gelegt wird.“ Dieses Urteil griff die Stadtverordnetenversammlung an. Der erste Senat des Oberverwaltungsgerichts fällt unter Vorsitz des Präsidenten v. Vitter nach mehr als dreistündiger Verhandlung folgendes Urteil: Die Entscheidung des Bezirksauschusses wird dahin bestätigt, daß die am 15. August 1908 ausgelegte Liste der Stimmsfähigen für ungültig erklärt wird. Gründe: Wenn man das Gesetz von 1900 unbefangenen Auges ansieht, so geht zweifellos daraus hervor, daß nach § 2 in denjenigen Gemeinden, wo nach der letzten Volkszählung mehr als zehntausend Einwohner seien, die Drittteilung festgesetzt werden solle nach dem Prinzip des § 1, aber mit einer gewissen Modifikation namentlich hinsichtlich der sogenannten Ueberdurchschnittswähler. Aber an dem System selbst in bezug auf die drei Klassen sei nichts geändert. Eine Aenderung sei infolgedessen eingetreten, als die, die über den Durchschnitt der gesamten Steuern zahlen, aufsteigen sollen in die höhere Klasse, aber nicht, daß die, die nicht den Durchschnitt zahlen, zurückversetzt werden sollen in die niedrigere Klasse. Es würde mit der Absicht des Gesetzes in Widerspruch stehen, wenn man so, wie der Vertreter der Stadtverordnetenversammlung es wünschte, das Gesetz auslegen wollte. Der Vertreter der Stadt habe zweierlei für seine Auffassung geltend gemacht. Einmal sage er, die Tendenz sei dahingegangen, den Mittelstand zu schützen, und dies würde nicht erreicht durch die Auslegung des Klägers und des Bezirksauschusses. Darauf möge zugegeben werden, daß in bestimmten Orten das Gesetz nicht so zur Ausführung gelange, wie es ursprünglich beabsichtigt war. Der Richter könne aber nicht über das Gesetz hinausgehen. Wenn Schädigungen eintreten, dann müßte es der weiteren Gesetzgebung überlassen bleiben, sie zu heilen. Zweitens verweise der Vertreter der Stadt auf die Worte... „oder verringert sich“ im § 2 des Gesetzes von 1900. Das sei ebenfalls verfehlt. Denn das Wort „verringert“ sei nicht anders aufzufassen als im Schlusssatz des § 1, habe also eine ganz andere Bedeutung, als der Vertreter der Stadt meine, und komme für den Streitfall gar nicht in Betracht. Jeder Zweifel daran sei durch eine Erklärung des Vertreters der Staatsregierung des Gesetzes behoben. Somit sei jene Wählerliste ungültig.

Nach dieser Entscheidung dürfte auch das vielumstrittene Rixdorfer Urteilstatut, das mit dem anderthalbsachen Durchschnitt rechnet, einen Schlag ins Wasser darstellen. Darin liegt die hohe Bedeutung des vorliegenden wichtigen Urteils.

Der zweite Wahltag in England.

(Privatdepeschen des „Vorwärts“.)

London, 18. Januar. Von den 670 Sitzen, die das Unterhaus zählt, sind bis jetzt 208 besetzt. Gewählt sind 94 Konservative, 81 Liberale, 15 Kandidaten der Arbeiterpartei und 13 Freie. Die Konservativen haben bisher einen Reingewinn von 30 Mandaten. Die Arbeiterpartei hat zwei Sitze neu gewonnen, dagegen vier verloren. Die sozialdemokratische Partei vermochte bisher kein Mandat zu erringen. Ihre Kandidaten konnten auch nirgends eine nennenswerte Stimmenzahl aufbringen mit Ausnahme Hyndmans, der in Burnley rund 5000 Stimmen erhielt.

Von der Arbeiterpartei sind bisher folgende Genossen gewählt: B. Thorne (West Ham), Macdonald, Phillip Snowden (Blackburn), W. Hudson (Newcastle), J. Pointer (Alderley), J. R. Clynnes (Manchester, Nordost), J. A. Seddon (Newton), A. G. Gill (Bolton), E. W. Jowett (Bradford), J. D'Grady (Leeds), J. Parler (Glasgow), G. S. Roberts (Norwich), Twiss (Wigan), J. S. Thomas (Derby) und G. J. Wardle (Stockport).

Die Ergebnisse der ersten zwei Wahltage gestatten die Voraussage, daß die Konservativen im ganzen höchstens 100 Mandate gewinnen werden, so daß die liberale Mehrheit immer noch 100 Stimmen betragen würde. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß der Schutzgedanke stark an Anhang gewonnen hat, wenn auch die Schutzgelder noch nicht stark genug sind, um die Freihändler zu schlagen. Der reiche, schleimende Süden und Südwesten Englands mit seinen zahlreichen Herrensitzen und Lakaienherden wählt größtenteils Torys, der industrielle Norden liberal und sozialistisch.

Heute wird in Northampton gewählt, wo die Genossen Duesch und Gribble für die sozialdemokratische Partei kandidieren.

Weitere Wahlergebnisse.

London, 18. Januar. In der City von London erhielten die Unionisten Balfour und Vanbury 17 907 resp. 17 302 Stimmen, der Liberale Bell 4623 Stimmen; Balfour und Vanbury sind mithin gewählt. In Woolwich siegte der Unionist Adam mit 8715 Stimmen über den Arbeiterführer Crooks, der 8420 Stimmen erhielt. Auch in Gateshead wurde der Kandidat der Arbeiterpartei und der Bergarbeiter, J. Johnson, und zwar von einem Liberalen geschlagen. Bei dieser Wahl kam es zu einem Zwischenfall. Mehrere 1000 Grubenarbeiter der Grafschaft Durham hatten sich gestern nach Gateshead begeben, um gegen die Wahl Johnsons zu protestieren, dem sie vortwarfen, daß er ihre Interessen bei der Frage des Achstundentages nicht genügend vertreten habe. Da man den Arbeitermassen nicht bereitwillig genug entgegenkam, drangen sie in das Bureau einer Grube ein, schlugen die Fenster entzwei, zertrümmerten

die Türen, Stühle, Tische, Bänke und warfen die Möbelstücke zum Fenster hinaus in den Schacht hinein. Die Grubenverwaltung requirierte sofort Polizei, die einen Ordnungsdienst einrichten mußte.

Auch in Hunsbury Central unterlag der Führer der Arbeiterpartei Steadman mit 3187 Stimmen dem Unionisten Archer-Shee.

Bemerkenswert ist die Wahl in Portsmouth, wo der bekannte Flottenagitor und Panikmacher Admiral Lord Charles Bessford und Lord Halle mit 16 777 resp. 15 592 Stimmen gewählt wurden; der Liberale Bramsdon erhielt 12 397 Stimmen, der Liberale Lambert 9965, das Mitglied der Arbeiterpartei Sanders 3529.

Im allgemeinen haben die konservativen Stimmen auch an diesem Tage stark zugenommen, während die liberalen abnahmen. So wurde der Minister Burns zwar in Battersea wiedergewählt, aber seine Mehrheit verringerte sich von 1400 auf 645 Stimmen.

Preßstimmen.

London, 18. Januar. Die Haltung der englischen Presse ist dieselbe wie am ersten Wahltage. Die „Times“ schreiben: „Die Resultate des gestrigen Tages kommen denen vom Sonnabend sehr nahe. Der Kampf war überall sehr lebhaft, hier und da sogar erbittert und die Zahl der Besiegten hat sich vergrößert. Man muß zugeben, daß die Unionisten nicht den von ihnen erwarteten Erfolg zu verzeichnen hatten, den Erfolg, den sie nach den Wahlen vom Sonnabend hatten annehmen können! Der allgemeine Charakter der Wahlen ist aber der gleiche geblieben. Die großen Industriezentren trennen sich sehr scharf von den übrigen Teilen Englands.“

Recht zuverlässig meint der konservative „Standard“: „Der Erfolg der Unionisten, obgleich ermutigend, erscheint doch noch nicht vollständig. Obgleich Siege mit Niederlagen bunt gemischt waren, ist das Resultat des Tages als entschieden gut zu betrachten, ja sogar als besser als das Ergebnis des Sonnabends. Nach der jetzigen Sachlage glauben wir nicht, daß die Liberalen noch länger auf Sieg rechnen werden.“

„Morning Post“ sagt: „Im großen und ganzen werden die Unionisten mit dem gestrigen Resultat zufrieden sein können. Die Anzahl der Siege ist vielleicht nicht so groß, wie man gehofft hat. Es unterliegt indessen keinem Zweifel, daß der Boden, auf dem wir gestern arbeiteten, oft sehr ungünstig war. Keine Erfolge konnten in Nordengland erwartet werden, und die Resultate waren dort deshalb auch nicht überraschend. Natürlich ist der Kampf erst im Beginn begriffen, und die Erwartungen der Liberalen werden wahrscheinlich noch mehr enttäuscht werden.“

Von den liberalen Blättern sei zunächst das „Daily Chronicle“ zitiert: „Die Resultate des zweiten Wahltages scheinen noch besser zu sein, als die des ersten. Die Unionisten jubeln. Die Jubelrufe der Unionisten sind ebenso lächerlich wie vorzeitig gewesen. Die Liberalen hatten eben eine größere Front dem Angriffe der Unionisten ausgesetzt, wie es bei ihrer enormen Majorität auch der Fall sein mußte und wir haben natürlich einige Verluste erlitten. Die Liberalen und die Arbeiterpartei haben indes auch mehrere Siege errungen. Ihre Sache steht nicht schlecht und das Gesamtergebnis ist sehr zufriedenstellend.“

Und die „Daily News“ meinen: „Die Schlüsse, die wir aus den Wahlen vom Sonnabend gezogen haben, haben nicht gezeugert, sich zu bestätigen. Der große Kampf hat gezeigt, daß die Industrie für den Freihandel und für das Recht des Volkes ist, während der Reichthum und der Wohlstand nur für den Protektionismus und seine Privilegien kämpfen.“

Der heutige Wahltag.

London, 18. Januar. Am heutigen Wahltage werden in 48 Wahlbezirken 48 Abgeordnete gewählt werden. In den Londoner Wahlbezirken waren bisher 11 Liberale und 3 Unionisten vertreten, während von den 34 Provinzbezirken 18 Liberale, 7 Konservative, 6 Abgeordnete der Arbeiterpartei und 3 den Ministerien angehört haben, von denen Minister Buxton in Wopla und Minister Churchill in Debbesbury waren.

Ohne Gegenkandidaten.

London, 18. Januar. In Antrim (Central) wurde ein Unionist, in Mayo (Dist) ein Nationalist, in Burton ein Unionist, in Westmeath (Süd) ein Nationalist, in Londonderry ein Unionist und in Leitrim (Nord) ein Nationalist gewählt. Gegenkandidaten waren in allen diesen Orten nicht aufgestellt. In Swansea wurde der liberale Abgeordnete wiedergewählt.

Wahlen in Irland.

London, 18. Januar. In den letzten Wahlbezirken Wicklow (West), Louth (Süd), Kings county, Sligo (Nord), Donegal (Süd), Waterford (Dist), Wexford (Süd), Tipperary (Dist), Cavan (West), Simerick (West), Rare (Dist) wurden überall Nationalisten, in Armagh (Nord) ein Unionist gewählt, ohne daß Gegenkandidaten aufgestellt waren. Im Londoner Bezirk Wandsworth wurde der bisherige unionistische Vertreter wiedergewählt. Bis 5 Uhr nachmittags waren 99 Unionisten, 73 Liberale, 17 Arbeitsparteiliche und 27 Nationalisten gewählt. Die Unionisten gewinnen bisher 89, die Liberalen 9 Mandate.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Januar 1910.

Das böse Gewissen.

Der Bülow-Bloch ist tot, die Reichsfinanzreform ist unter Dach und Fach gebracht, aber weder die alten noch die neuen Blochbrüder können sich ihres Werkes freuen. Zwar hatte der preussische Finanzminister an die Parteien die dringende Bitte gerichtet, die Vergangenheit vergessen sein zu lassen und den Blick in die Zukunft zu richten, aber was nützt eine solche Aufforderung, wenn das böse Gewissen die Verbrecher nicht schlafen läßt! Alzu gern möchten sie sich reinwaschen, die Herren aus den verschiedensten bürgerlichen Lagern, allzu gern möchte die eine Partei immer der anderen die Schuld in die Schuhe schieben, aber da sie allzumal Sünder sind, so treten durch diese gegenseitigen Vorwürfe ihre Sünden nur um so deutlicher in die Erscheinung.

Dies ist in kurzen Zügen das Bild, das der dritte Tag der Etatsberatung im Abgeordnetenhaus bot. Ueber den Etat selbst wurde so gut wie nichts mehr gesprochen. An sich ist das natürlich kein Fehler, denn Etatsdebatten, die sich lediglich auf finanztechnischen Gebiete bewegen, sind langweilig zum Einschlafen. Wenn wir trotzdem über die sonst recht interessante und stellenweise äußerst lebhaft debattierten nicht sonderlich befriedigt sind, so deshalb, weil dabei die wichtigste innerpolitische Frage Deutschlands, die Frage der Wahlreform, zu kurz gekommen ist!

Eigentlich verbreitete sich am Dienstag nur noch der freisinnige Redner Abg. Dr. Bachnide über die Wahlrechts-

frage. Herr Bachnide gehört zu den Unverbesserlichen, die sich auch jetzt noch nicht davon überzeugen lassen können, daß der Bloch ein unfünftiges reaktionäres Gebilde war; im Innersten seines Herzens schwärmt er noch immer für den Bloch, er schreit förmlich die Stunde herbei, in der aufs neue die Blochära inaugurirt wird. Er konnte sich denn auch nicht zu der Erklärung aufschwingen, daß die Freisinnigen Schulter an Schulter mit der Sozialdemokratie den Kampf für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht aufnehmen werden. Ja, fast scheint es, als ob die Freisinnigen a la Bachnide sich mit jeder, auch noch geringen Reform begnügen werden!

Nach dem Freisinnigen Bachnide ergriff der konservative Scharfmacher v. Arnim das Wort, der diesmal ausnahmsweise nicht mit gefälschten Zitate operierte, sondern sich begnügte, vor dem Gift der Sozialdemokratie zu warnen und die Regierung zu noch niederträchtigerem Terrorismus gegen die Staatsarbeiter aufzufordern, als wie sie ihn bisher schon geübt hat.

Den Schluß der Sitzung bildete eine stürmische Auseinandersetzung zwischen den Nationalliberalen und dem Zentrum, Auseinandersetzungen, die an die Zeiten des schlimmsten Kulturkampfes erinnerten. Einen breiten Raum nahmen in dieser Auseinandersetzung die angeblichen Wahlbündnisse ein. Die Nationalliberalen warfen dem Zentrum ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie vor, das Zentrum wieder suchte die Nationalliberalen als Verbündete der Sozialdemokratie hinzustellen. In Wirklichkeit liegt es so, daß beide sich gern die Unterstützung der Sozialdemokraten gefallen lassen, daß sie auch um sozialdemokratische Wahlhilfe betteln, aber hinterher alles leugnen möchten, aus Furcht, sie könnten sich kompromittieren. Für uns hat die ganze Debatte mehr einen humoristischen Beigeschmack, der noch dadurch pikanter wird, daß ab und zu dem einen oder dem anderen Redner ein wertvolles Geständnis einschließt. So erzählte z. B. der Abg. Gerold, daß bei der letzten Reichstagswahl das Zentrum bereit war, in 7 oder 8 rheinischen Wahlkreisen für die Nationalliberalen zu stimmen, falls diese in Köln das Zentrum unterstützen würden, und daß kein anderer als der Oberpräsident der Rheinprovinz sich die größte Mühe gegeben hat, dies Kompromiß zu schmieden. Und da wagt man es, davon zu reden, daß die Behörden sich objektiv verhalten, daß sie über den Parteien stehen und keine Wahlbeeinflussungen treiben?

Der Etat wurde schließlich der Budgetkommission überwiesen, in der die Sozialdemokratie nicht vertreten ist.

Am Mittwoch steht die Besprechung der beiden Interpellationen des Zentrums und der Voten über die Rattowischer Maßregelungen auf der Tagesordnung.

Die Geschäftslage im Reichstag.

Im Seniorenkonzert wurde am Dienstag abermals über die Vereinfachung der Geschäfte gesprochen. Dabei wurde der Vorschlag gemacht, daß man vor allen Dingen beginnen müsse mit der weiteren Kontingentierung der Debatten zum Reichsamt des Innern. Es wurde der Vorschlag gemacht, eine Spezialisierung der Thematika bei der Generaldiskussion eintreten zu lassen. Allein man kam dahin, daß für diesmal die Angelegenheit verfrüht sei; man müsse darüber in den Fraktionen beraten, um später vielleicht zu einer anderen Regelung der Debatten zu kommen. Für diesmal wird die Angelegenheit also wie sonst behandelt.

Dann kam man überein, daß, wenn Interpellationen zur Verhandlung kommen, von der Partei, die die Interpellation eingebracht hat und begründen ließ, außer dem begründenden Redner noch ein Redner dieser Partei zu Worte kommen soll. Eher soll eine Vertagung der Debatte nicht eintreten. Es wurde auch noch über die Initiativanträge gesprochen, die eventuell als Resolution zum Etat des Innern eingebracht werden könnten. Die Ansichten darüber waren sehr geteilt. Man kann die Resolutionen nicht ganz entbehren, und man kann auch die Initiativanträge nicht fallen lassen, weil sie die Stellung der einzelnen Parteien zu den verschiedensten Fragen markieren. Außerdem wurde gewünscht, daß die Schwerinstage innegehalten werden. Da nun die Zeit bis Fertigstellung des Etats eine sehr kurze ist, so wurde der Wunsch geäußert, daß mindestens alle 14 Tage ein Schwerinstag bis zur Fertigstellung des Etats stattfindet.

Klerikale Staatscherevitil.

Der Konflikt zwischen den Bischöfen von Metz und Straßburg und der Regierung Elsaß-Lothringens scheint tatsächlich den von uns vorausgesagten Ausgang zu nehmen. Nachdem der Statthalter Graf v. Wedel nochmals eine halbe Verwahrung eingelegt hat, hält er es für das Beste, zu schweigen und dem Klerikalismus das Terrain zu überlassen. Und dieser nutzt im Bewußtsein seiner stärkeren Position die günstige Gelegenheit nach Kräften aus. So veröffentlicht z. B. die „Germania“ einen längeren Artikel zu dem Kompetenzkonflikt, in welchem sie offen im Anschluß an Thomas von Aquino und dessen neueren jesuitischen Interpreten die Ansicht vertritt, daß da die katholische Kirche Gottes Stellvertreterin auf Erden ist und der Mensch Gott mehr geborchen muß als den Menschen, auch jeder Staatsbeamte die kirchliche Autorität über die staatliche zu stellen hat. Wörtlich heißt es in dem für die Ansprüche des Klerus recht charakteristischen Artikel:

„Will nun die „Kreuzzeitung“ jetzt, im Gegensatz zu ihren früheren Ausführungen, etwa leugnen, daß die Kirche das erste Anrecht an das Gewissen ihrer Gläubigen hat, daß also auch Staatsbeamte der Kirche (als Gottes Stellvertreterin) mehr gehorchen müssen, als dem Staate? Ober will die „Kreuzzeitung“ dem Staate, das heißt der jeweiligen Regierung, auch alle Gewalt über die Gewissen der Staatsbürger, wenigstens über die der Beamten, zuweisen.“

Wir können nicht annehmen, daß die „Kreuzzeitung“ über die aus ihrer vorkiehend abgedruckten, geradezu ungeheuerlichen Auslassung sich ergebenden Konsequenzen sich klar gewesen ist; denn wer die Theorie aufstellt, daß in erster Linie der Staat — gleichviel ob heidnisch oder christlich — Herr über die Gewissen sei, spricht damit aus, daß zum Beispiel die ersten Christen Unrecht taten, als sie dem Staatsgebot: den Widwen zu opfern, nicht Folge leisteten, und daß sie somit den Martirer wurden, den sie erlitten, verdient hatten. Und daß weiter die Thousans, die während der ersten französischen Revolution gegen die Jakobiner kämpften und der Revolution sich nicht anschließen wollten, mit Recht die Guillotine bestiegen mußten. Und zu einer solchen Theorie sollte ein christlich sich nennendes Blatt sich bekennen wollen?

Wir glauben aber kaum, daß das evangelisch-konservative Blatt ein solche heidnische Staatsomnipotenz,

Die den größten Gewissenszwang bedeuten würde, verteidigen oder empfinden kann. In Gewissenssachen entscheidet neben dem gottgegebenen kirchlichen Oberbittensamt das religiöse Pflichtbewußtsein des einzelnen Menschen, auch des Beamten, nach dem göttlichen Gebote: „Du sollst Gott mehr gehorchen, als den Menschen“, das doch auch in der ewangelischen Bibelanschauung stehen dürfte. Daraus mögen sich gegebenenfalls für jeden Christen, der seinem Glauben treu ergeben ist, Gewissenskonflikte ergeben, wie wir das auch im Kulturkampf unjünglichen Andentens erlebt haben, aber kein christlich-geistesvoller Beamter wird zugeben wollen, daß der Staat seine Omnipotenz auch auf die Gewissensfragen erstrecken dürfe.“

Neu sind diese Anschauungen ja nicht. Schon im 18. Jahrhundert hat sie Thomas von Aquino, der größte Sophist der Papstkirche, formuliert. Aber für gewöhnlich scheut sich die Zentrums- und Sozialdemokratie, sie offen und ungehindert zu vertreten. Daß jetzt die „Germania“ so ostentativ mit diesen Anschauungen hervortritt, ist kennzeichnend für den heutigen Einfluß des hohen Klerus auf die „interkonfessionelle“ Zentrums- und Sozialdemokratie.

Die Leistungen des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie.

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie veröffentlicht den Bericht über seine Tätigkeit im letzten Jahre. Wie in Betracht seiner Eigenart selbstverständlich ist, renommiert er mit großen Leistungen und Fortschritten. Der Zuwachs an neuen Mitgliedern betrug nach diesem Geschäftsbericht im letzten Jahre genau doppelt so viel, wie im Jahre 1908, nämlich 33 492 gegenüber 16 600 im Vorjahre. 66 neue Ortsgruppen wurden gegründet. Die Gesamtzahl der Mitglieder des Reichsverbandes beträgt 211 000, die Gesamtzahl der Ortsgruppen 702. 788 Versammlungen wurden im letzten Jahre abgehalten. Der Reichsverband besitzt jetzt sechs Rednerschulen. An den national-ökonomisch-politischen Ausbildungskursen, die der Reichsverband im letzten Jahre veranstaltete, nahmen 1100 Leute teil, an demselben Kurse für Lehrer 61 Teilnehmer. Die veranstalteten 73 Lichtbildvorträge besuchten mehr als 16 000 Leute. Die „Korrespondenz des Reichsverbandes“ wurde in 167 200 Exemplaren verbreitet. Im letzten Jahre gab der Reichsverband das hundertste Flugblatt heraus. Von dem bekannten Flugblatt „Die neuen Reichssteuern und der Volksbeitrag der Sozialdemokratie“ wurden 1 852 260 Exemplare verlangt. Ferner wurden 150 000 Exemplare des „Vollkalenders“ verbreitet.

Das sind, wenn man lediglich die Quantität in Betracht zieht, achtunggebietende Zahlen; prüft man aber nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der Leistungen, besonders den Gehalt der Flugblätter und der sogenannten „Korrespondenz“, dann hat der Reichsverband für die enormen Geldsummen, die von ihm verbraucht worden sind, recht wenig geleistet. Und noch geringer ist der Erfolg, den dieser Verband im politischen Leben erzielt hat. Mit der größten Skrupellosigkeit hat er bei den verschiedenen Wahlen des letzten Jahres gearbeitet und keine Verleumdung, keine Verdrehung, keine persönliche Verunglimpfung und keine Aufreizung der widersüchlichsten Selbstinstinkte gescheut, um die sozialistischen Wahlkandidaten zu bekämpfen — und der Erfolg? Die Sozialdemokratie hat einen Stieg nach dem andern erfochten! Wir sehen deshalb auch im neuen Jahre der Tätigkeit des Reichsverbandes mit Seelenruhe entgegen. Wenn er seine jetzige bewährte Leitung behält und im alten Geiste nach dem schönen Rezept weiter arbeitet, daß die Quantität die Qualität ersetzen muß, kann er trotz seiner enormen Geldmittel nicht viel schaden.

Professor Laband über das preussische Wahlrecht.

Der bekannte Strafrechtslehrer Professor Laband hat kürzlich die Einführung der Verhältniswahl für Preußen vorgeschlagen. Die „Kölnische Zeitung“ hat sich mit dem Vorschlage nunmehr näher befaßt und eine Tabelle aufgestellt, der die Ergebnisse der Reichstagswahlstatistik von 1907, der Landtagswahlstatistik von 1908 und die Wahlergebnisse von 1908 zugrundegelegt sind. Nach diesen Tabellen würden die Mandate bei Einführung der Verhältniswahl wie folgt verteilt sein:

	nach der Reichstagswahlstatistik	nach der Landtagswahlstatistik	Bestand nach der Wahl 1908
Konserverbunde	62	82	212
Nationalliberale	65	52	85
Freisinnige	47	42	36
Zentrum	82	89	104
Völkern	29	27	15
Sozialdemokraten	117	127	7
Antifemiten, Bund der Landwirte usw.	31	24	4

Den Konservativen sind auch die Freikonservativen zugehört. Die reaktionäre Presse, soweit sie von diesem Rechenexempel Notiz nimmt, erklärt natürlich, daß der Vorschlag des Professors Laband völlig undisputabel sei.

Eine nationalliberale Kriegserklärung an den Bund der Landwirte.

Seit mehr als einem Jahrzehnt buhen sich die Nationalliberalen der Provinz Hannover unter dem Foch der Landwirte, die unter der Führung des Dr. Diederich Hahn rückwärtslos in die nationalliberalen Hürden eintraten und die nationalliberalen Mandate zu den Provinzialperschaften, zum Landtage vielfach in ihren Besitz brachten. Immer wieder knurrten die nationalliberalen Führer die agrarisch-konservativen Embryonlinge an; wiederholt schon kündigten sie ihnen die nationale Freundschaft, um sich dann bei der ersten besten Gelegenheit noch tiefer vor ihnen zu buhen.

Das soll jetzt gründlich anders werden. Die Nationalliberalen haben sich — aus welchen Gründen ist unbekannt — seit kurzem einen neuen Generalsekretär zugelegt, Dr. Hugo Hannover, und dieser neue Parteibefehl hat in der vorletzten Woche in einer nationalen Versammlung in Stade dem Negativen und Bundeskuppel die schreckliche Drohung ins Gesicht geschleudert, daß die Nationalliberalen in Hannover zu einem scharfen und entschiedenen Kampf gegen den Bund der Landwirte würden, daß sie, wenn es not tue, auf den großen Hof den richtigen Keil zu setzen entschlossen seien, daß es einen Kampf Auge um Auge, Zahn um Zahn geben würde.“

Kaum ist diese fürchterliche Drohung verklungen, da fordern der „Hannoversche Courier“ und das „Niedersächsische Wochenblatt“ auf, den Worten die Tat auf dem Fuße folgen zu lassen. Schon zu lange hätten die Nationalliberalen dem Bunde der Landwirte gegenüber politische Toleranz im weitesten Sinne geübt, weil sie geglaubt und gehofft, die rein wirtschaftlichen Interessen des Bundes mit der nationalliberalen Politik in Einklang zu bringen. Aber, „ob die Partei auch praktische Landwirte mit zuverlässig agrarischer Gesinnung aufstellt, das hinderte den Bund der Landwirte nicht im mindesten, auch gegen diese, der Landwirtschaft so wertvollen

Elemente die heftigste Fehde zu eröffnen, bei der die persönlich gehässige Kampfesweise allemal zum Haupttrumpf wurde“. Zentrum, Antifemiten und Völkern dagegen genossen „aus blinder Wut gegen die nationalliberale Partei, die er einst mißbraucht, Parlamentarier zu werden, unbesehen die fortgeschrittenste Unterjochung durch die Bündler“. Das Maß vollends zum Ueberlaufen gebracht habe „das Agitationsgebahren und das politische Verhalten der Bündler im allgemeinen“. Und nun folgt eine Jeremiade über die Landwirtschaft und Industrie, Stadt und Land verheerende Kampfesweise der Bündler, die „unser politisches Leben in seinen besten bürgerlichen Schichten vergiftet“. „Tut es denn nicht?“ so ruft wehklagend der „Hannov. Courier“ aus. „Müssen denn die einen die anderen freisetzen? Können sich nicht alle der durch das Gegenseitigkeitsinteresse (1) so günstig fundierten Wirtschaftslage erfreuen?“ Großer Diebich, hat Erbarmen! Ueberdies „hat der Bund die wirtschaftliche Volkstötterei seiner Gegner mit einem Terrorismus zum System erhoben“. Genug, die Zeiten der Liebe und der zarten Schonung sind vorbei und Haß und Rache kommen an die Reihe. „Wenn die politische Volksvergiftung sich nicht immer tiefer einzufressen soll, dann kann es nur eine Lösung geben: „Auf zur Tat!“

Aus jeder Zeile des nationalliberalen Schlachtrufes kann man deutlich genug herauslesen, wie schwer diese Stellungnahme gegen die Bündler auf den nationalliberalen (sammelpolitischen) Seelen lastet. Aber es bleibt den Nationalliberalen nichts anderes als der Kampf übrig, wenn sie nicht tatenlos zusehen wollen, daß sie, soweit sie nicht schon von den Sozialdemokraten bedroht, von den Bündlern vollends beiseite geschoben, aus dem letzten Winkel ihrer ehemaligen Domäne hinausgeworfen werden. Nur der Not gehorchend, greift der hannoversche Nationalliberalismus zum Bedrohlichen und zu dem Tod und Verderben bringenden schmerzlichen Geschäft des Redebuells. Zu Paaren wird er die Bündler treiben.

So trotzig und unheilverkündend die Sprache dieser nationalliberalen Kriegserklärung — bis zu den entsprechenden Taten ist noch ein weiter Weg. Die nächste Zukunft schon wird lehren, ob die Nationalliberalen wirklich noch die Kraft besitzen, zu einer ernst gemeinten Bekämpfung der Bündler sich aufzuraffen. Wahrscheinlich ist das nicht.

Zum deutsch-portugiesischen Handelsvertrag.

Das amtliche Organ der gegenwärtigen portugiesischen Regierung nimmt Stellung zu der Frage, ob von neuen Verhandlungen zwischen dem Deutschen Reich und Portugal eine Verbesserung des Handelsvertrages zu erwarten sei. Das Blatt erklärt, zu der Erklärung ermächtigt zu sein, daß die portugiesische Regierung niemals ihre Vereinstätigkeit zur Abänderung des zurzeit im Reichstag vorliegenden Vertrages zu erkennen gegeben zu haben.

Die Abstimmung über diesen Vertrag in der vom Reichstag eingesetzten Kommission ist auf Donnerstag mittag 12 Uhr festgesetzt. Es ist durchaus nicht sicher, daß die Mehrheit der Kommission sich für den Vertrag entscheidet. Möglicherweise wird man sich dazu entschließen, noch einmal in die sachlichen Verhandlungen einzutreten. Die Verhandlungen über diesen Vertrag haben infolgedessen eine ganz besondere Bedeutung, als sie ein Präzedenz darstellten für die kommende Beratung des Handelsvertrages mit Amerika.

Zentrums-moral.

Aus dem Wahlkreise Mülheim-Wipperfürth-Summersbach werden weitere tüchtige Ausschreitungen gegen sozialdemokratische Flugchriftenverteiler gemeldet: In Oberath wurden den Leuten die Agitationskalender abgenommen und zerissen. In Marienlinde wurde ein Verteiler von einem Wirt und einem Bahnbeamten aus des ersten Lokal hinausgeworfen, wobei ihm unter den brutalsten Beschimpfungen dreißig Kalender entziffen wurden. In Frielingsdorf wurden die Kalenderverteiler mit Knüppeln empfangen und unter den wüsten Beschimpfungen durchs ganze Dorf verfolgt, so daß sie sich in Lebensgefahr begeben hätten, wenn sie gemagt haben würden, in ein Haus zu treten. In Lindlar wurde ein Flugblattverteiler aus einem Haus hinausgeworfen. In Engelskirch en schlugen mehrere Frauen mit schmutzigen Wesen auf die Flugblattverteiler ein. In Schalle wurden unsere Genossen von fanatischen Zentrumsparteilern mit Knüppeln aus dem Dorf getrieben und verfolgt. Das sind die Erziehungserfolge der von ihren geistlichen Hirten fanatisierten Menge.

Es charakterisiert die Zentrums-partei, daß alle diese Ausschreitungen wie auch die fast noch schlimmeren in der Nummer des „Vorwärts“ vom 11. Januar aufgezählten in katholischen Orten vorgekommen sind, während aus dem durchweg protestantischen Kreise Summersbach nicht die mindesten Verletzungen unserer Agitationskalender- und Wahlflugblattverteiler gemeldet werden.

Ein neuer Titel.

Anlässlich der Hochzeit des Großherzogs von Sachsen-Weimar mit der Prinzessin von Meiningen hat der Großherzog einen tief empfundenen Wahn abgeköhlt, indem er einem neuen Titel erfindet und verleiht. Der Schloßhauptmann der Wartburg, Major v. Cranach wurde zum Oberburghauptmann ernannt. Obher gab es nur Schloßhauptmänner. Der Großherzog hat sich sicherlich mit dieser landesväterlichen Leistung ein Verdienst um die deutsche Kultur erworben.

Sachsen und die Schiffsabgaben.

Einige bürgerliche Blätter wußten dieser Lage zu berichten, daß die sächsische Regierung sich mit der preussischen Forderung der Erhebung von Schiffsabgaben auf der Elbe auseinandersetzen hätte. Demgegenüber meldet der offiziöse Draht aus Dresden:

„Die Behauptung, daß Sachsen geneigt sei, seinen ablehnenden Standpunkt in Sachen der Schiffsabgaben aufzugeben, wird hier an maßgebender Stelle als frei erfunden bezeichnet. Wenn Graf Wigham von Estädt in seiner Eigenschaft als Minister des Äußeren unter ausdrücklicher erneuter Bestätigung der letzten Erklärung des Staatsministers Dr. v. Hüger zur Sache in der Ersten Kammer Stellung genommen hat, so bedeutet dies, daß man der Angelegenheit eine besondere politische Bedeutung beimißt. Die Erklärung des Grafen Wigham, daß grundsätzliche Verfassungsänderungen, soweit ihrer Durchführung wichtige Lebensinteressen und bestimmte Rechte einzelner Bundesstaaten entgegenstehen, nicht ohne Zustimmung dieser Staaten beschloßen werden sollten und jedenfalls nicht gegen ihren Willen zur Durchführung gelangen dürften, läßt keine Zweifel über die hier herrschende Auffassung zu.“

Der württembergische Industriellenverband über die Schiffsabgaben.

Auf der Generalversammlung des württembergischen Industriellenverbandes am Sonntag, den 10. Januar, wurde von verschiedenen Rednern, so auch vom Präsidenten der Zentralstelle für Gewerbe und Handel, Mosthaf, der als Gast anwesend war, der Vorschlag Preußens betreffend Schiffsabgaben beantwortet. Es wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der die Reduktion der württembergischen Industrie und jeder volkswirtschaftlichen Entwicklung des ganzen Landes bezeichnet wird. Regierung und Landstände werden aufgefordert, die notwendigen Verträge bald zu schließen.

Zum Schluß wird gesagt: „Sollte der Bau des Kanals nur durch Schiffsabgaben auf den natürlichen Wasserströmen möglich sein, so sind die weitgehendsten Sicherheiten dafür zu verlangen, daß diese Gebühren nur zu Zwecken des Wasserbaues und nicht zu fiskalischen Zwecken erhoben und in ihrer Höhe gesetzlich begrenzt werden.“

Die Posenische Akademie.

Heute mittag wurde in Gegenwart der Spitzen der staatlichen, Militär- und Kommunalbehörden und in Anwesenheit von Vertretern der Staatsregierung das neue Gebäude der Posenischen Akademie durch einen Festakt seiner Bestimmung übergeben. Die Festrede hielt der Rektor der Akademie Professor Dr. Spieß, worauf Begrüßungsansprachen des Oberpräsidenten von Waldow, des Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. v. Brygowski und des Oberbürgermeisters Dr. Wilms folgten.

Frankreich.

Kirche und Schule.

Paris, 17. Januar. Die Deputiertenkammer feierte heute nachmittag die Beratung der Interpellationen fort. Crussieu warf der Regierung vor, sie habe der Neutralität der Schulen zuwiderlaufende Geschehnisse eingebracht. De Ramel (Rechte) beklagt es, daß in den öffentlichen Schulen die Kinder zu religiösen Übungen keine Gelegenheit hätten. Blane (Sozialist) forderte das Unterrichtsmonopol. Paul Reunier (sozialistischer Radikaler) lobte die Latinschule. Die Beratung wird fortgesetzt.

Paris, 18. Januar. In der heutigen Sitzung rief eine Bemerkung des Abgeordneten Desas, daß die Zunahme der Zahl der Defektoren auf die antipatriotischen Unterrichtsbücher zurückzuführen sei, einen heftigen Tumult hervor. Im Namen der Heereskommission protestierte der Abgeordnete Vertout lebhaft gegen diese Behauptung und erklärte, die Zahl der Defektoren sei nicht im Wachsen begriffen.

Spanien.

Steuerreform.

Madrid, 17. Januar. Der Ministerrat beschloß zur Beschaffung von Mitteln für den Bau von Arbeiterhäusern die Erhebung einer Grundsteuer und beriet über das Budget, in dem die Regierung den von der liberalen Partei gemachten Versprechungen bezüglich des Fiskalsystems Rechnung tragen wird, indem sie das unproduktive Vermögen zugunsten der Arbeiter besteuert.

Indien.

Gegen die englische Herrschaft.

Kalkutta, 17. Januar. Kuffen erregt hier die Reibung von der Verhaftung von zehn Angehörigen eines Eingeborenenregiments, die an der Aufstandsbewegung beteiligt sein sollen. Das Regiment wird wahrscheinlich unverzüglich verlegt werden, trotzdem man glaubt, daß nur sehr wenig Soldaten sich der Bewegung angeschlossen haben.

Amerika.

Der neue Zolltarif.

Washington, 18. Januar. Das Staatsdepartement wird heute oder morgen Proklamationen des Präsidenten Laft veröffentlicht, die erklären, daß England, Rußland, Italien, Spanien, die Schweiz und die Türkei auf die Minimalsätze des Payne-Lariffs Anspruch haben. Ob auch auf Deutschland der Minimaltarif angewendet werden wird, hängt bekanntlich von dem Ausgang der Verhandlungen ab.

Argentinien.

Unterdrückungspolitik.

Kugenblicklich befinden sich in Argentinien über 600 Sozialisten in Haft. Die Regierung wendet den Belagerungs- und Arbeiterorganisationen an. Die sozialistische Presse, darunter eine Tageszeitung, ist verboten. Die Vereine sind geschlossen und die Zusammenkunftsorte unter polizeiliche Aufsicht gestellt oder ganz gesperrt.

Soziales.

Krankenkassen, Alkoholidmus und Reichsversicherungordnung. Lautete das Thema zweier Referate, die am Sonnabend auf Veranlassung des Berliner Zentralverbandes gegen den Alkoholidmus Dr. med. Stroeder und Albert Kohn, der Geschäftsführer der Kasse der Kaufleute, im Landeshaus hielten.

Die Krankenkassen waren zahlreich vertreten, das Reichsgesundheitsamt, die Landesversicherungsanstalt, die Stadtverwaltungen von Groß-Berlin, ärztliche Vereine hatten Mitglieder entsandt.

Nach längerer Erörterung wurde eine Resolution gefaßt, die dem Reichstag, dem Bundesrat usw. eingereicht werden soll. Wir entnehmen daraus folgende Wünsche zur Reichsversicherungordnung:

1. Ermächtigung der Krankenkassen, ihre Mittel auch zur vorzulegenden und ausfüllenden Arbeit zu verwenden.
2. Schaffung einer einheitlichen Statistik über die Belastung der Krankenkassen durch den Alkoholidmus.
3. Streichung der Bestimmung, welche die Zahlung von Krankengeld im Falle von Trunksucht untersagt.
4. Schaffung großer, leistungsfähiger Krankenkassenverbände.

Zivilprozessreform und Anwaltsangelegenheit.

Am 1. April treten verschiedene Gesetzesnovellen in Kraft, die eine Reform des Zivilprozesses enthalten. Einer energischen Agitation der Rechtsanwälte ist es gelungen, verschiedene Verbesserungen in den Vorlagen zu erwirken, durch die einer wirtschaftlichen Schädigung der Anwaltschaft entgegengetreten wird. Auch von den Angehörigen der Anwaltschaft wurde eine lebhafteste Agitation entfaltet. Leider aber ohne jeglichen Erfolg. Die Angehörigen werden von der Reform am härtesten betroffen. Vielen von ihnen wird die Existenz geraubt. Denn viel Schreibwerk in den Anwaltsbüros wird durch die Reform auf die Gerichtskanzleien übertragen. Arbeitskräfte in den Anwaltsbüros werden überflüssig, Angestellte werden entlassen. Weder die Regierung, noch die bürgerlichen Parteien haben sich auf die Wünsche der Angestellten eingelassen. Die sozialdemokratische Partei war die einzige, die sich gegen das Geschehene wandte, solange den Interessen der Angestellten nicht Rechnung getragen wurde. Die bürgerlichen Parteien sind jedoch über diesen Widerspruch hinweggegangen, ohne sich im mindesten um das Schicksal der Angestellten zu kümmern.

Tausenden der Angestellten steht, wie uns geschrieben wird, nun die Entlassung bevor. Die gewerkschaftliche Organisation der Angestellten, der Verband der Bureauangestellten (Sib Berlin), unternimmt deshalb einen neuen Versuch, seine Berufsgenossen vor diesem Schicksal zu bewahren. In einer ausführlich begründeten Petition wendet er sich jetzt an die gesetzgebenden Körperschaften der Bundesstaaten mit dem Ersuchen, die stellunglos werdenden Anwaltsangehörigen in die in Folge der Zivilprozessreform bei den Gerichten neuerschaffenden Stellen zu übernehmen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten der einzelnen Landtage werden sicherlich bei der Beratung auch hier auf dem Posten sein und den bürgerlichen Parteien wie der Regierung das soziale Gewissen fördern.

Gewerkschaftliches.

Sind streikende Arbeiter vogelfrei?

Die Arbeiter der Firma Rustig u. Körber, Metallgießerei in der Oranienstraße 198, befinden sich seit etwa 5 Wochen im Streik. Wie das ihr gutes Recht ist, halten sich die Streikenden in unauffälliger Weise vor der Fabrik auf, einmal um feststellen zu können, wie weit es der Firma gelungen ist, Ersatzkräfte zu finden, dann aber auch, um Arbeitskollegen, die ohne Kenntnis der Sachlage bei der Firma Arbeit suchen oder Arbeit annehmen wollen, von der Tatsache des Streiks und von seinen Ursachen zu unterrichten. Sie sind dabei niemanden zu nahe getreten und niemanden lästig gefallen. Das letztere höchstens Herr Schöber, dem Eigentümer der Gießerei, der natürlich ein großes persönliches Interesse daran hat, die Ausständigen durch andere Arbeitskräfte zu ersetzen.

Diesem persönlichen Interesse des Herrn Gießereibesizers dient nun die Polizei, indem sie den Streikenden den Aufenthalt in der Oranienstraße nicht nur gegenüber dem Hause Nr. 198, sondern darüber hinaus auf dem Heinrichsplatz und den angrenzenden Straßen im Umkreise von 100 Meter verbietet. Die Beamten verfahren bei Durchführung dieses Verbotes äußerst rigoros, der Herr Reviervorstand zwar in der Form sehr höflich, aber in der Sache nicht weniger energisch als seine Unterbeamten. Daß zu dem Verbot an einen ganz bestimmt abgegrenzten Personenkreis, die genannten Straßenzüge zu betreten, nur der Streik Veranlassung gegeben hat, kann gar nicht geleugnet werden. Das Verbot erstreckt sich nur auf die am Streik Beteiligten, nicht auf alle Passanten, nicht einmal auf die Arbeitswilligen und nicht auf Herrn Schöber und seine Angestellten. Im Gegenteil: diese können Streikende, ungehört von der Polizei, belästigen. Zum Ueberflus wird in den Strafmandaten, welche den wegen Nichtbefolgung der ungerichtlichen polizeilichen Anordnung Sittierten zugestellt werden, ausdrücklich auf den Streik hingewiesen, so daß über die Ursache des Vorgehens kein Zweifel sein kann. Es ist auch festgestellt, daß die Firma das Vorgehen der Polizei durch Verschwerden über das Postsehen der Streikenden veranlaßt hat.

Da sich die Streikenden weder durch ungerechtfertigte Fortweisungen noch durch Strafmandate von der Ausübung des ihnen gesetzlich garantierten Koalitionsrechtes abhalten lassen, hat sich die Polizei neuerdings von der Firma zu schärferen Maßnahmen drängen lassen, die — wir können uns nicht helfen — als ungeschickliche und strafbare Amtsvergehen charakterisiert werden müssen. Einer der Streikenden ist zu wiederholten Malen sistiert. Schon die Sistierung ist ungerechtfertigt, denn die Personalien der in Frage kommenden Leute sind den Beamten bei der langen Dauer des Streiks schon so bekannt geworden, daß sich eine Sistierung erübrigt. Der erneut Sistierte wurde überdies sofort mit Namen angedeutet und nun nicht etwa wieder entlassen, sondern auf der Wache festgehalten und dann mit dem grünen Wagen zwischen Spießhaken, Dirnen und Zubältern nach dem Alexanderplatz befördert! Dort wurde er noch längere Zeit in eine Zelle gesperrt und erst auf energischen Protest freigelassen. Anderen Streikenden wurde angedroht, daß man mit ihnen ebenso verfahren werde, wenn Fortweisungen und Strafmandate sie nicht belehren könnten.

Wir meinen, daß diese Drohung ganz zweifellos gegen den § 339 des Strafgesetzbuches verstößt, ebenso wie die Internierung eines Streikenden aus solchem Anlaß über die zur Feststellung der Personalien notwendige Zeit hinaus ein Vergehen gegen den § 341 des Strafgesetzbuches darstellt. Die Polizei ist nicht berechtigt, Staatsbürger, die sich nicht willenslos ihren Anordnungen fügen, selbstherrlich mit Freiheitsentziehung, auch nur von Stunden, zu bestrafen oder solche Bestrafung anzudrohen. Der Herr Polizeipräsident hat alle Veranlassung, derartige willkürliche Maßnahmen der ihm unterstellten Beamten unmöglich zu machen. Auch die Staatsanwaltschaft sollte dieses Vorgehen von Berliner Polizeibeamten einmal unter die kritische Lupe nehmen. Oder sind streikende Arbeiter wirklich vogelfrei?

Berlin und Umgegend.

Die Bodenleger hörten am Montagabend den Bericht des Obmanns Klen von der Streikkommission über den Stand der Lohnbewegung. Vor elf Wochen begann der Streik, an dem 123 Bodenleger beteiligt waren. Von diesen sind noch 8 Streikende vorhanden. 15 Bodenleger, die ohne Stellung sind, werden als Arbeitslose in den Listen geführt. Die Konjunktur hat nicht die Erwartungen erfüllt, die darauf gesetzt wurden, und verschiedene Firmen, welche die Anerkennung des Verbandes verweigerten, konnten nicht zum Nachgeben gezwungen werden. Die Kommission machte daher den Vorschlag, den Streik gegenwärtig abzubringen und auf eine günstigere Verlegenheit zu warten, bis der Kampf um die Anerkennung des Verbandes wieder aufgenommen werden kann. Die Kommission kam nach gründlicher Beratung zu dem Beschluß, auch die Aufhebung der Sperren bei den besetzten Firmen aus tatsächlichen Rücksichten zu empfehlen. Nach kurzer Diskussion nahmen die Versammelten die Vorschläge der Kommission an.

Mit den Beschlüssen der Generalversammlung, die Erhöhung der Verbandsbeiträge betreffend, erklärten sich die Versammelten einverstanden. Es wurde noch beschlossen, daß die Bodenleger zur Stärkung ihres Streikfonds einen Wochenbeitrag von 50 Pf. weiterzahlen, nachdem durch den Abbruch des Streiks der Extrabeitrag von 2 Mk. in Wegfall kommt.

Die Album-, Mappen- und Galanteriewarenarbeiter und Arbeiterinnen hielten am Montag bei Küster in der Oranienstraße eine Branchenversammlung ab, um den Jahresbericht der Branchenleitung entgegenzunehmen. Der Branchenleiter Weber schilderte ausführlich, was im verflorenen Jahre getan, und was erreicht worden ist. Seit Anfang des Jahres sind die Arbeiter und Arbeiterinnen der Album-, Mappen- und der Galanteriewarenfabriken organisatorisch zu einer Branche des Buchbinderverbandes vereinigt. Diese Zusammenlegung ursprünglich verschiedener Branchen entspricht dem Umstand, daß immer mehr diese verschiedenen Artikel in ein und denselben Betrieben hergestellt werden, und hat sich auch gut bewährt. Es ist eine lebhaftere Tätigkeit entfaltet worden, die namentlich darauf gerichtet war, eine allgemeine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Auf eine durchgreifende Verbesserung der Verhältnisse war bei der anbauend schlechten Konjunktur kaum zu rechnen. Es kam bei der Lohnbewegung vor allem darauf an, den immerwährenden Lohnrückfällen und sonstigen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen einen Damm entgegenzusetzen. Nach langen Verhandlungen kam es dann am 16. Oktober zum Abschluß eines Tarifvertrages zwischen der Vereinigung der Berliner Lederwarenfabrikanten einerseits und dem Buchbinder- sowie dem Sattler- und Vorlegetischerverband andererseits. — Die wichtigsten Bestimmungen dieses Vertrages haben wir seither in Nr. 248 des „Vorwärts“ 1909 mitgeteilt. — Mit dem Abschluß des Vertrages war jedoch die Bewegung keineswegs beendet. Erstens galt es, noch eine große Anzahl außerhalb jener Vereinigung stehender Firmen

für den Vertrag zu gewinnen, und dann kostete namentlich auch die Durchführung der Bestimmung viel Mühe und Arbeit, wonach die Akkordlöhne so zu regeln sind, daß der eingearbeitete Durchschnittsarbeiter mindestens 60 Pf., die Arbeiterin mindestens 34 Pf. die Stunde verdient. Da man im übrigen noch mit einer Anzahl von Heimarbeitern und Heimarbeiterinnen zu rechnen hat, der Tarif für sie so gut wie für die Werksstätten gilt, so daß sie auch dieselben Akkordlöhne erhalten, ihnen alle Zutaten werden oder eine angemessene Entschädigung dafür gezahlt werden muß und noch sonst mancherlei Bestimmungen zu beachten sind, waren um so mehr Schwierigkeiten zu überwinden, um dem Tarifvertrag überall Geltung zu verschaffen. Dies ist jedoch im allgemeinen gelungen, wenn auch noch jetzt bei einzelnen Firmen Differenzen vorliegen und Verhandlungen gepflogen werden. Eine besondere Bewegung fand in den Holzrahmenfabriken statt, wo es galt, die 51stündige Arbeitszeit, die für die Mehrzahl der dort beschäftigten Arbeiter durch den Tarifvertrag der Holzarbeiter schon bestand, für die Branchenangehörigen zu erringen. Dies ist denn auch erreicht worden. — Der Branchenleiter berichtete ferner über verschiedene Werksstadtdifferenzen und Streiks und forderte schließlich zu eifriger Arbeit für die Organisation und ihre Ziele auf. Dem Bericht folgte eine rege Diskussion. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, daß bei Verstößen gegen den Tarifvertrag, Lohnzurückungen und dergleichen, die Schlichtungskommission und nicht das Gewerbe- oder das Innungsschiedsgericht anzurufen ist und zu entscheiden hat. Ferner ist zu beachten, daß mit dem 1. Januar dieses Jahres die Gewerbeordnungsnovelle in Kraft getreten ist, die unter anderem bestimmt, daß die Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter Sonnabends wie an den Vorabenden der Feiertage nur 8 Stunden beschäftigt werden dürfen, und daß nach den Bestimmungen des Tarifvertrages ein Lohnabzug nicht eintreten darf. Schließlich wurde noch darauf aufmerksam gemacht, daß die Galanteriewarenarbeiterinnen der Rahmenfabrik von Karl Raschig, Engelauer 1c, sämtlich die Arbeit eingestellt haben. Es sind dort Lohnabzüge von 10 bis 50 Proz. gemacht worden. Verhandlungen mit der Firma haben zu keiner Einigung geführt.

Die Glaser Berlin beschloß gestern in überaus stark besuchter Versammlung, der bevorstehenden Kämpfe im Baugewerbe halber, den Wochenbeitrag auf 1,50 Mk. zu erhöhen. Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt.

Die Beisitzerwahlen zum Schiedsgericht der Berliner Gastwirtzinnung fanden gestern in den „Industriehäusern“ unter reger Beteiligung statt. Gewählt wurden einstimmig die Kandidaten, die vom Verband deutscher Gastwirtsgehilfen aufgestellt waren. Das „Nationale Kartell“ hatte diesmal gar keine Kandidaten aufgestellt. Die „nationalen“ Kartellern scheinen demnach zu einer besseren Einsicht gekommen zu sein.

Deutsches Reich

Als bödsartigste Scharfmacher-Gesellschaft

demaskiert sich nach und nach das Stettiner Konfektionsunternehmertum in der noch immer fortbauenden Aussperrung. Wie feinerzeit gemeldet, hatte die Lohnkommission der Schneider für den Abschluß eines neuen Tarifes die Bedingung gestellt, daß auch die Wägen und Näherinnen in den Vertrag einbezogen werden sollten. Als die Unternehmer daraufhin diesen Beschluß verdrachten, um die weitere Dauer der Aussperrung zu rechtfertigen, erklärte die Lohnkommission ausdrücklich, daß nur die Wägen und Näherinnen in den Tarif aufgenommen werden sollten, die in den eigenen Werksstätten der Unternehmer beschäftigt sind. Nebenbei wurde die Bemerkung gemacht, daß die Löhne der eigentlichen Heimarbeiter und Arbeiterinnen von den Organisationen mit den Zwischenmeistern selbst geregelt werden würden. Mit einer solchen Regelung der Löhne — so sollte man annehmen — könnte der Arbeitgeberverband ohne weiteres einverstanden sein. Aber das Gegenteil ist der Fall! Die Herren gebärden sich geradezu wie toll über die beabsichtigte tarifliche Regelung der Löhne an der Heimarbeit, obwohl diese nicht auf ihre Kosten, sondern auf Kosten der Zwischenmeister erfolgen würde. In einem Briefe an das Gewerbegericht schreibt der Arbeitgeberverband, daß diese (gar nicht an ihn gerichtete!) Forderungen für ihn unannehmbar seien und er sie nicht bewilligen würde, selbst wenn die Aussperrung noch drei Monate dauere. Wörtlich heißt es weiter:

„Das Ansinnen der Lohnkommission, daß sie die Lohnsätze derjenigen Näherinnen usw., welche bei Zwischenmeistern beschäftigt sind, mit den letzteren selbst regeln würde, ist ein Eingriff in unsere Rechte und lassen wir uns eine solche Bevormundung nicht gefallen, solange wir noch Herren unserer Betriebe sind! Vorläufig verweigern wir dieselbe nicht über unseren Geldbeutel, sondern es steht uns das Recht zu, die Löhne festzusetzen, soweit dies unsere Konkurrenzfähigkeit zuläßt.“

Dieses wüßte Gebelzer schließt mit dem geradezu tollen Ansinnen an die Lohnkommission, sich zu verpflichten, daß für Wägen und Wägen keine höheren Löhne als die bisher bezahlten von den Arbeitgebern verlangt würden! Erst wenn auf diese Weise die Lohnkommission die armen Heimarbeiterinnen um ihr Koalitionsrecht geprellt haben würde, will der Unternehmerverband die Wägen, in Tarifverhandlungen eingutreten. Da wird er zweifellos aber lange warten können. Denn auf solche unverschämte Zumutungen haben die Arbeiter nur eine Antwort: Weiterkämpfen!

Der Bund selbständiger Zwischenmeister der gesamten Konfektion Deutschlands erklärte, wie gemeldet wird, auf seinem Bundestage sich mit den streikenden Stettiner Herren- und Anabenschneidern solidarisch und verpflichtet sich, keine Streikarbeit, weder direkt noch indirekt, anzufertigen. Die Näherinnen und Wägen vom Tarifvertrag auszuschließen, hält der Bund für ungerecht.

Eine drohliche Berufsorganisation.

In Köln hielt dieser Tage eine Berufsorganisation ihre Jahresversammlung ab, deren Namen wir vorläufig verschweigen möchten. Die Tagung ging in folgender Weise vor sich: Bei der Begrüßungsfeier am Vorabend präsiidierte ein Geistlicher, Dombischof Dr. Scholl (Köln). Die Begrüßungsrede hielt ein Geistlicher, Stadtdelan Bauer (Mannheim). Ueber die Prinzipien des Verbandes redete ein Geistlicher, Pfarrer Kempkes (Münster). Am Morgen fand zunächst eine kirchliche Feier für die Delegierten statt, bei der Kardinal-Erzbischof Dr. Fischer die Messe gelebte. Dann begannen die eigentlichen Verhandlungen unter dem Vorsitz eines Geistlichen, des Stadtdelans Bauer. Quers verlas ein Geistlicher, Pfarrer Müller aus Baden, das Protokoll der vorigen Generalversammlung. Hierauf erstattete ein Geistlicher den Jahresbericht über die Verhandlungsarbeit. Soweit der Vormittag. Am Nachmittag erschien Kardinal Dr. Fischer, hielt eine Ansprache in seiner Eigenschaft als Protektor des Verbandes und erteilte der Versammlung den bischöflichen Segen, der Inneend entgegengenommen wurde, worauf ein Geistlicher, Stadtdelan Bauer, über den Stand des Verbandes berichtete. Es folgte abermals eine kleine Rede des Kardinals, dem man dann ein Hoch ausbrachte, worauf dieser wegen dringender Geschäfte den Saal verließ.

Wer bis jetzt nur ahnt, welcher Art der Beruf sei, der hier seine Verbandsversammlung hielt, der bekommt einen Taler. Ohne Zweifel wird man denken, es handle sich um eine Berufsvereinigung katholischer Geistlicher. Auch der folgende Redner, Rechtsanwält Dr. Lennarz (Köln), der Vorsitzende des

Männerbundes zur Bekämpfung der öffentlichen Unsitlichkeit, würde einen in dieser Annahme ebensowenig stören, wie die nach ihm sprechenden beiden Diskussionsredner, die wiederum zwei Geistliche waren.

Tatsächlich handelt es sich um die Tagung des katholischen Schifferverbandes für das Rheingebiet, der seine Wirksamkeit von Mannheim bis Rotterdam erstreckt. Und nun kommt auch endlich ein Angehöriger des Berufs, Schiffsbesitzer Reinartz (Königswinter), der über „Berufsinteressen der Unternehmer“ sprach. Nach ihm kam abermals ein Geistlicher, Kaplan Reinhard (Mannheim), zum Wort, der über „Schiffahrt und Gewerkschaft“ (1) sprach. Der Verband, der sich „Rheinischer St.-Nikolaus-Schifferverband“ nennt und Besitzer und Arbeiter umfaßt, wurde hier in seiner wahren Gestalt gezeigt. Der Kaplan berichtete, daß sich unter den Matrosen und sonstigen Schiffsbediensteten seit Jahresfrist eine Bewegung bemerkbar gemacht habe, die zur Gründung einer Unterstützungsliste („Rheingold“ in Duisburg) und des Internationalen Schifferbundes in Mannheim geführt habe. Diese Organisationen hätten den Anschluß an die gewerkschaftlichen Verbände erstrebt, „und zwar leider beim sozialdemokratischen Hafenarbeiterverband“. Soweit sei die Sache bis vor vier Wochen geblieben gewesen. Aber die Gegenagitation im Organ des St.-Nikolaus-Schifferverbandes habe die weitere Entwicklung nach dieser Richtung gehemmt.

Wie man sieht, handelt es sich bei dem „paritätischen“ katholischen Schifferverbande um eine Vereinigung, die unter dem Deckmantel der Religion die Arbeiter des Schiffahrtsgewerbes von der nachdrücklichen Vertretung ihrer Lebens- und Berufsinteressen abhalten will. Ob ihr deshalb Kardinal Fischer seinen Segen erteilt hat?

In der Schuhfabrik von W. Rod in Pirmasens haben wegen Lohnhöhenunterschieden sämtliche in der Hand- und Maschinen-Zwickabteilung beschäftigten Zwickler die Arbeit niedergelegt. — Zugut ist ferngehalten.

Aus der Frauenbewegung.

Der Streik der Blumenarbeiterinnen in New York

Ist zum größten Teil erfolgreich beendet worden. Die Einigkeit in den Reihen der Streikenden hat den Widerstand der Unternehmer gebrochen. Diese wurden unruhig, weil die große Saisonarbeit vor der Tür steht; ein Teil zog es deshalb vor, mit der Gewerkschaft Frieden zu schließen. Ueber 30 000 Mädchen arbeiten zu den Bedingungen ihres Verbandes. 6000 Streikerinnen sind jedoch gezwungen, den Kampf um die Anerkennung des Verbandes noch fortzuführen, weil verschiedene große Firmen durch Streikbrecherinnen in den Stand gesetzt sind, ihre Betriebe aufrecht zu erhalten. In Philadelphia, wo die Blumenarbeiterinnen ebenfalls einen Streik begonnen hatten, sind die Aussichten auf eine erfolgreiche Beendigung infolge einer großen Uneinigkeit, die in den Reihen der Unternehmer ausbrach, gestiegen. Der Verband der Unternehmer wollte keine Entschädigungen zahlen, daher die Differenzen.

Die elende Lage der Näherinnen.

Ein dänischer Arzt, Dr. Brinch, Chefarzt vom katholischen Krankenhaus in Esbjerg, wurde durch seine Berufstätigkeit auf die elende Lage der Näherinnen dieser Stadt aufmerksam, die bei Wochenverdiensten von 8 Kronen oder noch weniger Hunger und Not preisgegeben, nur zu oft der Tuberkulose und anderen Proletariatskrankheiten zum Opfer fielen. Der Arzt rief Versammlungen ein, um die Öffentlichkeit auf die empörenden Zustände hinzuweisen und so für Abhilfe zu sorgen. Auf diese Weise gelang es, mit den Näherinnenhabern ein Uebereinkommen zu treffen, wonach der Wochenlohn mindestens 10 Kronen betragen soll. Dr. Brinch hat sich nun auf die Reise begeben, um in seiner Weise auch in anderen Städten Dänemarks für die Besserung der Lage der Näherinnen zu wirken. Dieser Tage war er in Odense und hat dort eine Versammlung veranstaltet, die eine Kommission zur Regelung der Lohnverhältnisse wählte. Die Kommission ist zu gleichen Teilen aus Näherinnen, Näherinnenhabern und Damen aus dem Publikum zusammengesetzt.

An sich hat diese Bewegung ja nicht viel Bedeutung, dauernde Erfolge sind nur vermöge einer starken kampfbereitigen Organisation zu erzielen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Englische Wahlen.

London, 18. Januar. (W. L. W.) Bis heute 10 Uhr abends lagen folgende Wahlergebnisse vor: 105 Unionisten, 82 Liberale, 19 Mitglieder der Arbeiterpartei und 28 Nationalisten. Die Unionisten gewannen 43, die Liberalen 8 und die Arbeiterpartei einen Sitz. In Liverpool unterlag der Unterstaatssekretär im Kolonialamt Seely mit 2562 Stimmen gegen den Unionisten Obersten Chaloner, der 3088 Stimmen erhielt. In Boston siegte der Kandidat der Unionisten über den Liberalen Dr. Lunn.

Bis 10½ Uhr abends waren gewählt 114 Unionisten, 85 Liberale, 28 Nationalisten und 20 Mitglieder der Arbeiterpartei. Die Unionisten gewannen 47 Sitze, die Liberalen 8 und die Arbeiterpartei einen Sitz.

Aus der französischen Deputiertenkammer.

Paris, 18. Januar. (W. L. W.) Unterrichtsminister Doumergue nannte in Beantwortung der Angriffe einiger Redner den Feldzug, der gegenwärtig gegen die Laienschule geführt werde, mehr politischer als religiöser Natur. Der Kampf richtete sich in Wirklichkeit gegen die Republik. Die Gegner hätten an der Laienschule besonders das auszusehen, daß sie die republikanischen Wähler vermehrt habe und die Trennung von Staat und Kirche ermöglicht habe, in die die französischen Katholiken eingewilligt haben würden, wenn Rom nicht sein non liquet dazu ausgesprochen hätte. Die Lehrschaft verdiene die gegen sie gerichtete Kritik nicht. Die neu eingeführten geschichtlichen Lehrbücher, die von den Bischöfen verurteilt worden seien, zeichneten sich durch ihre unparteiische und aufrichtige Darstellung aus.

Ein „nervenkranker“ Defraudant.

Belgrad, 18. Januar. (W. L. W.) Infolge des Verdachtes, daß der Kassierer des Kriegsministeriums Major Jovanovitch Unterschlagungen begangen habe, begann eine Kommission in der vorigen Woche die Kassenbestände zu prüfen. Heute früh sprang Major Jovanovitch in selbstmörderischer Absicht in die Save, wurde jedoch gerettet. Er gab Nervenzerrüttung (1?) als Ursache des Selbstmordversuches an. Die Kommission hat die Untersuchung noch nicht beendet.

Sieben Tote — elf Schwerverletzte.

Zisib, 18. Januar. (W. L. W.) Ein vollbesetzter Straßenbahnwagen entgleiste heute wegen Versagens der Bremse auf einem steilen Abwege und stürzte um. Bis abends wurden sieben Tote und elf Schwerverletzte geborgen.

Reichstag.

19. Sitzung. Dienstag, den 18. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Dr. Delbrück, Hr. v. Heeringen.

Ein schleuniger Antrag Albrecht und Genossen (Soz.) auf Einstellung eines gegen den Abg. Sed (Soz.) wegen Verleumdung schwebenden Privatklageverfahrens während der gegenwärtigen Session des Reichstages wird debattelos angenommen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die Interpellation der Abgg. Albrecht und Genossen (Soz.) wegen des Mansfelder Bergarbeiterstreiks.

Sie lautet:

Ist dem Reichskanzler bekannt, daß bei dem kürzlich im Mansfelder Bergrevier ausgebrochenen Bergarbeiterstreik Militär zugezogen ist, um den Bergarbeitern die Ausübung ihres rechtmäßig gewährten Koalitionsrechtes zu erschweren und sie an dessen Ausübung zu hindern?

Ist dem Reichskanzler ferner bekannt, daß bei diesem Streik Offiziere und Beamte sich viele Verstöße gegen Reichsgesetze zu Schulden kommen ließen?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um solchen Vorkommnissen für die Zukunft vorzubeugen?

Auf die Frage des Vizepräsidenten Dr. Spahn erklärt Staatssekretär Dr. Delbrück: Ich bin bereit, die Interpellation heute zu beantworten.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort Abg. Sasse (Soz.):

Vor wenigen Tagen beschäftigten wir uns mit der Maßregelung von Reichs- und Staatsbeamten, wobei von fast allen Parteien eine Mißbilligung des Vorgehens der Regierung ausgesprochen wurde. Heute handelt es sich nicht um gemäßigtere Reichsbeamte, sondern wir wollen zur Sprache bringen, in welcher Weise die Arbeitgeber mit Hilfe der Behörden und des Militärs gegen streikende Arbeiter vorgegangen sind.

Der Streik im Mansfelder Bergrevier erregte großes Aufsehen, weil man glaubte, dort einen guten reichstreuen Arbeiterstand zu haben, so daß der Streik völlig unerwartet war. Er erregte auch deshalb Aufsehen, weil man glaubte, daß im Mansfelder Bezirk Mißstände nicht vorhanden waren. Es wurde Militär in den Bezirk geschickt, aber trotzdem kamen keine Ausschreitungen der Arbeiter vor. Und trotz der Anwesenheit des Militärs nahm der Streik seinen Fortgang. Es ist jedenfalls ein starkes Stück, daß die deutschen Arbeiter das Koalitionsrecht zwar schon seit 1908 haben, daß sie aber 1909 noch um Anerkennung und Duldung dieses ihres gesetzlichen Rechtes kämpfen müssen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die letzte Ursache zu dem Streik ist ja gewesen, daß den Mansfelder Bergarbeitern das Koalitionsrecht verweigert wurde; daß nicht gebildet werden sollte, daß sie sich unserer Organisation anschließen. Uns waren Maßregelungen aus dem Grunde, weil Bergarbeiter sich einem Verbands angeschlossen, nicht Neues. Hunderte von Fällen können wir anführen, wo Arbeiter aus keinem anderen Grunde brotlos gemacht und ins Elend gestürzt wurden. Im Jahre 1909 haben die Bergarbeiter sich zahlreich dem Bergarbeiterverbande angeschlossen, die Arbeitgeber im Mansfelder Bezirk aber wollen das nicht dulden. Wenn es sich um ihre eigene Organisation handelt, so stehen sie freilich auf einem anderen Standpunkt. In allen Berufsgruppen haben wir heute Verbände der Arbeitgeber und überall werden Zwangsmittel angewendet, damit die Einzelnen sich diesen Organisationen anschließen. In der „Deutschen Industrie- und Beamtenzeitung“ bezeichnet ein Arbeitgeber die Arbeitgeber, die sich dem Verbands anschließen, als verabschwendungswürdige Naturen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wer nur einigermaßen gerecht denkt, muß auch den Arbeitern zugeben, daß sie nicht nur das Recht haben, sich zu koalieren, sondern daß sie sogar verpflichtet sind, sich ihrer Berufsorganisation anzuschließen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber die Mansfelder Arbeitgeber wollen dieses Koalitionsrecht den Arbeitern unter keinen Umständen zugestehen. Schon seit Jahren haben sie ein

Spitzelsystem

eingesetztes, um die Organisation zu unterdrücken: Am 18. und 19. September v. J. hielt ich Gewerkschaftsversammlungen ab, um die Notwendigkeit für die Arbeiter, sich dem Bergarbeiterverband anzuschließen, zu betonen. Bei der Versammlung am 18. September, die in Giesleben stattfand, stand ein Steiger und der Obersteiger Schmiere, um die Versammlungsbesucher aufzufahren, damit sie dann gemäßigter werden können! In der Versammlung am 19., die in Hettstedt stattfand, hatte der Obersteiger Wötcher einen Steiger und zwölf Arbeiter zu dem gleichen Zwecke hindirigiert! (Lebhafte Zustimmung! bei den Sozialdemokraten.) Nicht nur in den Kreisen der Arbeitgeber finden wir so brutale und rücksichtslose Ansichten, sondern auch in den Kreisen der Richter. Der Emdenerer jener Versammlung erhielt ein Strafmandat, weil es eine „politische“ Versammlung gewesen sei, die er nicht angemeldet habe. Auf seinen Einspruch wurde er vom Gericht verurteilt, und das Urteil führte aus: wenn die Versammlung nicht politisch gewesen wäre, so wäre es seine Pflicht gewesen, mich, den Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes, von der Versammlung fernzuhalten! (Lebhafte Zustimmung! bei den Sozialdemokraten.) Mit Tage nach der Versammlung wurden 75 Arbeiter, die die Versammlung besucht hatten, gemäßigert. Unter diesen Leuten, denen gelündigt wurde, befanden sich solche im Alter von 46, 47 und 48 Jahren, die bereits 27 und 28 Jahre, in einem Falle sogar schon 34 Jahre derselben Gewerkschaft treu gedient hatten! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Einer der ältesten von diesen Leuten war gar nicht organisiert, sondern nur weil er die Versammlung besucht hatte, wurde ihm gelündigt, wurde er

mit seinen fünf Kindern brotlos gemacht, auf die Straße geworfen, und hat heute noch keine Arbeit im Bezirk der Mansfelder Gewerkschaft gefunden! (Hört! hört! bei den Soz.) Solche rücksichtslosen Brutalitäten sind auf das Schärfste zu verurteilen. Wenn jemals das Wort am Platze ist: man muß sich schämen, ein Deutscher zu sein, so bei dieser Gelegenheit. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber die Mansfelder Gewerkschaft will eben eine Organisation der Arbeiter nicht dulden, und sogar ein Parlamentarier heißt das gut und hat erklärt, im Mansfelder Bezirk sei eine Organisation der Arbeiter überflüssig, weil dort nur ein einziger Arbeitgeber vorhanden sei! (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Abg. Dr. Arendt wird diesen Parlamentarier ja kennen... Die Arbeiter haben allerdings andere Ansichten über die Notwendigkeit der Organisation. Die Arbeiter verlangen sofort nach der Maßregelung vom Vorstand des Bergarbeiterverbandes die Erlaubnis, in den Streik einzutreten. Aber wir haben alles mögliche versucht, um zu einer Einigung auf friedlichem Wege zu kommen. Es wurde zunächst eine freiwillige Kommission gewählt, die eine Milderung der Androhungen und Maßregelungen versuchte. Aber trotz aller Vorstellungen hat sie nichts erreicht. Man sagte den Leuten einfach, es wäre ja unsum, einen Streik zu beginnen, und auch später, als der Streik ausgebrochen war, haben viele blätterliche Zeitungen und Politiker den Streik unsinnig genannt. Solche Äußerungen über Streiks sind und nichts Neues. Aber auf gutem

Wege ist ja bei Ihnen nichts zu erreichen; was soll also der Arbeiter machen? Organisieren soll er sich nicht, obwohl er das Recht dazu hat, sondern er soll sich als Sklave behandeln lassen. Und greift er dann dagegen zum Streik, so heißt es, das sei Unsum. Es gibt ja auch Arbeiterorganisationen — die gelben Organisationen —, die denselben Standpunkt vertreten. Jedenfalls haben wir alles mögliche versucht, um ohne den Streik fertig zu werden. Der Direktor glaubte ja auch nicht, daß es zum Streik kommen würde. Als wir ihm sagten: „Wenn die Androhungen nicht zurückgenommen würden, so könnten wir nicht dafür gutlagen, daß nicht etwas passiere“, erwiderte er: „Ach, Sie meinen wohl den Streik? Das ist ja in Mansfeld ganz ausgeschlossen! Wir haben 12 000 reichstreue Knappen, die werden feststehen wie ein Mann gegen die Sozialdemokraten.“ Diese 12 000 Reichstreuen waren wohl auf dem Papier vorhanden, aber in Wirklichkeit war ihre „Treue“ zum großen Teil durch den Terrorismus veranlaßt. Begärt hatte es in Mansfeld schon lange, aber durch die reichstreue Bewegung ist eine entsetzliche Heuchelei und unter dem Beamtentum eine Korruption sondergleichen großgezogen worden. Es liegt in Mansfeld

genau wie in Saarbrücken,

in Bezug auf Weibergeschichten sogar noch ärger! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nicht nur Arbeiter, sondern auch hochstehende Beamte, sogar ehemalige Minister, erkennen eine reichstreue Arbeiterorganisation nicht als wirkliche Arbeiterorganisation an. Der ehemalige Minister v. Verleppich sprach im vorigen Sommer in einer Versammlung von „Einrichtungen, die sich auch Arbeiterorganisationen nennen. Die selben nenne ich deswegen nicht, weil sie keine Arbeiterorganisationen sind, sondern lediglich Gebilde, die von Unternehmern gegründet sind, um die Störfkraft der Arbeiterorganisationen zu brechen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Daß diese Gebilde nicht in einer Reihe mit echten Arbeiterorganisationen genannt werden können, versteht sich von selbst.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Daß die Arbeiter nur gezwungen in diese reichstreuen Organisationen hineingegangen sind, kann ich durch viele Beispiele beweisen. Am 5. Oktober 1909 wurde ein Kaufmittel unter die Arbeiter verteilt, worin sie angefordert wurden, Mitglieder dieses reichstreuen Vereins zu werden. Unterzeichnet war dieses Zirkular von einem Beamten. Schon im Juli war ein Zirkular an verschiedene Arbeiter gelangt, worin es hieß:

„Auf Anregung der Oberberg- und Hüttenverwaltung (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) mögen sich alle diejenigen, die dem reichstreuen Verein noch nicht angehören, ohne Zögern melden; diejenigen, die es unterlassen haben, dem Verein beizutreten, sollen ihre Gründe der Oberbergverwaltung angeben.“ (Lebhafte Zustimmung! bei den Sozialdemokraten.) Es ist also

ein direkter und indirekter Druck auf die Arbeiter ausgeübt

worden, dem reichstreuen Verein beizutreten und in ihm zu bleiben. Die Entsendung von Militär in das Mansfelder Gebiet war nicht die einzige Ursache, daß unter der Arbeiterkraft Aufregung hervorgerufen worden ist. Die Arbeiter des Mansfelder Gebietes haben unter der ungeheueren

Teuerung der Lebensmittel

furchtbar zu leiden; sie empfinden es besonders stark, daß durch das geradezu verbrecherische System der Ausfuhrprämien die Lebensmittel verteuert worden sind. Die Aufregung der Arbeiterschaft im Mansfelder Gebiet ist um so begreiflicher, als

die Löhne ganz bedeutend zurückgegangen

sind, obwohl sie ohnehin niemals nennenswert hoch waren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im Mansfelder Gebiet bestand die sogenannte „Wohlfahrts-Einrichtung“, daß an die Arbeiter Brot und Mehl zum Selbstkostenpreise abgegeben wurde. Nun ist aber der Preis des Mehls enorm gestiegen; während 1908 ein Fah Mehl 9,95 M. kostete, ist der Preis 1909 auf 12,16 M. hinaufgeschraubt worden. Das ist eine Steigerung von über 20 Proz., die um so empfindlicher sein mußte, als gleichzeitig die Löhne zurückgegangen sind. Kein Wunder, daß in den Versammlungen, die ich dort abhielt, die Frauen mir öfter zugerufen haben, daß sie

tagelang kein Brot im Hause

haben und Hunger leiden müßten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das erklärt sich auch daraus, daß sie manchmal sechs Wochen lang auf den Lohn warten mußten! Wer mehr als drei bis vier Schichten verknüpft hat, bekam am letzten des Monats noch gar keine Abrechnung, sondern mußte noch bis zur Mitte des nächsten Monats warten! Das sind geradezu

unerhörte Zustände.

Dabei ist, wie schon erwähnt, die Höhe des Lohnes eine sehr geringe, 1908 betrug

der Durchschnittslohn

8,42 M., 1907, zu einer Zeit der Hochkonjunktur, stieg er auf 8,57 M., fiel aber bereits 1908, obwohl im Revier immer noch Hochkonjunktur herrschte, auf 8,38 M. Im abgelaufenen Jahre schwankte die Höhe des Durchschnittslohnes zwischen 8,38 M. und 8,36 M. Wenn das der Durchschnittslohn ist, so kann man annehmen, daß eine große Zahl von Hauern vorhanden sind, die unter 3 Mark täglich verdienen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Angesichts solcher Jammerlöhne müssen die Arbeiterfamilien in Aufregung geraten, wenn ihnen noch das Brot um 20 Proz. verteuert wird. Herr Dr. Arendt wird ja sicherlich die Mansfelder Gewerkschaft hier verteidigen. Nun, wir wissen ja, daß die Gewerkschaft nicht auf Rosen gebettet ist und daß sie, da die Kupferpreise 1908 zurückgegangen sind, eine Miesenüberflut machen kann. Aber die Mansfelder Kupferschieferbauende Gewerkschaft hat auch schon sehr fette Jahre gehabt. Aber obwohl der frühere Direktor versprochen hatte, daß bei guter Konjunktur auch bessere Löhne gezahlt werden sollten, ist dieses Versprechen niemals eingelöst worden. Man erklärte: man müsse während der guten Jahre Reserven anlegen, damit man bei eventuellen schlechten Zeiten die Höhe der Löhne nicht allzu sehr herunterdrücken brauche. Dabei gab es Jahre, die weit höhere Löhne leicht verdienen hätten. 1899 wurden 100 M. pro Tag ausgezahlt, 1908 sogar 120 M., 1907 betrug die Ausbeute nur noch 70 M. und 1908 ist nichts ausgezahlt worden. Aber verschiedene Gewerke haben auch in diesem Jahre noch darauf hingewiesen, daß zu hohe Abschreibungen gemacht werden. Wenn die Herren Gewerke selbst die Höhe der Abschreibungen tabeln, dann kann man sich denken, wie gewaltige Abschreibungen gemacht worden sind. Auch wurden ja

an die Beamten selbst in den schlechten Jahren kolossale

Zantienem ausgezahlt.

Noch 1907 betrugen die Zantienem für die Beamten 400 000 M., die Gesamtsumme der Löhne aber ist 1908 um 908 298 M. gefallen, obwohl die Zahl der Arbeiter gestiegen ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Für die Beamten aber wurden im selben Jahre 12 197 M. mehr an Gehältern ausgezahlt als im Jahre vorher! Da ist es kein Wunder, wenn die Arbeiter höchst unzufrieden sind.

Dazu kommt noch die schlechte Behandlung, unter der die Arbeiter zu leiden haben. Besonders schlimm ist es unter dem

Generaldirektor Vogelsang

geworden. Da hat man den alten Arbeitern gesagt, sie sollen zu Hause bleiben, da sie ja doch nicht mehr viel leisten können. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Man gab ihnen aber nicht etwa

eine Pension; denn wenn sie zum Arzt kamen, erklärte dieser, daß sie noch nicht arbeitsunfähig seien. Als wir dies dem Vorsitzenden Oberbergmeister Dietrich in Leipzig vorhielten, entschuldigte er die Direktion damit, daß solche Leute, die nicht pensioniert werden, Unterstützungen von der Gewerkschaft erhalten. Nun, wir Arbeiter wollen kein Gnadenbrot, die Arbeiter haben ein Recht auf Arbeit! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn jemand 45 Jahre treu gedient hat, dann muß man ihn entweder pensionieren, oder wenn er noch arbeitsfähig ist, weiterbeschäftigen.

Zur Mißstimmung der Arbeiter trägt ferner auch die ungeheure Verschlechterung des Gesundheitszustandes

bei. Nach der Statistik im Mansfelder Revier, die nicht etwa von Arbeitern, sondern von Beamten aufgestellt ist, waren 1896 von 100 Arbeitern 33,5 krank, 1901 38,2, 1906 schon 79,7 (Lebhafte Zustimmung! bei den Sozialdemokraten) und 1907 sogar 84,1 Proz. (Erneute Enttäuschung bei den Sozialdemokraten.) Das ist eine höchst demütigende Verschlechterung des Gesundheitszustandes.

Ebenso traurig steht es mit den anderen Verhältnissen. Das Krankengeld ist fast nirgends so niedrig als im Mansfelder Revier. Ebenso sind die Pensionen für alte Arbeiter nirgends so gering wie im Mansfelder Revier. Dabei sind am 1. Januar 1908 die Beiträge der Arbeiter zur Invaliditätsversicherung hin- aufgesetzt worden! Die Monatsrenten aber wurden heruntergeschraubt. Man hat zwar die Bestimmung ausgemerzt, daß die Hälfte der Reichsrente angerechnet werden soll auf die Pensionen, aber den alten Leuten, die zurzeit schon pensioniert waren, wurde diese Wohlthat, wenn man es schon so nennen will, nicht zuteil. Das ist eine große Ungerechtigkeit. Ueberhaupt ist gegenüber der Arbeiterschaft von den Statuten in rigorosester Weise Gebrauch gemacht worden. Dafür nur wenige Beispiele: Nach den Bestimmungen des Statuts wird im Falle einer Gefängnisstrafe während der Dauer der Strafzeit keine Rente bezahlt. Trotz dieser klaren Bestimmung wurde einem alten Bergmann, der eine Gefängnisstrafe abgedient hatte — wie er mir erzählte: unschuldiger Weise, doch das tut ja nichts zur Sache — die Auszahlung der Rente verweigert, als er aus dem Gefängnis entlassen war. Das ist direkt statutenwidrig. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein 57 Jahre alter Bergmann, dem jedes Schullin schon ansehen konnte, daß er schwer an Asthma zu leiden hat, bekam trotz 30jähriger Dienstzeit nur die Monatsrente von 22 M. Die Reichsrente wurde ihm verweigert, weil der Arzt seine Arbeitsunfähigkeit nicht anerkennen wollte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Die niedrigen Löhne im Mansfelder Bergrevier haben zur Folge, daß die Bergarbeiter vielfach auf Nebenarbeiten angewiesen sind. In einer übrigens nicht von unserer Seite einberufenen Versammlung wurde nun Herr Dr. Arendt interpelliert: wie er sich zu diesen Nebenarbeiten stelle. (Lachen des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Spahn (wegen seiner leisen Stimme zum Teil unverständlich) fordert den Redner auf, nicht zu weit abzuweichen und nicht auf Dinge zu kommen, die mit dem Gegenstand der Interpellation kaum im Zusammenhang stehen. (Lebhafte Beifall rechts. Lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Sasse (fortfahrend): Ich denke, es steht in sehr engem Zusammenhang mit dem Gegenstand der Interpellation, wenn ich das Milieu der Streikvorgänge schildere. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Lachen des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Spahn (wiedermal schwer verständlich) scheint seine vorige Aufforderung zu wiederholen und fordert schließlich den Redner auf, den Abgeordneten Dr. Arendt nicht so in die Debatte zu ziehen! (Anruhe und Lachen bei den Sozialdemokraten, Zustimmung rechts.)

Abg. Sasse (fortfahrend): Um die Erbitterung im Revier zu verstehen, muß man doch einigermaßen die Zustände dort kennen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Für die politische Herrschaft, die die Gewerkschaft im Revier ausübt, ist es bezeichnend, daß eine ganze Reihe Ortschulzen und kleine Bürgermeister-Gewerkschaftsbeamte sind! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) So erhielt der Ortschulze von Hettstedt vom Diplomingenieur Spahn seine Weisung, wie er sich in seiner bürgermeisterlichen Eigenschaft im Streik zu stellen habe! Da war keine unparteiische Haltung der unteren Behörden zu erwarten. Und was tat

der preussische Handelsminister,

der telegraphisch um seine Vermittlung gebeten wurde? Er meinte, Vermittlung habe keinen Zweck, weil Meinungsverschiedenheiten vorhanden seien! Daß Meinungsverschiedenheiten vorhanden waren, wußten sie freilich, so gut wie jeder Rauchtänder! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Dazu brauchten Sie nicht beim preussischen Handelsminister anzufahren. Der englische Handelsminister hat bei einem ähnlichen Streik seine Vermittlung sogar unaufgefordert angeboten! (Hört! hört!)

Wenn so die Mansfelder Bergknappen von allen Seiten, auf die sie Hoffnung gesetzt, um Stich gelassen wurden, hielten wir es für unsere Pflicht, uns ihrer anzunehmen. Daß wir dafür namentlich von den Konservativen Heizer gescholten werden, wissen wir; das kümmert uns aber wenig. (Sehr gut! bei den Soz.) Wir sind stolz darauf, die Mansfelder Bergknappen aufgerichtet zu haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Daß wir „Heizer“ aber den Streik veranlaßt haben, ist nicht wahr. Die reichstreuen Knappen und sogar ihre Führer haben mitgemacht. Gerade uns „Hehern“ ist es zu verdanken, daß Ausschreitungen fast ganz vermieden wurden. Auch zu den kleinen Reibungen in Hettstedt wäre es nicht gekommen, wenn die Mansfelder Polizei so vernünftig gewesen wäre wie die weisfällische und unsere Ordnungsmänner hätte funktionieren lassen. Aber diese Ordnungsmänner erregten ja den Reib besonders der Herren Offiziere, die es nicht gern zu sehen scheinen, wenn die Ordnung ohne Säbel und Hinte aufrechterhalten wird. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Namentlich die Offiziere waren es ja auch, die den Bergknappen sagten: Dagegen ist nichts einzuwenden, daß Ihr Euch organisiert; aber Ihr dürft Euch nicht in sozialdemokratischen Verbände organisieren! Nun, Direktor Vogelsang hat rundweg erklärt, daß er auch keine christliche Organisation duldet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Beim Streik in Lothringen wurde Militär gegen christliche Arbeiter geschickt. (Hört! hört!) Ebenso wurde Militär beim ersten großen Bergarbeiterstreik in Deutschland, dem niederschlesischen vor 40 Jahren, verwendet, obwohl es damals unter den niederschlesischen Bergleuten gar keinen Sozialdemokraten gab. Also: ob christliche, sozialdemokratische oder kirchlich-dunkelste Arbeiter, das macht keinen Unterschied! Man spreche doch nicht von Erzeugen, die das Einkommen des Militärs erfordert haben sollen. Bürgerliche Wälder, die direkt gehässig gegen die Streikenden waren, haben ihre müßerhafte Haltung anerkennen müssen. Jedes Tage vor den Reibungen in Hettstedt, die den Vorwand geben mußten, hand fest, daß Militär einschreiten werde. (Lebhafte Zustimmung! bei den Soz.) Man wollte eben Militär, um den Streik abzumürhen. (Erneute lebhafter Beifall bei den Soz.) Das hat auch bürgerliche Kreise empört, die sonst unter dem Einfluß des Herrn Dr. Arendt standen. Zahlreiche Bürger forderten ganz von selbst Sammelstellen und zeichneten Summen zugunsten der Streikenden. Die „Kreuzzeitung“ freilich hat eben Jungliberalen entdeckt, der sich über den Streik „entsetzt“ haben soll! Wir schenken der „Kreuzzeitung“ gern diesen angeblich Jungliberalen, der seinen „Liberalismus“ dadurch offenbart, daß er es als grausamen Mißbrauch des Vereinsgesetzes bezeichnet, wenn die Bergarbeiterfrauen von den Rechten Gebrauch machen, die ihnen das Vereinsgesetz gibt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Was ist denn in Hettstedt vorgegangen, daß die Behörde sich veranlaßt sah, Militär hinzubringen? Als

das Militär

am 21. Oktober einträte, befanden sich auf den Straßen nur Neugierige, vor allem Kinder und Frauen. Von einer großen Gefahr zu sprechen, ist geradezu lächerlich. Jemand ein Aufruf hat nicht stattgefunden. Nirgends sind Fenster eingeworfen oder hat sich irgend etwas ereignet, das die Aufmerksamkeit von Militär rechtfertigte. Es sind einige Schimpfworte gegen Streikbrecher gefallen, und ein Streikbrecher wollte eine Frau beschuldigen mit dem Dolch niederhauen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Da sind ihm Streikende in den Arm gefallen. Deswegen Militär heranzuziehen, das ist einfach lächerlich. Dann möchte man bei jedem Vereinsteil Militär zuziehen. Freilich, wenn man das alles als festgefesselt ansieht, was z. B. in die „Magdeburger Zeitung“ lanciert ist, würde es sich ja anders verhalten. Da ist zu sehen, daß die Vaterkommission in die Luft gesprengt werden sollte (Lachen bei den Sozialdemokraten), daß die elektrische Zentrale in die Luft gesprengt werden sollte und ähnliches. Aber solchen

Amnenmärchen

Glauben zu schenken, ist geradezu lächerlich. Wir hatten die Leute bereits veranlaßt, nicht auf die Straße zu gehen, damit sie gar nicht provoziert werden könnten. Trotzdem hat man so getan, als ob die höchste Gefahr vorhanden sei. Freilich hat bei dieser Darstellung wohl auch das böse Gewissen der Behörde mitgespielt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich konstatiere, daß wir selbst vollständig Ordnung geschaffen hätten. Aber freilich, man wollte ja gehört haben, daß am nächsten Tage 8000 bewaffnete Bergleute aus Böhmen kommen würden. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Solche Amnenmärchen, die in die Öffentlichkeit lanciert wurden, läßt manchem Wähler und auch manchem hohen Beamten große Angst ein. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Als dann das Militär kam, kamen viele Leute, um es anzusehen: ruhige Wählerleute, Frauen, Kinder, die ja in Hettstedt sonst Militär nicht zu sehen bekommen. Ein jeder wollte

die Maschinengewehre

sehen. Herangelassen wurde keiner, aber die Elektrische fuhr vorbei. Und die hat an jenem Tage sehr gute Geschäfte gemacht. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Daß aber diese Dinge nicht nur Ärger und Aufregung entstanden ist, sondern daß man

aus vollem Halse gelacht

hat, können Sie sich wohl denken. Es war ja auch ein erhebendes Schauspiel, die Soldaten mit aufgeschlängtem Gewehr und ringsherum die Kinder gelagert zu sehen. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Aber auch große Aufregung hat die Auffstellung von Maschinengewehren hervorgerufen. Die Aufregung unter diesen reichtrüben erzeugten Bergarbeitern wurde so groß, daß die Leute zu mir sagten, ich dürfe nicht so bremsen, es müsse jetzt losgehen! Wenn sie wirklich schreien, müsse man dynamit anwenden! Natürlich beruhigte ich die Leute, daß sie sich nicht provozieren ließen. Nicht nur wir und nicht nur freisinnige Wähler hielten die Heranziehung von Militär für unnötig. Als das Militär schon acht Tage da war, am 20. Oktober, schrieb auch die „Magdeburger Zeitung“: „Der Unwille über dieses Vorgehen ist in Mansfeld so allgemein, daß es wahrhaftig nottut, daß auch die bürgerliche Presse energisch Verwahrung dagegen einlegt.“ (Hört! hört!) Ebenso haben sich Offiziere und Unteroffiziere unwillig über ihre Heranziehung in dieses so auffallend ruhige Gebiet ausgesprochen.

Was haben Sie denn nun mit der Heranziehung des Militärs erreicht? Ich habe auf den Tisch des Hauses einige Wipplätter niedergelegt, aus denen Sie ersehen können, daß Sie sich

vor der ganzen Welt lächerlich gemacht

haben. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was es nötig, gerade das 10te Regiment heranzuziehen? Ein Soldat dieses Regiments wollte einen Streikposten forttreiben und erkannte in ihm seinen Bruder! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wirklich das Einschreiten von Militär notwendig geworden wäre, müßte man dann die Truppen hinschicken, die gerade dort ihre Väter, Brüder, Mütter und Schwägeren hatten: die eigenen Weiber und Söhne der streikenden Arbeiter? Das müßte ja eine ungeheure Aufregung hervorgerufen. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und wie ist das Militär vorgegangen? Am 3. Oktober wurde die Bahnhofsstraße besetzt und überhaupt

kein Mensch zum Bahnhof gelassen.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bauarbeiter, die zu ihrer Arbeitsstelle fahren wollten, wurden daran verhindert und mußten ihre Arbeit veräußern. Als unser Ordnungsmann, ein durchaus ruhiger Mensch, an den Unteroffizier herantrat und ihn in ruhiger Weise darauf aufmerksam machte, daß es sich hier nicht um streikende Bergarbeiter handele, ließ der Unteroffizier scharf laden und sagte:

„Wenn Sie noch ein Wort sprechen, lasse ich Sie niederschießen!“

(Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Jurus: Dasselbe begahen wir die Steuer! Ich frage den Kriegsminister, ob eine so ungeheuerliche Instruktion gegeben worden ist, ob derartige vor Gott und Menschen verantwortet werden kann.

In Hettstedt wollte ein alter 63jähriger Invalide, welcher der Gewerkschaft 46 Jahre treu gedient hat (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), die goldene Verdienstmedaille und in Anerkennung seiner Dienste auch eine silberne Uhr von der Gewerkschaft erhalten hatte, sich auch das Militär ansehen. Es bekam ihm schlecht. Weil er nicht schnell genug von der Straße konnte, wurde er

mit dem Gewehrkolben verprügelt.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Fünf Soldaten gegen ein Mädchen!

Ein Dienstmädchen, das eine Besorgung zu machen hatte, konnte gar nicht verstehen, daß man sie daran hindern könne. Als sie einfach durch die Wachen ging, wurde sie verhaftet, und der diensttuende Unteroffizier beorderte 5 Mann, die er scharf laden ließ (lautes Lachen bei den Sozialdemokraten) und in Begleitung dieser 5 Soldaten wurde das Mädchen zur Wache gebracht. (Große Weiterkeit.) Das für eine Auffassung müßte das Mädchen von den Soldaten bekommen! Sie sagte zu ihnen:

„Ihr seid aber stark!“

(Schallende Weiterkeit.) Auch unsere Ordnungsmänner sind wiederholt verhaftet worden, ohne daß einer den Grund wußte. Als wir uns bei dem Major über eine grundlose Verhaftung beschwerten, gab er zur Antwort, der Ordnungsmann habe dem Leutnant Rauch ins Gesicht geschlagen. Dabei hatte der Verhaftete fünf Meter von dem Offizier abgestanden. Ich wiederhole meine Frage an den Kriegsminister, ob wirklich derartig

ansinnige Instruktionen

den Offizieren erteilt sind. In Hettstedt bei Hettstedt wurde eine Verhaftung vorgenommen, weil das Pferd eines Mitwärtlers an die Gewehrpyramide herangegangen war und sie dabei umgeschmissen hatte! Da man das Pferd nicht verhaften konnte, verhaftete man den Wächter, und schaffte ihn ins Spritzenhaus. Der Mann konnte das gar nicht begreifen und geriet in eine solche Aufregung, daß er alles demolierte, den Ofen und seine Kleider zum Fenster hinauswarf. Wiederum wurden fünf Mann beordert, die scharf laden mußten und den Mann ins Krankenhaus schafften. Sieht denn die Militärbehörde nicht ein, daß auf solche Weise die Autorität der Behörde nicht gestärkt wird? Ganz besonders scheint man es auf die Altändler abgesehen zu haben. (Zuruf: Rie!) Der Meier Prozeß war allerdings schon eingeleitet. Ein solcher Altändler wurde verhaftet, weil er betrunken war und in diesem Zustande nicht einsehen konnte, daß er von der Straße gehen müßte. Eine Frau wurde verhaftet, weil sie nicht schnell genug von einem Schaufenster wegging. Ich wiederhole: Bei dem ganzen Mansfelder Streik ist kein Blut geflossen, und das haben Sie allein uns zu verdanken. (Lebhaftes Widerspruch rechts. Lautes Lachen des Abg. Kreiß.) Wenn Herr Kreiß darüber lacht, so läßt

mich das kalt. (Abg. Kreiß: Ich amüsiere mich nur!) Dieses Amüsiert gönne ich Ihnen, und es charakterisiert Sie. (Lebhaftes Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es bleibt eine Tatsache, daß wir ohne jede militärische Hilfe Ordnung gehalten haben. Wo es zu einem Zusammenstoß kam, war es die Schuld der Gendarmen, nicht der Ordnungsmänner. Ich wiederhole, es ist kein Tropfen Blut geflossen, nur einen Toten gab es, aber erschredend Sie nicht: das war ein Militär gaul. (Weiterkeit.) Unsere Gegner werden ja nachher Gerichtsurteile aufmarschieren lassen. Aber gerade diese Urteile zeigen, daß man packendes Material nicht hat, obwohl man ungeheuer harte Strafen ausgesprochen hat. Ein Ordnungsmann wurde mit 9 W. Geldstrafe bestraft, weil er durch Anlegen der weißen Binde sich ein öffentliches Amt angemacht habe. (Große Weiterkeit.) Herangezogen wurde zur Begründung des Urteils eine Polizeiverordnung vom Jahre — 1708. (Erneute Weiterkeit.) Angesichts solcher Tatsachen braucht man sich über die übrigen Urteile nicht zu wundern. Auch haben schon eine Reihe Freisprechungen stattgefunden. Freilich steht noch ein Prozeß wegen Mord des Landfriedens bevor, doch halte ich es für undenkbar, daß eine Verurteilung erfolgen kann. Jedenfalls wird man uns noch einen anderen Vorgang an die Dockschieße hängen wollen: Am 20. Dezember hat eine Dynamitexplosion stattgefunden und man hat bereits Verhaftungen von Ausgesperrten vorgenommen. Es ist aber nicht der geringste Anhalt dafür vorhanden, daß Streikende und Ausgesperrte irgendwie beteiligt waren. Man hat sogar vermutet, die Explosion sei veranlaßt, um Material gegen uns vorbringen zu können. Ich will das nicht annehmen, aber jedenfalls haben wir stets darauf hingewirkt, daß die Leute sich nicht provozieren lassen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Noch einige himmelschreiende Gesetzesverletzungen von Seiten der Offiziere und Unteroffiziere

muß ich anführen: Ihre Unkenntnis des Vereins- und Versammlungsrechts ist noch das geringste. Es wurden Flugblätter beschlagnahmt, auf Beschwerden hin wurden sie freigegeben, und dann sind doch wieder von verschiedenen Offizieren Flugblätter konfisziert worden. Ueber das Verlangen, eine Bescheinigung darüber zu geben, setzten sie sich einfach hinweg! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Noch bei Abbruch des Streiks wurden Flugblätter in Sangerhausen von einem Hauptmann und einem Amtmann konfisziert. Auf Beschwerde beim Major in Hettstedt sagte dieser, Zeitungen dürften ausgelesen werden, Flugblätter aber nicht! Ich frage den Kriegsminister, ob eine solche ungeschickliche Instruktion gegeben ist. Wir haben Beschwerde beim Kommando in Magdeburg geführt, haben aber

bis heute noch keine Antwort!

(Hört! hört! b. d. Soz.) Ist das etwa bei der Militärverwaltung Probe? Wiederholt ist uns auf Beschwerden überhaupt keine Antwort zuteil geworden! Verträge sind das etwa nicht mit der Offizierschule? (Sehr gut! b. d. Soz.) — Ein Leutnant wollte einen 15jährigen Jungen verhaften lassen, weil er Flugblätter austrug. Als der Junge Reichhaus nahm, ließ der Leutnant scharf laden und wollte ihn niederstrecken lassen! Wäre der Junge nicht stehen geblieben, so hätte der Herr Leutnant das wohl auch getan. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Vieles haben die Offiziere sich selbst widersprochen. Der eine duldete Ordnungsmänner mit der weißen Binde, der andere ließ sie verhaften. In einem Falle wurde der Verhaftete nach Kloster Mansfeld transportiert, dann wieder zurück nach Hettstedt, dann nach Leinbach und dort zum Dreißigjährigen gebracht. Dieser Dreißigjährige war aber klüger als der Hauptmann. Er sagte, er könne die Verantwortung nicht auf sich nehmen, den Mann verhaften zu lassen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch hier, wo ein Hauptmann beteiligt war, frage ich den Kriegsminister, ob die Leute nicht anders instruiert waren. Den Offizieren müssen die notwendigsten Gesetzeskenntnisse beigebracht werden. Sie brauchen es nicht in der Instruktionstunde zu tun. Sie können sie ja den schwächlichen Kurulus befehlen lassen, den wir in der Gewerkschaft eingeübt haben. (Lebhaftes Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Leute keine Gesetzeskenntnisse haben, so können Sie auch nicht verlangen, daß sie irgendwelche Autorität besitzen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Beim Mansfelder Streik hat auch die schwarze Polizei

mitgeholfen, den Arbeitern Unrecht zu tun. Ein evangelischer Pastor hat vorgeschlagen, eine Streikbrecherliga zu gründen, und ein katholischer Geistlicher hat sich alle Mühe gegeben, den Streikenden in den Rücken zu fallen. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Er hat versucht, die Arbeiter von der Organisation abzuhalten. Bei einigen hat er damit Glück gehabt, bei den meisten aber nicht. Und nach Aufhebung des Streiks sind nicht nur die Streikenden dem Verbanne treu geblieben, sondern auch katholische Arbeiter in großer Zahl zu uns übergetreten. (Abg. Dr. Fleischer: Das ist nicht wahr!) Das ist wahr! Wenn Sie es nicht wissen, dann sind Sie falsch unterrichtet. Erwähnen muß ich noch

das geradezu schamlose Verhalten einiger Beamter.

Vizepräsident Dr. Spahn (unterbrechend): Ich bitte den Herrn Redner, nicht in diesem Tone fortzufahren. Man kann sehr gut das Verhalten irgend eines Menschen charakterisieren, ohne ihn dabei zu verletzen.

Abg. Sachs (fortfahrend): Bei dem Streik hat sich der Landrat

des Kreises in ganz parteiischer Weise in die Angelegenheit eingemischt. Er hat nicht nur den Arbeitern, die sich wieder zur Arbeit meldeten, in Gegenwart der Arbeitgeber eine Standrede gehalten, sondern ihnen auch das Versprechen abverlangt: daß sie sich niemals organisieren werden! (Entscheidungstunde bei den Sozialdemokraten.) Das ist eine so starke Verletzung der Gesetze, daß der Vorhin von mir gebrauchte Ausdruck noch viel zu mäßig ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Als der Landrat das Bureau verließ, bekam er von seiner Seite einen Gegengruß. So erbot sich waren die Arbeiter über sein Eingreifen in den Kampf. Wir verbitten uns auf das energischste ein derartig ungeschickliches Eingreifen. Der Landrat hat dann noch im Kreisblatt in einem Artikel die unterlegenen Arbeiter verhöhnt. Ist es heroisch, wenn ein Sieger dem Besiegten noch Zugriffs verleiht? Jedenfalls hat er damit dem Streik seinen schönen Denkstein gelegt, sondern eher einen Denkstein der Schande. Jedenfalls ist es nicht gelungen, trotz aller Machinationen die Arbeiter vom Verbanne loszureißen.

Angesichts aller dieser Tatsachen und der parteiischen Einmischung der Militärbehörden haben wir an den Reichskanzler die Anfrage gerichtet, welche Schritte er zu tun gedenkt, um in Zukunft derartige Vorgänge hintanzuhalten. Jedenfalls sind die Gelder der Steuerzahler nicht dazu da, um solches Theater aufzuführen und derartige Ungerechtigkeiten, wie es das Eingreifen des Militärs ist, zu bezahlen. Wir verlangen, daß der Reichskanzler endlich Stellung nimmt und daß die Bestimmungen über das Koalitionsrecht nicht nur gegen die Arbeiter, sondern auch für die Arbeiter angewendet werden. Wenn wir gerechte Mächte und unparteiische Staatsanwälte hätten, dann wären Dankhaben in den Gesetzen vorhanden, um gegen Arbeitgeber vorzugehen, die sich solche Ausschreitungen gegen die Arbeiter zu schulden kommen lassen. Da wir das aber nicht haben, müssen wir die Regierung ermahnen, die Arbeiter vor solchem Zwang zu schützen, wie er hier ausgedrückt wurde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wer die Arbeiter abhört, ihr Recht zu finden, der muß auch mit Strafe belegt werden. Wir haben unsere Pflicht getan, um Sie die Ihre! (Lebhaftes Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Auf die Frage, die in der Interpellation gestellt wurde, habe ich folgendes zu erklären: Es ist richtig, daß aus Anlaß des Streiks im Mansfelder Bergrevier Militär herangezogen worden und dort bis gegen Ende des Streiks verblieben ist. Nach Artikel 88 der Reichsverfassung sind die

Bundesräten berechtigt, ihre Truppen zu polizeilichen Zwecken zu verwenden und die Truppen anderer Kontingente, die in der Umgebung stehen, zu requirieren. Ich habe zunächst zu prüfen, ob die Verwendung des Militärs im vorliegenden Falle im Einklang mit den Bestimmungen der Reichsverfassung erfolgt ist. In dieser Beziehung habe ich festzustellen, daß das Militär herbeigerufen wurde durch die zuständigen Landräte, nicht etwa von der preussischen Verwaltungsbehörde, wie behauptet wurde, nachdem am 21. Oktober in Hettstedt eine nach Tausenden zählende Menge, in der sich allerdings auch Frauen und Kinder befanden, schwere Ausschreitungen verübt hatten (Lebhafter Widerspruch b. d. Soz.), denen gegenüber die in geringer Zahl verfügbaren Polizeigendarmenmännschaften sich als wehrlos zeigten. (Hört! hört! rechts.) Unter diesen Umständen ist das Heranziehen des Militärs im Einklang mit den Vorschriften der Verfassung erfolgt. (Zuruf der Sozialdemokraten: Welche Ausschreitungen? Ausschreitungen, die dem Verbanne Veranlassung zu einer Anklage wegen Landfriedensbruch gegeben haben! Der Landfriede wird durch die gerichtliche Verhandlung festgestellt werden. Es ist einwandfrei festgestellt, daß eine große Anzahl von Arbeitswilligen aus der Menge herausgeleitet, beschimpft, bespottet, daß schließlich die Mannschaften der Gendarmen und der Polizei von der tobenden Menge an die Mauer gedrückt worden sind. (Hul! hul! bei den Sozialdemokraten.) Mit dieser Feststellung fällt auch die Behauptung, daß das Militär herbeigerufen sei, um die Bergarbeiter in der Ausübung des Koalitionsrechts zu behindern.

Die Frage, ob bei Unruhen, die aus Anlaß eines Streiks brohen oder entstehen, Militär zu Hilfe zu rufen ist oder nicht, ist zu entscheiden unabhängig davon, welches die Ursache des Streiks gewesen ist. Die Polizeibehörden haben die Pflicht, die öffentliche Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten mit den erreichbaren verfassungsmäßigen Mitteln, ohne erst auf die Ursachen, die die öffentliche Ruhe und Ordnung gestört oder bedroht haben, einzugehen. Dabei ist aber der Reichskanzler der Ansicht, daß grundsätzlich die Polizeibehörden in die Lage gesetzt werden sollen, ohne militärische Hilfe nach Möglichkeit ihre Pflicht zu erfüllen. Da der Reichskanzler aber in dieser Aufassung mit dem preussischen Minister des Innern einig ist und dieser wiederholt Anordnungen getroffen hat, fehlt für den Reichskanzler die verfassungsmäßige Voraussetzung, aus diesem Grunde sich mit dem preussischen Minister des Innern ins Einvernehmen zu setzen. Da die Verantwortung für Handlungen der Militärpersonen allein bei den militärischen Instanzen liegt, wird der Herr Kriegsminister nachher auf die diesbezüglichen Ausführungen des Abg. Sachs eingehen. Beschwerden gegen Beamte der preussischen Verwaltung sind bisher weder an die zuständige preussische Zentralstelle, den Minister des Innern, gelangt, noch an den Reichskanzler. (Hört! hört!) Es fehlt also bis heute dem preussischen Minister die Möglichkeit des Eingreifens und auch dem Reichskanzler die Voraussetzung für eine Verständigung mit den preussischen Behörden. Ich werde aber das heute vorgebrachte Material dem preussischen Minister mit der Bitte übermitteln, die Beteiligte zu prüfen und eventuell Remedur einzutreten zu lassen. Die Erörterung der Einzelfälle wird dann

vor den preussischen Landtag zu verweisen

sein. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Unter diesen Umständen darf ich es mir verjagen, auf die Einzelheiten der Interpellation einzugehen, um so mehr, als ich verfahren kann, daß der Reichskanzler mit dem preussischen Minister darin einig ist, daß eine gleichmäßige unparteiische Handhabung und Beobachtung der Gesetze durch die Beamten und Behörden der Bundesstaaten eine der wesentlichsten Voraussetzungen unseres Staatslebens ist. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Lebhafter Beifall rechts.)

Preussischer Kriegsminister General v. Heeringen:

Ich sehe es als glücklichen Zufall an, daß es sich das erste Mal, wo ich die Ehre habe, in meiner jetzigen dienstlichen Stellung vor dem Hause zu sprechen, um die Abwehr eines Angriffs auf die Armee handelt, wie er selten so unbegründet erfolgt ist. (Lebhafter Beifall rechts. Lautes Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Der Vertreter des Reichskanzlers hat Ihnen bereits auseinandergesetzt, daß von den zuständigen Behörden die Aufforderung an das Generalkommando des IV. Armeekorps erging, Truppen in das Streikgebiet zu schicken, weil die Polizeibehörde für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung nicht mehr genügt. Die Militärbehörde ist gar nicht dazu da, hat gar nicht das Recht, diese Aufforderung nachzuprüfen; sie hat einfach die Pflicht, wenn die zuständige Behörde ruft, ihr zu folgen, bei Feuer- und Wassernot oder bei einer anderen Notlage, im vorliegenden Falle: aufgegebte Arbeiter. (Lebhafter Beifall rechts. Große Unruhe bei den Sozialdemokraten und Zuruf: Wer hat aufgegeben? Weitere Zurufe.) Auf die Dienstmädchen komme ich später. (Weiterkeit, großer Zuruf; Vizepräsident Prinz zu Hohenzollern schwingt die Glocke.)

Wir müssen einfach an Ort und Stelle gehen und unsere Pflicht und Schuldigkeit tun. Der kommandierende General hat alsbald diejenige Truppenmacht ausrichten lassen, die er bei der ungenügenden Lage für unbedingt erforderlich hielt. Man hat sich nun darüber aufgeregt, daß der Truppe Maschinengewehre mitgegeben waren. Ja, kein Mensch hat befohlen, daß die Maschinengewehre extra mitgenommen werden sollten, das ist ein integrierender Bestandteil der Truppe. (Ebenso gut wie die Infanterie ihre Gewehre mitnimmt, nimmt sie auch ihre Maschinengewehre mit; sonst könnte man auch der Kavallerie sagen: Laßt die Lanzen zu Hause. (Weiterkeit rechts.) Es war aber um so notwendiger, als die Truppenzahl verhältnismäßig gering war. Die Lage, die die Truppe im Streikgebiet vorand, war allerdings erheblich weniger harmlos, als der Vortrüber hier geschildert hat. (Sehr richtig! rechts.) Zunächst hatte am Tage vorher eine nach Tausenden zählende Volksmenge versucht, die Gendarmen nicht nur an die Wand zu drücken, sondern ihnen auch die Waffen zu entreißen (Hört! hört!), so daß tatsächlich die Gendarmen ihres Lebens nicht sicher waren und ihre Aufgabe nicht erfüllen konnten. Die Truppe war bis in die Nacht tätig, nicht nur Frauen und Kinder, sondern einen 400 Köpfe zählenden Streikhaufen (Unruhe bei den Sozialdemokraten) vor der Fabrik zu vertreiben. Am folgenden Tage leiteten zwei Kompanien die Arbeitswilligen durch Hettstedt und durch eine nach Tausenden zählende Menge, allerdings auch Frauen und Kinder, aber in allererster Linie Streikende. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten. Abg. Sachs ruft: Nicht wahr!)

Vizepräsident Prinz Hohenzollern: Herr Abgeordneter Sachs, unterlassen Sie die fortwährenden Zwischenrufe, da ich Sie sonst zur Ordnung rufen muß. (Draval rechts.)

Erst nach zweimaligem Trommelwirbel ging die Menge zurück, aber Gott sei Dank! sie ging zurück, so daß die Truppe nicht nötig hatte, von der Waffe Gebrauch zu machen. (Hört! hört! rechts. Sturm. Unruhe b. Soz.) Die Koalitionsfreiheit ist von der Truppe von keiner Seite angegriffen worden; damit haben wir überhaupt nichts zu tun. (Große Unruhe und erregte Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Wir schützen Leben und Ordnung und damit fertig! Für die Truppe begann ein anstrengender Dienst. Ueber drei Wochen lang war sie nicht aus den Kleidern gekommen. Wenn Sie die Leute an Ort und Stelle gesehen hätten, so würden Sie gesehen haben, welchen ermüdeten, angestrengten Eindruck die Leute machten. (Erregte Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Ob es sich um reichstreue Arbeiter handelt oder nicht, ist für die Armee einerlei. Für uns kommt es nur darauf an, ob der Arbeiter Ruhe und Ordnung hält oder nicht. (Zofender Beifall rechts.) Daß die Truppe sich jeder Provokation ferngehalten hat, das geht daraus hervor, daß erstens überhaupt kein Zusammenstoß mit der Bevölkerung stattgefunden hat, zweitens aus der geringen Zahl der Verhaftungen. Ich erkenne ohne weiteres an, daß auch die Streikleitung sich bemüht hat, Zusammenstöße zu vermeiden. Es ist wiederholt in Rundschreiben und auch sonst aufgefördert worden, keine Veranlassung zu Zusammenstößen zu geben. (Lautes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber diese Anerkennung hat einen Reizschmack. Das heißt nämlich immer dabei: Solange das Militär da bleibt. (Stürmisches Hört! hört! rechts.) Und alle Verichte stimmen darin überein, daß, sobald unsere Truppe den Streikenden den Rücken wandte,

die Taktik gegen die Arbeitswilligen wieder aufgenommen wurden. Alltäglich ist beim Generalkommando erzwungen worden, die Truppen zurückzuführen; denn wahrhaftig, der Armeemacht es keinen Spott; wir können unsere Zeit besser verwenden. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten. Weisfall rechts.) Aber alle Tage hat man wieder zu seinem Bedauern zu der Ueberzeugung kommen müssen, daß die Zeit noch nicht gekommen war, und erst nachdem der Streik eingeleitet, nachdem Ruhe und Ordnung eingeleitet war, konnte man die Truppe wieder zurückziehen.

Wenn man das Ergebnis der Anklage des Herrn Sachse zusammenfaßt, so ist es ein höchst mageres. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe mich gewundert, daß alles so glatt abging. (Stürmische Jurufe bei den Sozialdemokraten. Vizepräsident Erbprinz zu Hohenzollern ersucht die Abgg. Que und Sachse, ihre Zwischenrufe zu unterlassen.)

Selbstverständlich hat niemand etwas dagegen, daß ein Mann mit einer weißen Binde herumläuft und für Ordnung sorgt. Wenn es sich nur wirklich um Ordnungshüter gehandelt hätte: Gegen Ordnungsmänner ist tatsächlich nur da eingeschritten worden, wo sie ihr sogenanntes Amt in lauester provolatorischer Weise in unmittelbarer Nähe der Truppen auszuüben suchten. So lautet die Instruktion, und so lautet auch die tatsächlichen Berichte. (Der Kriegsminister verliest die Bestimmungen über den Waffengebrauch. Abg. Sachse ruft: Und all das stimmt hier nicht!) Ich konstatiere nur eins: Auch heute ist an mich nicht die Idee einer Beschwärde aus dem Streikgebiet gekommen, und Sie sind doch sonst nicht so bescheiden! (Lofendes Gelächter rechts, stürmische Jurufe bei den Sozialdemokraten.)

Ich komme jetzt auf das Dienstmädchen und die Frauen von Keldra. Es hat ja sehr schön gelaufen, hat auch in den Zeitungen sehr schön gestanden, hat nur den einen Nachteil, daß es absolut unwahr ist. (Große Heiterkeit rechts.) Es ist überhaupt im ganzen Streikgebiet keine einzige Frau verhaftet worden. Nachdem das in der Zeitung stand und ich diesen Roman las, habe ich mich gewundert und habe das Generalkommando zum Bericht aufgefordert, und es hat berichtet, von Seiten der Soldaten sei keine Frau verhaftet worden. (Juruf: Aber Mädchen!) Wenn ich sage, keine Frau verhaftet, dann ist auch kein Mädchen verhaftet. (Große Heiterkeit rechts.) Ein Mann, der in die Verste gefallen ist — der Mann ist mit Absicht hineingefallen, und doch man sich das nicht gefallen läßt, ist klar — ist verhaftet worden und wehrte sich derartig, daß das ganze Gefängnis in Trümmer ging. (Große Heiterkeit.) Gewiß sind Flugblätter angehalten worden. § 30 des Reichsstrafgesetzes läßt den § 10 des preussischen Gesetzes von 1850 noch in Kraft, wonach unentgeltliche Verbreitung von Flugblättern an die Genehmigung der Ortsbehörde gebunden ist. (Widerspruch der Sozialdemokraten.) Diese Genehmigung war im vorliegenden Falle nicht erfolgt.

Weiter führt Herr Sachse Beschwerde, daß der kommandierende General keine Antwort erteilt habe, als er seine Depesche bekam. Ich habe ihn nicht danach gefragt, aber ich glaube, er hat es nicht getan — ich hätte es auch nicht getan — weil die Depesche in offenkundiger Weise unterzeichnet war: Der Streikleiter, gez. Sachse. Mit solchen Insanzen braucht man, glaube ich, nicht zu verhandeln. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen war eine Antwort auch gar nicht notwendig, denn die Sachse war bereits erledigt.

Kun kommt der Vorgang in Keldra, wo ein Offizier mit Schellen gedroht haben soll. Der Zeitbestand ist einfach so: Ein Junge, der Flugblätter verteilt hatte, lief weg, der Posten hinter ihm her. Der Offizier fragte nachher den Posten, warum er nicht geflohen hat, und da sagte der Mann einfach sehr richtig, weil der betreffende noch nicht verhaftet ist, und da sagte der Offizier: Haben Sie sehr recht getan. (Heiterkeit.)

Also ich sage, es ist sehr wenig herausgekommen. Die Armeezucht solche Vergewaltigungen wahrhaftig nicht zu den Unnehmlichkeiten. Selbst das talentvollste Mitglied der Armeezucht weiß ganz genau, daß auf der Straße und seine Lorbern blähen und daß wir unsere Zeit besser zu verwenden haben, um uns geschickt zu machen zur Verteilung des Vaterlandes. (Wütender Weisfall rechts.) Ebenso aber mühen wir betonen: Wenn wir benutzen werden, werden wir festhalten, um Recht und Ordnung unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. (Lofender, wiederholter Weisfall rechts.)

Auf Antrag Singer (Soz.) wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Dr. Arendt (Npt.) wird mit stürmischen Aha! Aha!-Rufen von der Linken empfangen. Die Rechte ruft: Ruhe! Ruhe! Ruhe links! Zu Tribüne! (Da Redner von seinem Platze aus spricht.) Stürmische Unruhe im ganzen Hause, die einige Minuten anhält. Die ersten Sätze des Redners gehen verloren. Endlich tritt Ruhe ein.

Abg. Dr. Arendt (fortsetzend):

In einem Punkte stimme ich mit dem Abg. Sachse überein: Auch ich freue mich darüber, daß im Mansfelder Revier kein Blut geflossen ist. Das ist einmal zu danken der Haltung der Polizei, zum anderen dem rechtzeitigen Einschreiten des Militärs. Dafür spreche ich an dieser Stelle den Dank der Bürgerschaft von Mansfeld, des größten Teils der Mansfelder Arbeiter (Lautes Lachen bei den Sozialdemokraten) und eines großen Teils der Streikenden selbst aus. (Stürmischer Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wenn der Abg. Sachse, wie ich zu seiner Ehre annehmen will, ein Beweisen hat, muß er — gerade er — sich besonders beglückwünschen dazu, daß kein Blut geflossen ist. Herr Sachse ist nach dem bekannten Rezept der Gracchen verfahren, sich über Aufrührer zu belagern. (Belächelnde Zustimmung rechts, Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeitswilligen sind Staatsbürger und haben Anspruch auf den Schutz des Staates. (Stürmischer Weisfall rechts.) Wenn man Koalitionsfreiheit will, muß man auch die Freiheit anderer achten. Das Einschreiten des Militärs hat Blutvergießen verhindert, und dem gegenüber kommt es doch wenig darauf an, ob ein Unteroffizier oder gar ein Leutnant sich einmal nicht ganz korrekt benommen hat.

Die Gewerkschaft wollte sich nur die sozialdemokratische Organisation vom Holze halten. Gegen die christlichen Gewerkschaften ist nichts geschehen (Belächelnder Widerspruch im Zentrum); die polnischen Gewerkschaften hat man unbehelligt gelassen (Heftiger Widerspruch bei den Polen), und auch den Sozialdemokraten gegenüber handelt es sich weniger um Abweisung der Organisation als der Agitation. Gerade die Sozialdemokraten achten die Freiheit am wenigsten. Wo sie noch nicht die Herrschaft haben, da verlangen sie die Koalitionsfreiheit; haben sie die Herrschaft, dann führen sie den Koalitionszwang ein. (Lachen bei den Sozialdemokraten, Sehr richtig! rechts.) Was alles gegen Arbeitswillige geschehen ist, geht über den Rahmen des Glaublichen hinaus.

Es sind festgestellt worden, die Arbeitswillige angepöbeln haben, wahrlich im Namen der Koalitionsfreiheit. (Sehr gut! rechts.) Da kann man sich nicht wundern, daß die Gewerkschaft nicht alle Streikenden wieder einsperrt. Aber der Landrat v. Hasselt, der sich durch rechtzeitige Herbeiführung des Militärs ein großes Verdienst erworben hat, (Lachen und Unruhe bei den Sozialdemokraten) hat bewirkt, daß möglichst wenige Ausständige gemahregelt werden. Der größere Teil der reicheren Knappen hat sich am Streik nicht beteiligt. Wir werden auf diesem Felde weiterbauen, um dem Mansfelder Revier den allen Ruf der Reichstrennung zu sichern. (Wahr! rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Mansfelder Bergarbeiter sind durchaus gut; die Leute haben auch reichlichen Nebenverdienst durch Bewirtschaftung ihrer kleinen Felder. Bei dem Streik konnte die Mansfelder Gewerkschaft gar nicht nachgeben, wenn sie das Heft nicht völlig aus der Hand geben wollte. (Sehr richtig! rechts.) Sie wird auch fortjahren, sozialdemokratische Agitation fernzuführen. (Weisfall rechts.)

Herr Sachse sprach von den Maschinengewehren. Schäden haben diese aber doch nur in den Händen unklarer Demokraten angerichtet, nicht nur sozialdemokratischer, sondern auch freisinniger, wie recht

deutlich die Ausführungen des „Berliner Tageblatt“ zeigen, das von manchen Leuten merklich gerühmt immer noch für ein ernsthaftes Blatt gehalten wird. Ein sozialdemokratisches Flugblatt unterstellt mir den Wunsch, daß die Soldaten gegen die Arbeiter in Aktion getreten wären. Wegen dieser häßliche Agitation lege ich Verantwortung ein. Daß der Streik verloren gehen mußte, war von vornherein klar, und deshalb war es fatal von der sozialdemokratischen Verbandsleitung, die Leute in den Streik hineinzuhängen. Die wahren Arbeiterfreunde sind wir. (Schallende Heiterkeit bei den Sozialdem.) Die Sozialdemokratie ist eine Erkrankung der Volkseele, die überwinden werden muß und wird (Lachen bei den Sozialdemokraten), sonst ist unsere Freiheit und Verfassung in Gefahr. Im Zukunftsstaat können die Arbeitswilligen drangsalieren, jetzt leben wir in einem Rechtsstaat. (Schallende Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die Mansfelder Delegation ist reichstreu und wird reichstreu bleiben. (Wahr! rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Fleischer (Z.): Die Berichte, die ich aus dem Mansfelder Bezirk bekommen habe, stimmen nicht mit denen des Abg. geordneten Sachse überein, sondern mit den Darstellungen des Kriegsministers und des Abg. Arendt. Am 21. Oktober wurden die vom Schacht zurückkehrenden Arbeiter drangsalieren und in unerhörter Weise beschimpft, bedroht und mißhandelt, ihr Leben stand direkt in Gefahr, wenn sie am nächsten Tage zur Arbeit gegangen wären. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Leitung der katholischen Arbeiter hatte eine andere Auffassung über die Ausstrahlung des Streiks in Mansfeld. Unter solchen Umständen hatten die sozialdemokratischen Arbeiter kein Recht, die katholischen Arbeiter, die anderer Meinung waren, anzuspüren und zu mißhandeln. (Jurufe bei den Sozialdemokraten: Unwahrheit und Lüge!) Sie stellen sich auf den Standpunkt des Ausnahmegesetzes, wenn Sie Tausende aufstecken, um ruhig zur Arbeit gehende Arbeiter zu beschimpfen. (Abg. Sachse, Soz.: Lüge! Lüge!)

Vizepräsident Dr. Spahn: Herr Abg. Sachse, ich rufe Sie zur Ordnung.

Abg. Dr. Fleischer (Z.) fortsetzend: Unseren Arbeitersekretär, der mit dem Verband in Fühlung treten wollte, haben Sie in die Versammlungen der Streikenden nicht hineingelassen. Den einseitigen Herrenstandpunkt der Unternehmer verurteile ich, aber ebenso den Herrenstandpunkt der sozialdemokratischen Organisation. Ich mißbillige jede Maßregelung wegen Zugehörigkeit zu einer Organisation. (Abg. Que [Soz.]: Und wenn sie geschieht!) Dann habe ich das stets verurteilt. (Abg. Que: Neurose!) Neurose hat mit Mansfeld nichts zu tun. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) In Mansfeld wollten die sozialdemokratischen Arbeiter den anderen verwechseln, auf ihrem Standpunkte zu verharren. Bei der niedergehenden Konjunktur und einer Arbeiterschaft, die noch so gut wie gar nicht organisiert war. (Abg. Fleischer [Soz.]: Daher die Szenen!) So war er ja auch von vornherein ansichtslos. Nach dem Streik noch haben Sie ein Flugblatt verbreitet, in welchem steht: „Will die Gewerkschaft Befreiungsschleicher statt aufrechte, freie, aufgeklärte Arbeiter, dann assistieren wir Bestimmungsgeschehen.“ (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Vorbereitungen zum Streik waren nach meinem Bericht doch anders als Herr Sachse es dargestellt hat. Streikführer sind an Knaben herangezogen, um diese zu bewegen, die von der Arbeit zurückkehrenden Vergleute zu verhöhnen. So hat man Kinder gegen ihre Eltern aufgebracht. (Juruf bei den Sozialdemokraten: Kinderergeschick!) Ich kann das unter Beweis stellen, daß werde ich die Namen nicht nennen nach den Ausführungen, die Sie sich gegen Andersdenkende haben zu Schulden kommen lassen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Heranziehung des Militärs war berechtigt. (Abg. Geyer [Soz.]: Ein schöner Arbeitervertreter!) Die Art, wie die Sozialdemokraten in Mansfeld die Ordnung aufrecht erhielten, führte zur bedenklichsten Anarchie und geradezu zur Bedrohung des Lebens. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Dadurch kann unser Wirtschaftsleben nicht gefördert werden, das kann eben nicht im Zeichen der Gewalt gesehen, sondern nur in dem der Gerechtigkeit. (Belächelnder Weisfall rechts und im Zentrum.)

Abg. Pauli-Potsdam (L.): Die Ursache des Streiks war, daß die Mansfelder Vergleute sich dem Vochumer Verband nicht anschließen wollten. Es die nicht genug waren, es zu tun, wurden entlassen. Das ist das gute Recht des Arbeitgebers. (Sehr richtig! rechts.) Wegen dieser 45 oder Tausende von Arbeitern an der Arbeit hindern und Millionen von Berien vernichten, ist eine Gewissenlosigkeit sondergleichen. (Abg. Lebehour [Soz.]: Dafür haben Sie ja gar kein Verdienst!) Wir können den Offizieren und Mannschaften nur unseren Dank für ihre so maßvolle Haltung in schwieriger Lage ausdrücken. (Lautes Lachen bei den Sozialdemokraten.) Abg. Sachse hat das klingende Spiel der Soldaten getabelt. Ohne klingendes Spiel genießt die Militärmacht nicht die genügende Autorität. (Große Heiterkeit links.) Weibel hat selbst gesagt, daß in anderen Ländern das Militär viel häufiger bei Streiks einschreitet. Herr Abg. Sachse hat nichts, rein gar nichts bewiesen. (Lachen bei den Sozialdemokraten; Juruf des Abg. Sachse.) Rein, Herr Sachse, Sie haben nichts bewiesen. Die Regierung hätte pflichtwidrig gehandelt, wenn sie nicht das Militär herbeigerufen hätte. (Wahr! rechts. Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gothein (freis. Vg.): Ganz gewiß hat die Regierung prinzipiell das Recht, in Bedarfsfällen das Militär zu requirieren, sie hat sogar die Pflicht. Die Frage ist nur: lag ein solcher Fall vor? Die Darstellungen stehen sich scharfschärfend gegenüber. Ich muß sagen, die Ausführungen vom Bundesratistisch und die Ausführungen der Abgg. Arendt und Fleischer haben mich nicht überzeugt. Unter Umständen kann die Anwesenheit des Militärs beruhigend wirken, wie ich das selbst in Waldenburg erlebt habe. Aber eben dort habe ich erlebt, wie sehr die Ausschreitungen und so weiter übertrieben werden. (Sehr wahr! links.) Damals haben sich Offiziere gegen den Ueberzeifer der Zivilbehörden gewandt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Im Allgemeinen tut man gut, 5 bis höchstens 10 Proz. der kolportierten Gerüchte zu glauben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir erleben es ja hier auch, wie sich alles vergrößert: Herr Arendt, der doch sicher nicht die Neigung hat, abzuschwächen, sprach von einem Tausend Zusammengetriebener, beim Kriegsminister wurden gleich ein paar Tausende daraus! (Sehr wahr! links.) Selbst die Herrn Arendt nicht sehr fernstehende „Magdeburger Zeitung“ sprach von maßlosen Uebertriebungen. (Hört! hört!) Es schied sich wahrhaftig nicht, daß der Major, der die ins Streikgebiet gestellten Truppen kommandiert, beim Stützendirektor diniert. (Sehr gut! links. Abg. Dr. Arendt: Er war dort einquartiert!) Das ist noch viel ungebührlicher! (Belächelnde Zustimmung links.) Der Kriegsminister sprach sogar von Aufrührer. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Das ist doch wahrhaftig eine maßlose Uebertriebung. (Sehr wahr! links.) Leute sind angepöbeln worden. Sehr unangebracht und geschmacklos, aber ich muß doch sagen: Einen Aufrührer stelle ich mir anders vor! (Sehr wahr! links.) Da hielt sich doch der Staatssekretär viel unparteiischer, wohl aus dem Gefühl heraus, daß gerade dieser Streik von den Unternehmern verschuldet worden ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Sehr unrichtig! rechts.)

Wenn es heißt: die Gewerkschaft duldet alle Organisationen, nur keine sozialdemokratische, so ist das eine sehr eigenartige Auffassung vom Koalitionsrecht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Tarifvertrag im Waidungsbetriebe zeigt, daß sich sehr gut mit organisierten Arbeitern zusammenarbeiten läßt. (Sehr wahr! links.) Wenn das soziale Verständnis der Regierung größer wäre, würden wir solche Erweiterungen im Reichstags nicht nötig haben. (Belächelnder Weisfall links.)

Abg. Vogel (natlib.) ergeht sich zunächst in sehr ausführlichen Betrachtungen über die Vorgeschichte des Streiks, wobei er die Geschichte des Mansfelder Bergbaus bis ins Mittelalter zurückverfolgt. . . . Es handelte sich nicht um Koalitionsfreiheit, sondern um die Aufrechterhaltung der Ordnung. Es war schweulich zu vermeiden, daß Militär requiriert wurde. (Weisfall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Breßli (Vole): Daß die Aufregung im Mansfelder Bezirk so groß war, wie mehrfach geschildert, glaube ich nicht. So weit Ausschreitungen vorgekommen sind, rühren sie daher, daß die Arbeiter nicht organisiert waren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Gegenüber den übertriebenen Darstellungen von den Unruhen erinnere ich an die Worte des Generals von Albedyll, der beim Streik von 1890 nach dem Ruhrrevier gerufen wurde und von dort telegraphierte: Unruhig habe er nur die Behörden und die Gendarmen gefunden! Es ist nicht Aufgabe des Militärs, einen Streik zu verhindern. Solche Gewaltmaßregeln können nur dazu führen, daß die Arbeiter immer mehr zur Sozialdemokratie übergehen. Wenn Herr Sieberts auch auf dem Standpunkt des Herrn Fleischer stände, würde ich das im Interesse der christlichen Gewerkschaften und der Freiheit der Arbeiter sehr bedauern. Ich bedaure das Vorgehen gegenüber sozialdemokratischen Gewerkschaften, aber die Sozialdemokraten werden erst dann ein Recht haben, sich darüber zu belagern, wenn sie selbst tolerant werden gegenüber den christlichen und polnischen Gewerkschaften. (Wahr! bei den Polen.)

Abg. Lehrens (Witisch. Vg.): Das Vorgehen der Sozialdemokraten in Mansfeld war ein Musterbeispiel dafür, wie man es nicht machen soll. Es war klar, daß der Streik in Mansfeld verloren gehen mußte. Im Ruhrrevier sind die Kameraden viel besser geschildert, da kann man ohne Militär auskommen. In Mansfeld aber, wo die Kameraden gewerkschaftlich ganz ungekühlt waren, war vorzuschauen, daß die Disziplin nicht ausreichend erhalten werden könnte. Ich wünschte, daß nur in den seltensten Fällen das Militär zu Hilfe gerufen wird. Maschinengewehre sollten in Zukunft in solchen Fällen nicht mitgenommen werden; die betreffenden Bestimmungen sollten geändert werden. Zum mindesten müßte das Militär genügend über die sozialen Verhältnisse instruiert werden, damit es nicht etwa einen christlichen Gewerkschaftler für einen Sozialdemokraten oder einen Sozialdemokraten für einen evangelischen Vereinsbruder hält. Den Mansfeldischen Bergarbeitern empfehle ich, sich dem christlichen Bergarbeiterverband anzuschließen. (Chol und Gelächter bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Annett (Soz.): Herr Lehrens meint, in Mansfeld sei von den freien Gewerkschaften so gearbeitet, wie es eigentlich nicht gemacht werden sollte. Ich erinnere ihn an Rheinfelden, wo die Dinge genau so lagen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist hier im Reichstags gesprochen worden von der Frivolität der Arbeiter, sogar von Heperi ist gesprochen worden — Herr Pauli konnte sich darin gar nicht genug tun — und es ist ferner etwas gesagt worden, was seit den Zeiten des Ministers von Möller nicht mehr gehört worden ist: daß die Streiks zusammenschüssen sind als eine Erscheinung, die auf krankhaftem Gebiete liege; es sei ein gelinder Wahnsinn, der die Massen erfasste. Herr Arendt war es, der von einer Rassenpsychose sprach! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Davon kann keine Rede sein. Die nächste Ursache des Streiks war die, daß eine Anzahl von Bergarbeitern in widerrechtlicher, gewaltsamer Weise aus ihrer Arbeit entfernt und aufs Straßengäßchen geworfen wurde. Darüber kommen wir nicht hinweg, da es sich hierbei um eine prinzipielle Frage — um das Sozialisationsrecht — handelt, was es selbstverständlich, daß die Arbeiter alle Kräfte einschleien, um ihr Recht zu wahren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das war ein Grenzpunkt im höchsten Grade. Man muß bedenken, daß diese Arbeiter 10, 20, 30 Jahre Heuerdienste geleistet hatten, daß es Männer waren im Alter von 30 bis 65 Jahren. Das ist ein erschwerender Umstand für das Unternehmertum.

Ferner kommen die Löhne in Betracht. In den Jahren 1903 bis 1909 ist eine sinkende Tendenz von 3,54 M. auf 3,08 M. zu verzeichnen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die sogenannten „ausgehängten Löhne“, die Löhne, die das Unternehmertum zahlen will, stehen noch erheblich schlechter; sie sind von 3,24 M. im letzten Jahre auf 2,84 M. gesunken. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bei solchen ungenügenden Löhnen ist eine Unterernährung der Arbeiter die notwendige Folge. Dazu kommt das ganze kapitalistische System. Die Profitrate ist in Mansfeld besonders groß. Während die Löhne stabil bleiben, sind die Preise für die wichtigsten Lebensmittel in Mansfeld rapide in die Höhe gegangen. Innerhalb des Liberalismus äußern sich nicht alle Herren so, wie heute Herr Gothein. Der Abg. Sachse hat ja schon angeführt, daß ein Jungliberaler über die Mansfelder Frage gesagt hat, der einzige Lichtblick in der ganzen Entwicklung der Sache sei das Militär gewesen: der Anblick der Maschinengewehre. Auch ein liberaler Standpunkt! Eine sehr capitate Rede hat hier Herr Raumann am 12. Juli gehalten. Er sprach davon, wie die Vergleute geneidet und tributpflichtig gemacht werden. Um aber völlig radikal zu sein, hätte er doch die Notwendigkeit der Berggesellschaft der Bergwerke betonen müssen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Davon aber hörte man nichts. Und davon werden Sie auch bei den Liberalen nichts hören, darüber können die Bergherren ganz beruhigt sein. Und somit sind solche Ausführungen wie des Herrn Raumann nichts weiter als tönendes Erz und klingende Schelle. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Seitens des Zentrums hätte man doch wohl erwarten dürfen, daß gegen die Bergarbeiter, die ihre Kameraden im Stich gelassen haben, andere Töne angeschlagen würden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Leute, die gegen ihre Kameraden so handeln wie die Mansfelder Streikbrecher, fehlt das allernotwendigste Verständnis. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gegen den ganzen militärischen Aufbau in Mansfeld hat der Redner des Zentrums kein Wort gefunden, sondern ihn ausdrücklich gutgeheißen! Die Bergarbeiter sind ja nicht gewöhnt, vom Zentrum etwas zu erwarten. Das hat sich 1905 gezeigt, das hat sich auch hier wieder gezeigt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dabei will Herr Fleischer noch Arbeitervertreter sein! Zu seinen Ausführungen gegen uns hatte er gar keine Veranlassung. Ich erinnere ihn nur an die katholische Streikbrecherorganisation, deren Mitglieder ohne Scham und Ehrgefühl ihren Kameraden in den Rücken fielen. Die Freunde des Herrn Abg. Sieberts kennen diese Organisation auch recht gut, und erkennen sie nicht als Bergarbeiterorganisation an, sondern wissen, daß es in Wirklichkeit eine gelbe Organisation ist. (Belächeltes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Arendt kann sicher sein, daß er bei den nächsten Wahlen aus dem Reichstag eliminiert wird; es handelt sich nur um eine ganz kleine Verschiebung. (Abg. Arendt: 15 000 Stimmen Mehrheit!) Nun, unsere Stimmen sind schon bei einer Wahl von 1000 auf 9000 getiegt! — Herr Arendt hat behauptet, Sozialdemokraten seien schon immer im Wahlkreis gewesen. Wie wollen Sie denn die politische Gesinnung eines Menschen erkennen? Etwa an seiner Physiognomie, an seiner Nase? An der Nase erkennt man ja nicht einmal die Konfession, wie das Beispiel des Herrn Arendt beweist! (Große Heiterkeit.)

Auch die Regierung ist in Mansfeld als Partei aufgetreten: rücksichtslos und geschäftig gegen die Arbeiter.

Die Ausführungen Sachses konnte der Kriegsminister nicht widerlegen. Er meinte, es sei von und seine Beschwerde bei ihm eingegangen. Nun, wir haben keine Ursache, und beschwerdeführend an ihn zu wenden; wir haben eine viel höhere Warte im Reichstags! Wenn es in Mansfeld trotz der großen Erregung nicht zu einem blutigen Massaker gekommen ist, so ist das ein gutes Zeichen für die Arbeiterbewegung dort. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ererblich erschwert wurde die Situation dadurch, daß das Militär mit seinen Maschinengewehren aufmarschierte. In Mansfeld fanden noch keine 10 000 Arbeiter im Streik. Bei dem großen Streik im Ruhrrevier, wo es sich um 200 000 Streikende handelte, die zusammengewürfelt waren aus allen Gegenden, ging es ohne Maschinengewehre ab. (Sehr wahr!

Bei den Sozialdemokraten.) Die gesamte Bürokratie wurde gegen die Mannfelder Arbeiter in langer Front mobil gemacht, und der Flügelmann war der Reichsfänger. Der Kriegsminister hatte hier nur ein Amt und keine Meinung, der einzig Verantwortliche ist der Reichsfänger. (Zuruf: Der hat auch keine Meinung!) Heiterkeit.) Wenn er wenigstens die Lehre daraus ziehen wollte, daß in künftigen Fällen, etwa 1910 und 1911 im Rufbereich das Militär nicht zugezogen wird, so wäre schon etwas gewonnen. (Zuruf rechts: Wenn es nicht notwendig ist!) Die Polizei ist in der schäblichsten Weise mit Herabhebung der Polizeistunde vorgegangen; die Polizeistunde wurde sogar auf 8 Uhr festgesetzt! Ganz widerrechtlich ging die Polizei auch gegenüber Versammlungen vor. Überall mußte erst die Genehmigung eingeholt werden! In einem Orte erklärte der Beamte, die Versammlung, die auf 4 Uhr angesetzt war, dürfe nur bis 5 Uhr dauern. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Natürlich lehnten sich die Arbeiter daran nicht, und die Behörde war blamiert. Der kommandierende Major hat wiederholt, ohne jede gesetzliche Grundlage, Versammlungen und die Verbreitung von Flugblättern verboten. Einzelne Hauptleute zeigten einen sozialpolitisch geradezu bornierten Standpunkt. (Lachen rechts.) Ein Leutnant bewies sich als miles gloriosus (großmäuliger Eisensprecher), indem er auf der Straße gegen Bedel und Sachse, gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften hielt! (Heiterkeit.) Das ist doch nicht Aufgabe eines Militärs. Ich bin überzeugt: einer ganzen Anzahl von Offizieren hat die ganze Geschichte zum Halse herausgehungen, und sie haben gedacht wie der General v. Kreßhahn (Ahal rechts) — ein schneidiger General, der den höchsten Kriegsherrn seinerzeit im Wandel geschlagen hat und der anfänglich des großen Vergarbeitsstreiks seinerzeit schrieb: „Ich finde solche Aktion eines Soldaten unwürdig; eine Tracht Prügel wäre den Prägen, die die armen Leute zum Besten ihres Geldsacks in die Grube schiden, ganz gesund.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Nach dem Streik ist dann

die Klassenjahre

auf den Plan getreten. Staatsanwaltschaft und Richter haben das Jochige getan. Eine Reihe von Geldstrafen und Gefängnisstrafen bis zu 3 Monaten sind verhängt worden. Auf die vielen Rechtsjuristen will ich bei der vorgehenden Zeit nicht eingehen.

Jährlich sind die Fälle, wo eine Wiedereinstellung der Streikenden nicht erfolgte. Noch zu Weihnachten waren 800 Jugendliche nicht wieder eingestellt. Für die betroffenen Familien bedeutet das Hunger und Elend. Hierbei hat die Behörde Hand in Hand mit der Direktion gewirkt. Eine conditio sine qua non (unerlässliche Bedingung) für die Wiedereinstellung war nicht nur für die Direktion, sondern auch für den Landrat des Kreises (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten): daß die Mitgliedsliste des Bochumer Vereins vernichtet wurde! Der Landrat ging selbst zu den Vergarbeitern und ließ sich von ihnen mit Handschlag versichern, daß sie dem Verein den Rücken kehren wollten. In einer Ansprache sagte er zu den Vergarbeitern: „Ihr habt den Reineid geleistet und dem Kaiser Treue geschworen, und jetzt wollt ihr helfen, den Kaiser abzuweichen? Verspricht mir, aus dem Verband auszutreten und nicht mehr sozialdemokratischen Vereinen anzuhängen!“ So stellt sich hier ein Repräsentant der offiziellen Behörde direkt in den Dienst des Unternehmertums. Wie das mit § 163 der Gewerbeordnung zu vereinbaren ist, überlasse ich Ihrem Urteil. Jedenfalls liegt der Gedanke nahe, den Wortlaut des Paragrafen zu ändern, um solchen Mißbrauch unmöglich zu machen. Aber auch ohne solche Forderung könnte man sehr wohl wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt und wegen Nötigung vorgehen. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Arendt sagte, schon seit langer Zeit hätten die Sozialdemokraten sich bemüht, im Mannfelder Bezirk festen Fuß zu fassen, und er hat auf die Vorgänge im Juni 1898 hingewiesen. Das war sehr unvorsichtig von ihm; denn damals handelte es sich um eine terroristische Tat des reichstreuen Vereins. 800 Reichstreue fielen über 30 Sozialdemokraten her und knüppelten sie nieder, bis sie blutüberströmt liegen blieben! Das war Terror, aber was Sie anzuführen, sind nur faule Reden. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Zuruf rechts. Einer der Herren ruft: Und solche Leute wollen sich noch beschweren!) (Mit der Faust auf den Tisch schlagend): Ich erkläre das für eine Nohe! (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.)

Vizepräsident Dr. Spahn: Den Zwischenruf habe ich nicht gehört; da Sie aber die Keuzerung eines Abgeordneten als Nohe! bezeichnen, rufe ich Sie zur Ordnung. (Bravo rechts.)

Abg. Kunert (fortfahrend): Durch das taktlose Vorgehen des katholischen und evangelischen Alerus ist es auch zu zahlreichen Austritten aus der Landeskirche gekommen. Das wird besonders den christlichen Sinn des Abg. Dr. Arendt schmerzlich berühren. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Was ist denn erreicht, fragt der Herr Fleischer. Nun, der reichstreue Verein hat ein Drittel seiner Mitglieder verloren, der sogenannte Bohumer Verein dagegen hat sehr gut abgeschrieben. Er hat im Oktober um 7500 Mitglieder zugenommen und im November um ebensoviele, also um 15000 nur aus dem Mannfelder Revier, während er sonst nur aus ganz Deutschland um 4000 zunahm! Auch für

die politische Bewegung

ist etwas erreicht. Bei der Kommunalwahl bekamen wir eine Stimmengahl wie nie zuvor, und auch die holländische Reichstagswahl hand zu einem erheblichen Teil unter dem Zeichen der Mannfelder Ereignisse. Die politische Organisation der Sozialdemokratie ist um 100 Proz. gewachsen, obwohl wir keine Agitation dazu trieben. Ferner haben wir 1000 Frauen aufnehmen können, und das vielgeschmähte „Vollblatt“ hat eine Zunahme um 7000 Abonnenten erfahren! Unablässig waren unsere Gegner bei der gewerkschaftlichen Bewegung niederzuhalten und auszurotten. Das ist ihnen nicht gelungen. Im Gegenteil, unsere Bewegung steht heute im Mannfelder Gebiet ungebrochen da und stärker als zuvor. Daher können wir nur wiederholen: es leben unsere Freunde, die Feinde! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Es folgen

persönliche Bemerkungen.

Abg. Albrecht (Soz.): Herr Arendt sagte, ich sei in Eisleben von den Vergarbeitern unfaßbar empfangen worden. Das ist unrichtig. Bei dem Besuche, wo in Eisleben die reichstreuen Knappen mit den geistigen Waffen der Knäppel gegen meine Parteigenossen vorgehen, war ich nicht zugegen.

Abg. Sachse (Soz.): Der Kriegsminister sagte, ich hätte von vielen Beschwerden gesprochen, die nicht beantwortet worden seien. Es sei eine nicht beantwortet worden, weil sie unterschrieben war: „Der Streikleiter Sachse“. Von viel Beschwerden sprach ich nicht. Und die Unterschrift lautete: „Die Streikleitung“ und dann als Person, an die die Antwort zu gehen hätte, Sachse. Jedenfalls war das keine Urkunde, nicht zu antworten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Weiter behauptete der Kriegsminister, ich hätte von vielen Verhaftungen von Frauen gesprochen. Ich habe nur von der Verhaftung eines Dienstmädchens in Eisleben und einer Frau in Hettstedt gesprochen. Jedenfalls ist das Dienstmädchen tatsächlich verhaftet worden, entgegen der Behauptung des Kriegsministers. Herr Fleischer behauptet, die katholischen Arbeiter seien in unerhöhrter Weise unterdrückt worden, und zwar auch mit auf meine Veranlassung. Ich kann nur konstatieren, daß das absolut unwar ist. Im Gegenteil, ich habe stets die Leute ermahnt, sich nicht fortzuziehen zu lassen.

Abg. Dr. Fleischer (Z.): Herr Sachse gegenüber stelle ich fest, daß katholische Geistliche und Arbeiter in Mannfeld solidarisch sind. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Wenn er also die katholischen Geistlichen angreift, greift er auch die Arbeiter an. Weiter habe ich wohl gesagt, daß Herr Sachse die Arbeiter zur Ruhe und Besonnenheit gemahnt hat, daß aber andere Kollegen

das Gegenteil getan haben. Die Behauptung des Herrn Sachse, ich hätte in einem Artikel des „Arbeiter“ für ein Ausnahmegericht gegen die Arbeiter plädiert, weise ich zurück. In meiner Rede habe ich den gegenteiligen Standpunkt eingenommen.

Abg. Wiesberts (Z.): Herr Breßler hat gefragt, ob ich mit den Ausführungen des Abgeordneten Dr. Fleischer einverstanden sei. Ich erkläre, daß ich von den Solidaritätsinteressen der Mannfelder Arbeiter und ihrem daraus fließenden Recht, die Arbeit niederzulegen, eine andere Meinung habe, als Herr Dr. Fleischer. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch in bezug auf die Veranziehung des Militärs stehe ich auf einem anderen Standpunkt als Herr Dr. Fleischer. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Mein Standpunkt deutet sich mit dem des Abgeordneten Behrens, das ist der Standpunkt der christlichen Gewerkschaften überhaupt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Due (Soz.): Herr Dr. Fleischer hat in der Tat in dem ihm nicht fernstehenden „Arbeiter“ einen Artikel erscheinen lassen, der sich direkt an die Regierung wendet um Hilfe gegen die Sozialdemokraten und die christlichen Gewerkschaften und ein Ausnahmegericht gegen sie forderte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. Zuruf: Keiner Arbeiterführer!)

Abg. Dr. Fleischer (Z.): Diese Ausführungen widersprechen den Tatsachen.

Abg. Due (Soz.): Ich bleibe dabei und kann es beweisen! Hierauf verlegt sich das Haus.

Ächste Sitzung: Mittwoch, 1 Uhr. Handelsvertrag mit Bolivien. Interpellation Ablaß (frj. Sp.) über die Handhabung des Vereinsgesetzes.

Schluß 8 Uhr.

Diamantenfunde und Militärlasten.

Die Debatte in der Budgetkommission wird immer noch von der Diamantengewinnung beherrscht. Am Dienstag führte Staatssekretär Dernburg gleich bei Beginn der Sitzung aus: Die Diamantenfunde brächten der Kolonie keine moralischen und wirtschaftlichen Vorteile. So angenehm die Funde für den Risiko seien, so nachteilig seien sie für die Kolonien, wenn die Wirkungen nicht abgesehen würden. Die Kolonisten verlassen ihre Farmen, um durch Diamantenfunde schnell reich zu werden! Welchen Umfang die Diamantengewinnung annehmen wird, das läßt sich nicht voraussagen. Auch wenn sie noch so groß werde, so hätten wir doch den Markt nicht in der Hand und seien zudem nicht sicher, ob nicht heute oder morgen etwa in der Wüste Sahara noch reichliche Diamantenfunde gemacht würden. Es müsse daher der Gewinn aus den Diamantenfunden, soweit der Risiko dabei beteiligt ist, den Kolonien wieder zugute kommen, indem man dort zur Erschließung des Landes Eisenbahnen baue.

Das war des Pudels Kern! Herr Dernburg malte ein tieftrauriges Bild moralischer und wirtschaftlicher Verkommenheit, die sich als Folge der Diamantenfunde einstellen würde, an die Wand, um seine Eisenbahnprojekte durchzubrüden. Aber alle demokratisierenden Folgen der Diamantenfunde treten nicht ein, wenn die Leute Eisenbahnen haben! Die Farmer verlassen dann nicht ihre Farmen, und der Trieb, durch Diamantenfunde schnell und sehr reich zu werden, wird durch die Bahn gleichfalls erstickt. . . .

Das Eisenbahnprojekt nun ist folgendes: Anlauf der 671 Kilometer langen Strecke der Dabibahn zu einem Preise von 25 Millionen Mark von der Dabibi-Minen und Eisenbahngesellschaft in Berlin (unter den Linden) und Verpachtung der Bahn an die genannte Gesellschaft auf 10 Jahre seit zu 5 Proz. durchschnittlich vom Kaufpreis und von den für den Ausbau zu machenden Aufwendungen. Nach Verlauf von 10 Jahren soll die Gesellschaft das Recht haben, noch viermal um je fünf Jahre den Vertrag zu verlängern. Das Kolonialamt ist demnach auf 30, die Gesellschaft aber nur auf 10 Jahre gebunden. Von 10 Jahren ab soll die Verzinsung zuerst 6 und im letzten Jahrzehnt 6½ Proz. betragen. Die Bahn ist erst seit 3 Jahren in Betrieb und hat zum Teil ungeheuer hohe Tarife; sie ist hauptsächlich zur Ausbeutung der Kupferminen, die derselben Gesellschaft gehören, gebaut worden. Daß die Erbauer und Besitzer der Bahn diese noch dreijährigen Betrieb schon wider loschlagen, läßt den Verdacht nicht unterdrücken, daß die Herren mit einem halbigen Abbau der Kupferminen rechnen. Fällt aber der Kupfertransport, der heute 70 Proz. der Gesamtfachbeförderung ausmacht, hinweg, so ist an eine Rentabilität der Bahn nicht mehr zu denken.

Ferner soll die Bahnstrecke Karibid-Windhof umgebaut werden. Die Kosten sind auf 11 Millionen veranschlagt und im Nachtragsetat ist eine erste Rate von 3½ Millionen angefordert. Ein drittes Projekt verlangt den Bau einer Eisenbahn von Norden nach Süden, die von Windhof ausgehen und in das 550 Kilometer entfernte Kestmannshof münden würde. Die Kosten hierfür sind auf 40 Millionen veranschlagt. Der Gesamtbedarf für die Durchführung der Eisenbahnprojekte in „Südwest“ stellt sich demnach auf

76 Millionen Mark,

die bis zum Jahre 1915 in Einzelraten gefordert werden sollen. Bis dahin hofft man, daß das Schutzgebiet aus den Diamanteneinnahmen 34 Millionen selber aufbringt; der Rest soll auf Anleihe genommen werden.

Der Bau der Nord-Südbahn erfolgt zwissellos aus militärischen Gründen; die wirtschaftliche Notwendigkeit ist sehr schwach begründet. In der dem Reichstag hierüber zugestellten Denkschrift heißt es: „Solange diese Nord-Südbahn nicht besteht, wird nach Ansicht des Kommandos auch bei der heutigen Truppenzahl eine Gewähr für die dauernde Erhaltung der Ordnung und Sicherheit im Schutzgebiet nicht übernommen werden können.“ Und an anderer Stelle heißt es: „Je mehr Farmen besiedelt, je mehr Geld in die Unternehmungen fließt, um so unabweisbarer ist die militärische Notwendigkeit, örtliche Unruhen, wie sie auf Jahre hinaus noch widerkehren können, überall sofort im Keime zu erstickend; die Schutztruppe muß deshalb in der Lage sein, an jedem bedrohlichen Punkt sofort in genügender Stärke aufzutreten.“

Also: der Bau der Nord-Südbahn erfolgt in erster Linie aus militärischen Gründen; ein Teil der Erträge fließt aus den Diamantfundes wird zur Niederhaltung der Eingeborenen verwendet. Wenn aber die Eingeborenen im höchsten Grade erbittert und wir vor Aufständen keineswegs sicher sind, so haben wir uns das selber zuzuschreiben. Die deutsche Regierung behandelt sie ja danach!

Eine Verordnung des Kolonialamts verbietet nämlich ausdrücklich, daß ihnen Schürsteine ausgestellt werden. Sie dürfen nur im Dienste der Weissen als Sklaven in den Diamantensfeldern beschäftigt werden!

Gerichts-Zeitung.

Prämien für Arbeiterbetrüger.

Der von uns so oft niedriger gefängte Grundsatz einiger Gerichte, Unterschlagungen gegen Krankenkassen so niedrig zu bestrafen, daß die Strafe weit niedriger ist als der durch die strafbare Handlung erreichte Vermögensvorteil, macht Schulle. Diese Theorie der Prämierung für Vagabundierung von Arbeitern wird jetzt auch da angewendet, wo es sich um Unterschlagung von Arbeiterkassationen handelt. Der Administrator Paul von Jntozenka aus Rauenburg in Pommern nahm als Wirtschaftsbeamter des Rittergutes M. Dabberoto von dem Oberschweizer Franz Rhy 300 M. Kautions in Empfang. Dies Geld brachte er jedoch nicht dem Vertrag mit seinem Auftrag entsprechend auf die Sparkasse, sondern verwendete es in eigenem Nutzen. Das Schöffengericht erkannte auf sechs Wochen Gefängnis. Die Straf-

Kammer wandelte diese Strafe jedoch in 30 M. Geldstrafe um.

Also 270 M. Profit! Solches Verfahren muß zur Unterschlagung von Arbeitergeldern geradezu anreizen. Man vergleiche mit dieser milden Praxis die horrenden, auf Monate und Jahre lautende Urteile gegen Arbeiter, die kleinere Beträge in der Not entwendeten.

Schildkraut wegen Vertragsbruchs zur Zahlung von 15000 M. verurteilt.

Der Schauspieler Schildkraut hatte mit dem Theaterdirektor v. Berger im Jahre 1905 einen Vertrag abgeschlossen, nach dem er sich bis zum 31. Mai 1909 für das Deutsche Schauspielhaus in Hamburg verpflichtete. Für den Fall des Vertragsbruchs war eine Strafe von 15000 M. ausbedungen worden. Trotzdem ging Schildkraut im Sommer 1906 einen Engagementsvertrag mit dem Deutschen Theater in Berlin ein. Er verlangte deshalb von dem Theaterdirektor v. Berger Entlassung aus dem Vertrage und machte geltend, daß ihm das Hamburger Klima nachteilig sei. Eine ärztliche Untersuchung ergab nichts zu seinen Gunsten. Der Vorprozeß, den Schildkraut gegen den Theaterdirektor v. Berger geführt hatte, verlief zu seinen Ungunsten. Seine Klage auf Entlassung aus dem Vertrage ist endgültig abgewiesen worden.

Kunnehr hatte der seinerzeit belagte Theaterdirektor Klage gegen Schildkraut auf Zahlung der Vertragsstrafe von 15000 M. erhoben. Mit dieser Klage drang der Kläger in allen drei Instanzen durch. Landgericht und Oberlandesgericht Hamburg erkannten auf Verurteilung des Beklagten zur Zahlung. Das Oberlandesgericht führt aus, daß unzweifelhaft ein Vertragsbruch vorliege. Der Beklagte habe gar nicht der Meinung sein können, daß ihm der Kläger aus dem Vertrag entlassen werde. Was die Strafe anlangt, so sei sie nicht zu hoch. Es sei bei solchen Verträgen üblich, das Jahresgehalt als Höhe der Vertragsstrafe festzusetzen. So habe der Beklagte mit dem Theaterdirektor Reinhardt von dem Deutschen Theater zu Berlin sogar eine Vertragsstrafe von 16000 M. vereinbart, trotzdem er dort für die ersten Jahre nur 10000 M. und für die weiteren 12000 M. Jahresgehalte erhalte. Diese Strafe sei aber deshalb nicht zu hoch, weil der Theaterdirektor Interesse daran habe, schauspielerische Kräfte sich auf Jahre hinaus zu sichern, um sie für sich heranzubilden und mit ihnen Kunstwerke ersten Ranges in künstlerischer Vollkommenheit zur Aufführung zu bringen. Das sei aber nicht möglich, wenn die Künstler mit ihren Engagements nach Belieben wechseln. Das Reichsgericht hat jetzt das Urteil des Oberlandesgerichts Hamburg durch Zurückweisung der Revision des Beklagten bestätigt.

Der Standsbeamte in Rhen.

Wegen Vergehens gegen § 60 des Personenstandsgesetzes ist am 5. Oktober vorigen Jahres vom Landgericht Hildesheim der Stadtsyndikus F. in Goslar zu 4 M. Geldstrafe beurteilt worden. Die Zeugen bei Ziviltrauungen „sollen“ nicht minderjährig sein. Als der Angeklagte eben eine Ehe zusammenfügte, stellte es sich heraus, daß der eine Zeuge noch nicht ganz 20 Jahre alt war. Um nicht den betreffenden Personen die ganze Hochzeitsfeier unmöglich zu machen, übersah der Angeklagte diesen Mangel und machte das Protokoll fertig. — Die Revision des Angeklagten wurde vom Reichsanwalte für begründet erklärt, da es sich hier nur um eine Soll-Vorschrift handle. Der Bestand der Ehe werde durch einen derartigen Mangel nicht beeinträchtigt. Die Entscheidung des Reichsgerichts wurde am Montag auf den 7. Februar vertagt.

Der Standsbeamte hat sich unseres Erachtens allenfalls disziplinarisch, aber nicht strafrechtlich verantwortlich gemacht.

Aus der Frauenbewegung.

Lesebende.

Oranienburg. Donnerstag 8 Uhr im Lokal von A. Dietrich, Rühlensstraße 31. Vortrag: Gen. Saaber-Berlin.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Heute Mittw. den 19. Januar, 8½ Uhr, in Feuerstein Festsaal, Alte Jakobstr. 75. Vortrag mit Demonstrationen: „Die reformieren wir unsere Frauenbewegung?“ Referent: Dr. Ernst Polack. Gäste willkommen. — Das dritte und letzte Konzert findet am 6. Februar im Chorallen-Saal, Bellevuestr. 4, statt. Am 20. Februar feiert der Verein sein 11. Stiftungsfest. Es wird ein heiterer Abend veranstaltet, für welchen es gelungen ist, die bekannten besten Kräfte des ersten Ueberbretts von Wollzogen, Wozena Pradsch, James Koffstein, Robert Koppel zu gewinnen. Die Festrede hält Genosse Kay Grunwald.

Vermischtes.

Zwei Familienväter ertrunken. Aus Litz wird gemeldet: In Ehlernacherrück schlug beim Entfernern der Pfähle einer Rotbrücke über die Sauer ein Rachen um. Die fünf Insassen stürzten ins Wasser. Drei konnten gerettet werden, während die beiden letzten, zwei Familienväter, ertranken.

Ein Pulverturm in die Luft geflogen.

Wie aus Weimar gemeldet wird, ist im nahen Hetschburg gestern vormittag der Pulverturm der Firma Geuße in die Luft geflogen. Man befürchtet, daß der Explosion drei Menschenleben zum Opfer gefallen sind.

Eine spätere Meldung aus Weimar besagt: Das Explosionsunglück in Hetschburg wurde durch eine Arbeiterin verschuldet, die bei der Füllung von Signallampfen nicht vorsichtig genug zu Werke gegangen war. Es bestätigt sich, daß drei Menschenleben zu beklagen sind.

In ihrem Schlafzimmer vergiftet aufgefunden wurden, wie eine Meldung aus Hlar besagt, gestern abend ein dortiger Wädrmeister Grube und dessen Ehefrau. Anscheinend handelt es sich um Eysol-Vergiftung. Es ist noch nicht festgestellt, ob die Frau mit ihrem Eingeverständnis vergiftet worden ist. Die Göttinger Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung eingeleitet und die Wohnung vorläufig versiegelt.

Wetterprognose für Mittwoch, den 19. Januar 1910.

Zeitweise heiter, jedoch sehr unbeständig mit östlichen Niederdrücken und ziemlich starken westlichen Winden; Temperatur wenig verändert. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 17. 1.		am 18. 1.		
	am	seit	am	seit	
	cm	cm	cm	cm	
Bregel, Müßi	559	+17	561	+19	
Bregel, Unterburg	109	+33	112	+36	
Beichel, Thon	124	+2	126	+4	
Oder, Rathor	198	+40	202	+44	
• Krossen	200	+7	207	+14	
• Franfurt	207	+2	214	+7	
Barthe, Schimm	126	-4	122	-8	
• Landsberg	124	-4	120	-8	
Rege, Borsdam	38	+2	40	+4	
Elbe, Reitmerig	80	-1	79	-2	
• Dresden	-17	-12	-15	-10	
• Harbo	297	+13	310	+16	
• Wagdebürg	204	+4	208	+8	
Wasserstand	am 17. 1.	am 18. 1.	Wasserstand	am 17. 1.	am 18. 1.
	cm	cm		cm	cm
Saale, Groditz	290	+26	Saale, Groditz	290	+26
• Sabel, Spandau	126	+8	• Sabel, Spandau	126	+8
• Rathenow	144	+4	• Rathenow	144	+4
• Spree, Briesberg	156	+62	• Spree, Briesberg	156	+62
• Seesow	172	0	• Seesow	172	0
• Sejer, Rinden	95	+31	• Sejer, Rinden	95	+31
• Rinden	174	0	• Rinden	174	0
• Rhein, Raminianbau	436	+15	• Rhein, Raminianbau	436	+15
• Raub	280	+10	• Raub	280	+10
• Rbin	339	-	• Rbin	339	-
• Redar, Wehrhorn	154	+1	• Redar, Wehrhorn	154	+1
• Rahn, Berthelm	255	-11	• Rahn, Berthelm	255	-11
• Wosel, Trier	237	+2	• Wosel, Trier	237	+2

+) + bedeutet Hoch. — Fall. *) Unterbeleg. *) Eisstand.

Abgeordnetenhaus.

1. Sitzung, Dienstag, den 18. Januar 1910, nachmittags 1 Uhr.

Am Ministertische: Herr v. Rheinbaben, Beseher, v. Trott zu Solz, v. Breitenbach, v. Arnim-Jäsedom, Sydow, v. Rolffe.

Präsident v. Kröcher dankt für die Wiedertwahl und teilt mit, daß er den größten Teil der Session aus Gesundheitsrücksichten voraussichtlich den Sitzungen werde fernbleiben müssen.

Die erste Lesung des Etats wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Pashide (fr. Vgg.): Es scheint, daß wir auch heute ohne den Herrn Ministerpräsidenten werden können.

Die Abwesenheit des leitenden Staatsmannes muß um so mehr auffallen, als damit eine besondere Rücksicht außer Acht gelassen wird: die Rücksicht auf die besondere Bedeutung der Etatsdebatte und die Rücksicht auf den Ministerwechsel. (Sehr richtig! links.) In konstitutionellen Staaten ist es Sitte, die erste Etatslesung zur Klärung der gegenseitigen Verhältnisse zu benutzen, damit man weiß, wie der Ministerpräsident zum Parlament steht und das Parlament zum Ministerpräsidenten. An eine geistliche Rückhaltung des Parlaments möchte ich bei der konstanten Art des Herrn v. Bethmann-Hollweg nicht glauben. So bleibt nur der Grund übrig: er will programmatischen Erklärungen ausweichen. Aber eine solche Zurückhaltung ist nicht vereinbar mit dem Begriffe eines führenden Geistes und mit der Situation, die eines Staatsmannes bedarf, der die Ziele treu und Wege bis ans Ende geht, der nicht die Taktik des Cunctators (Hauderers) treibt und Meiden en tout cas (für alle Fälle) hält; wir brauchen einen Staatsmann, der ein System bedeutet. (Sehr richtig! links.) Vom Fürsten Bülow ist hier nicht die Rede gewesen. Sonst befiehlt die Gewohnheit, daß der Nachfolger seinem Vorgänger anerkennende Worte widmet, schon um den schönen Schein der Kontinuität zu wahren. Das ist hier nicht geschehen; auch von Seiten der Konservativen ist des Rücktritts kaum Erwähnung getan, und wenn davon die Rede war, sprach man nur von Herrn v. Bethmann. (Sehr richtig! rechts.) Seien Sie (nach rechts) doch nicht unanständig; Fürst Bülow hat für Sie so viel getan, daß ihm zu tun fast nichts mehr übrig bleibt! (Sehr richtig! links.) Bei Pflümpf ließen wir uns wieder! sagte Fürst Bülow, als er Berlin verließ. (Lustige rechts.) Warten wir ab, welche Früchte Ihre Politik zeitigt, ob die rote Welle bei den nächsten Wahlen nicht noch höher geht.

Den Versuch des Herrn Hirsch, uns die Lehrer zu entfremden, indem er auf lokale Streitigkeiten hinweist, muß ich zurückweisen. Wir stehen hinter der Lehrerschaft und vertreten ihre Forderungen; der Liberalismus ist der Bruder der Schule, diese Geschwister wird auch Herr Kollege Hirsch nicht trennen. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.)

Rum zum Wahlrecht.

Die abwartende Haltung des Herrn v. Pappenheim und des Herrn Dr. Friedberg scheint mir der Wichtigkeit der Sache nicht zu entsprechen. Ich will nur zwei Gesichtspunkte hervorheben: die jetzige Stimmenverteilung ist nicht aufrecht zu erhalten, und jede Reform ist wertlos, die nicht die geheime Wahl enthält. (Lebige Zustimmung links.) Die Ungerechtigkeit der jetzigen Stimmenverteilung wird durch die amtliche Wahlstatistik klar bewiesen. Was die öffentliche Wahl betrifft, so präsen alle hohen Worte von „Mannesmut“ und „Mehrerzeugung“, die zu ihrer Verteidigung vorgebracht werden, an der Wirklichkeit ab. (Sehr richtig! links.) Bei unserem Eintreten für die geheime Wahl werden wir hoffentlich auch das Zentrum auf unserer Seite haben.

Mit dem Herrn Finanzminister wollen auch wir vorwärts schauen in dem Sinne, daß jetzt moderne Entwicklungsstadien zu ihrem Rechte kommen. Darin sehen wir die Aufgabe des Blocks, der für uns keine Bahndee war. Herr Hirsch schüttelt das Haupt, aber wollen Sie (zu den Sozialdemokraten) denn die Rückständigkeit in unserem Vaterlande absolut aufrecht erhalten? Wir allein hatten doch nicht die Mehrheit, und auch mit der Sozialdemokratie zusammen nicht,

ganz abgesehen davon, daß die Sozialdemokratie politisch unsuchtbar ist und selbst berechtigte Forderungen durch ihre Wohllosigkeit diskreditiert. Die Sozialdemokratie will noch immer mehr für die Agitation als für die praktische Arbeit leisten. Dabei müßten wir uns an die Konserverativen halten, und daß diese verlagten, war nicht unsere Schuld. Die Zeit des Blocks ist nun vorüber, und wir werden unsere Grundanschauungen weiter außerhalb des Blocks vertreten. Wenn wir jetzt eine tatsächliche Wendung vornehmen, so bedeutet das aber keineswegs den Großblöck. Der ist für jetzt ein Phantasiegebilde, eine Utopie, niemand will ihn. Ich sage mit Herrn Friedberg: Wir bleiben die alten, wir rücken nicht nach rechts und nicht nach links, wir gehen unseren geraden Weg auf der Linie unseres Programms. (Bravo! links.)

Abg. Arnim-Jäsedom (L.): Herr v. Bethmann hat gesagt: „Man könnte annehmen, daß dem Zentrum jetzt die Rechnung präsentiert wird für die Unterstützung, die man ihm geliehen hat, um seine politischen Maßregeln im Reich zu erreichen. Ich bin nicht ganz unzweifelhaft, ob wir nicht die Quittung auf diese Rechnung bei der Wahlrechtsvorlage erleben werden. Es ist mindestens möglich, daß das Zentrum dafür sorgen wird, daß keine Änderung des Wahlrechts zustande kommt, der die Konserverativen nicht zustimmen können.“ Sollten mit denjenigen, die die Rechnung präsentieren würden, die Konserverativen gemeint sein, so müßten ich diese Behauptung auf das nachdrücklichste zurückweisen. Es bestehen irgend welche Abmachungen in dieser Beziehung nicht. (Bravo! rechts.) Herr Pashide, der das Ende des Blocks betrauerte, kommt von den Konserverativen wirklich nicht verlangen, daß sie auf die Dauer, nachdem sie beim Vereinsgesetz usw. mitgemacht hatten, sich der kleinen freisinnigen Partei unterwerfen sollten. (Sehr gut! rechts.) Zum Kulturbetrag möchte ich bemerken, daß wir gegen eine zu weit gehende Veseitigung der geistlichen Schulaufsicht ernste Bedenken haben. (Hört! hört! links.) Wir sind nach wie vor der Ansicht, daß der Einfluß der Kirche auf die Schule, insbesondere auf die Volksschule, aufrecht erhalten werden muß. (Bravo! im Zentrum und rechts.)

Herr Hirsch warf dem Herrn Eisenbahnminister vor, daß er die Eisenbahnbeamten und Arbeiter hindere, sich zu freien Vereinigungen zusammenzuschließen. Ich halte es für ein großes Verdienst des Herrn Eisenbahnministers, daß er die ihm untergebenen Beamten von dem Anschluss an die Sozialdemokratie fernzuhalten wünscht. (Bravo! rechts.) Selbstverständlich kann jeder denken, was er will, auch jeder Eisenbahnbeamte und Arbeiter. Aber sobald er seine Befimmung äußert und sie irgendwo öffentlich vorträgt, muß der Vorgesetzte ihn daran zu hindern suchen, sonst würden wir sehr bald in französische Zustände hineinkommen. Ich hoffe, daß diese preussische Disziplin und Strenge und noch sehr lange vor dem Biste der Sozialdemokratie bewahrt werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Schmieding (natl.): Daß Sie (zum Zentrum) keine konfessionelle Partei sind, glauben Ihnen ja Ihre eigenen Anhänger nicht. (Sehr richtig! links.) Wenn Sie nur noch politisch sein wollen, dann ist die einzig richtige Konsequenz, Sie lösen sich auf. (Große Heiterkeit und Sehr richtig! links.) Was hält denn die ganz verschiedenen Elemente im Zentrum zusammen, wenn es nicht das Band der Konfession ist? (Sehr richtig! links.) Wie groß die Erbitterung in den Reihen des Zentrums über seine Haltung bei der Reichsfinanzreform ist, beweisen die Niederlagen des Zentrums bei verschiedenen Stadtverordnetenwahlen in Rheinland-Westfalen. Dort kam der Zentrumsmann ins Baden und begrub sämtliche Zentrumsgewählten unter sich. (Hört! hört! links.) Bei der Ferrerbewegung kommt es uns nicht auf die Person Ferrers an, sondern auf die Tatsache, daß das Merikale Regiment in Spanien die Schuld daran trägt, daß solche verkommenen politischen Zustände dort herrschen. (Sehr richtig! links.)

Abg. Herold (F.): Die von mir zitierte Aeußerung des Herrn v. Hehl zu Herrnsheim: „Wenn Sie wüßten wie groß die Aufschubspolizei in unseren Reihen ist.“ bezieht sich, wie Herr v. Herrnsheim selbst erklärt hat, nicht speziell auf die Nationalliberalen, sondern auf den ganzen Reichstag. Auch ich habe nichts anderes gemeint. (Lustig bei den Nationalliberalen.)

Vizepräsident Dr. Forst: Herr Dr. Friedberg, soviel mir mitgeteilt wird, haben Sie Herrn Herold „Heuchelei“ zugerufen. (Abg. Dr. Friedberg: Jawohl!) Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung!

Abg. Herold (fortfahrend) berliest ein Flugblatt, in welchem dem Zentrum wiederholt Volksbeitrag vorgeworfen wird. (Aus den Reihen der Sozialdemokraten ertönt der Ruf: Sehr richtig!) Sie rufen: Sehr richtig! Dabei ist es ein Flugblatt des national-

liberalen Wahlausschusses, und für dieselben Nationalliberalen hat Abg. Basserer erklärt, sie wären bereit, 400 Millionen indirekte Steuern zu bewilligen. (Hört! hört! im Zentrum.) Damit fällt der Vorwurf des Volksbetruges auf Sie (zu den Nationalliberalen) selbst zurück, Sie spalten Ihrer selbst und wissen nicht viel! (Sehr gut! im Zentrum.)

Wir sollen die Erbschaftsteuer abgelehnt haben, um den Fürsten Bülow zu stürzen! Glauben Sie wirklich, daß wir so leicht sind, dem Volke dauernde Lasten aufzuerlegen, um der Person eines Ministers wegen? Daß wir keine freundschaftlichen Beziehungen zum Fürsten Bülow hatten, war erklärlich, nachdem er unsere Fraktion in einer Weise beleidigt hat, wie es vielleicht noch niemals von einem Staatsmanne geschehen ist. Wir brauchen den Fürsten Bülow wirklich nicht zu stürzen. Seit den Novembertagen 1908 war es ein offenes Geheimnis, daß die Lage des Fürsten Bülow gefährdet waren. (Sehr wahr! im Zentrum.) Herr Wiemer hat wieder gegen unsere Politik gesprochen. Tatsache ist aber, daß infolge dieser Politik für die Arbeiter Lohnerhöhungen möglich wurden, die um ein Vielfaches etwaige Preissteigerungen übertreffen. (Lebhafte Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

In Spanien ist die Freiheit größer als in Preußen. (Gelächter links.) Seine freien Privatschulen hätte Ferrer in Preußen nie errichten können. (Sehr gut! im Zentrum.) Die Behauptung des Herrn Schmieding, daß Spanien an den Jesuiten zugrunde gegangen sei, beweist die Engherzigkeit gewisser Kreise, die in fanatischem Dage gegen alles, was katholisch heißt, ergozgen werden und bei denen die Intelligenz nachher nicht soweit reicht. (Weiterkeit im Zentrum) daß sie sich ein eigenes vorurteilloses Urteil bilden können. Wir erkennen an, daß die Schule in Preußen Staatschule ist, aber wir verlangen, daß die Kirche mitwirkt und darüber wacht, daß die Erziehung in dem Geiste der speziellen Konfession geleitet wird. Kirche und Schule müssen zusammengehen, das ist christlicher Grundsatz. (Bravo im Zentrum.) Tatsache ist, daß wir uns mitten im Kulturkampf befinden: im Kampfe um die Freiheit der katholischen Kirche. (Lebhafte Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Ich möchte zunächst den Herrn Präsidenten und das Hohe Haus um Entschuldigung bitten, daß ich die parlamentarische Ordnung durch einen Zwischenruf gestört habe. Das Wort nehme ich zurück, aber zu der Entzückung, zu der ich mich hinreihen ließ, war ich durch das Borgehen des Herrn Abg. Herold vollst. berechtigt. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Gegenüber den Ausführungen des Herrn Herold über unsere Haltung bei den letzten Reichstagswahlen genügt es wohl, darauf hinzuweisen, daß das Zentrum oft genug mit der Sozialdemokratie koalitiert hat. Gerade einer Partei, die sich immer als Vertreterin des Christentums aufspielt, müßte es besonders peinlich sein, sich nachsagen zu lassen, daß sie mit der Sozialdemokratie zusammengegangen ist, die in religiöser Beziehung auf dem entgegengesetzten Standpunkt steht. (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.) Daß das Zentrum den Sturz des Fürsten Bülow gewollt hat, geht aus der Zentrumsbroschüre „Zentrum und Finanzreform“ hervor. Da wird als Erfolg der Zentrumspolitik auch der Sturz des Fürsten Bülow bezeichnet! (Hört! hört! links.) Alles, was die Zentrumspartei in dieser Broschüre über diesen großen Staatsmann zu sagen hat, ist: er sei der größte Schuldenmacher gewesen. (Hört! hört! links.) Also ich kann Herrn Herold nur zurufen: Lesen Sie die Schriften Ihrer eigenen Partei! (Weiterkeit links.) Darin bin ich mit Herrn Herold einig, daß keine Konfession bei der Befehung von Staatsämtern bevorzugt werden soll. Begünstigt wird bei uns in der Tat nur der Adel. (Widerspruch rechts.) Es entspricht das den Traditionen des preussischen Staates, und auch unter Herrn v. Rolffe scheint es nicht anders zu werden. Die Rede des Herrn Herold hat dem Volke klar gezeigt, wohin wir kommen würden, wenn die Ansprüche des Zentrums erfüllt würden. Nicht Freiheit der katholischen Kirche würde die Folge sein, sondern Unterdrückung unserer Schulen durch die Kirche. (Sehr richtig! links.)

Hierauf wird ein Schlußantrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen angenommen. Ein größerer Teil des Etats geht an die Budgetkommission. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr: (Interpellationen des Zentrums und der Polen wegen der Kattowitzer Beamtenmassregelungen.)

Schluß 5 1/2 Uhr.

Kleines feuilleton.

Der Pariseval-Ballon. Herr v. Pariseval hielt am letzten Montag im Sitzungssaale der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft einen Vortrag über den von ihm konstruierten Ballon. Die charakteristischen Eigenschaften dieses „unsterben Systems“ mit seinen Luftkugeln, der pendelnden Aufhängung der Gondel, wie der leichten Transportfähigkeit sind zur Genüge bekannt. Eine Neuerung am Parisevalballon ist die halbstarre Schraube, die im Gegensatz zur früheren unsterben auch im Abbezugsstand die Hänge nicht hängen läßt. Sie soll vorzügliche Resultate ergeben haben. An Parisevalballons wurden bisher ausgeführt: 1. ein kleiner Sportballon von 1200 Kubikmetern, das kleinste bisher gebaute Luftschiff. 2. Drei Schiffe mit je einem Motor und einer Luftschraube. Eines davon dient als österreichisches (2800 Kubikmeter), das zweite als deutsches Militärschiff (4000 Kubikmeter) und das dritte von 8200 Kubikmeter gehört dem Kaiserl. Verolub. Am erfolgreichsten sowohl an Geschwindigkeit als an Betriebssicherheit erwies sich das auf der internationalen Ausflesung in Frankfurt vorgeführte Schiff, das 6700 Kubikmeter groß ist und zwei Motoren der A. E. G. zu je 100 Pferdestärken besitzt, mit denen es in der Sekunde eine Geschwindigkeit von 14,2 Meter erzielen kann. Mit diesem Schiff wurden im Sommer 87 Fahrten von zusammen 145 Stunden Luftaufenthalt unternommen, ca. 5200 Kilometer zurückgelegt und 597 Personen befördert. Mit diesem Schiff wurde die Dauerfahrt Frankfurt a. M.—Kürnberg—Augsburg—München—Stuttgart—Frankfurt a. M. vom 12. bis 16. Oktober unternommen, wobei der Ballon die ganze Zeit im freien blieb und trotz des schlechten Wetters wenig an Waschtigkeit einbüßte. Dieses Modell, das in militärischen Besitz übergeht, soll energisch weiterentwickelt werden, da es bewiesen hat, daß das unsterbe System auch bei diesem großen Volumen betriebssicher bleibt. Zum Schluß seines Vortrags verglich Herr v. Pariseval sein System mit den allein konkurrierenden Systemen Zeppelins und des deutschen Militärluftschiffs. Er findet, daß Zeppelins für längere Fahrtdauer wegen seiner geringeren Geschwindigkeit nicht konkurrenzfähig ist und daß auch dem Militärluftschiff wegen seiner Schwere der Wettbewerb erschwert ist.

Die „Kpachen“ unter dem Ancien régime. Aus Paris wird uns geschrieben: Die reaktionäre Presse liebt es, das Verbrechen der modernen Großstädte der Glaubenslosigkeit unserer Zeit und dem sinkenden Respekt vor den Autoritäten zur Last zu schreiben. Ohne von der aus dem kapitalistischen Prozeß stammenden Produktion von Paupers und Lumpenproletariats und von den Degenerationsfaktoren der modernen Gesellschaft zu sprechen, kann man ruhig behaupten, daß es in der „guten alten Zeit“ um die Achtung vor Leben und Gut der Redemmenschen durchaus nicht besser bestellt war. Man denke nur an das Räuberumwesen in Deutschland im 17. und 18. Jahrhundert. Doch auch unter der glanzvollen französischen Monarchie herrschten dieselben Zustände. Es war die Zeit der berühmten Räuberhauptleute Cartouche und Mandrin,

die sogar der regulären Armee förmliche Schlachten lieferten. Und wie es in Paris selbst ausfiel, zeigt Dupont-Ferrier im „Journal des Débats“ an einigen charakteristischen Details. Besonders arg ging es in den Jahren der Fronde zu. 1643 wurden innerhalb dreier Monate in den Pariser Straßen nicht weniger als 872 Männer ermordet, 1643 am Dreikönigstag allein 1644. Unter dem „Sonnentag“ Ludwig XIV. hob der Polizeiminister La Moignon organisierte Mörderbände auf, die von ihren Schülern als Meisterstück die Tötung eines Menschen um 3 Sous verlangten. Ludwig XIV. glaubte eine Hauptursache der Unsicherheit in der Größe der Stadt zu entdecken — sie zählte damals etwa eine halbe Million Einwohner — und erließ am 24. April 1672 ein Verbot, sie weiter zu vergrößern. Die Banditen waren damals so dreist, daß sie die aus der Oper kommenden Herren und Damen anfielen und ihre Kleider in Brand steckten. Ludwig verordnete als weitere Sicherheitsvorkehrungen die Vermehrung der Polizei: die Zahl der Sergeanten zu Fuß wurde von 40 auf 160, die der Veritenten von 20 auf 120 gebracht — und die Anbringung von Straßenlaternen befohlen. Wie sensationell diese auf die Zeitgenossen wirkte, geht aus der Klage des Abbé Terrasson hervor, der 1750 als Mitglied der Akademie gestorben ist: „Man fürchtete nicht mehr ermordet zu werden und die Wissenschaften litten darunter. Statt zur Zeit heimzugehen, blieb man lange aus und verlor die Lust zur Arbeit.“ Daß es indes mit der Sicherheit vor Räubern nicht so weit her war, zeigt sich darin, daß trotz der Straßenlaternen manche Leute Fadelsträger aufnahmen und von diesen ermordet wurden. Und unter Ludwig XVI. ereignete es sich, daß ein Spieler, um seine große Beute glücklich heimzubringen, eine Polizeipatrouille herbeirief, um sich von ihr gegen Ueberfälle schützen zu lassen. Die Patrouille hielt in der Tat dritte Personen sorgsam von ihm fern, aber zu dem Zweck, ihn selbst zu rauben.

Humor und Satire. Poeten-Strafen.

Ja, wir Laig- und Zentrumslichter sind des Volke erwählte Richter. Erst den Mogen ausgebeutelt, nun die sind ge Strauß verentelt.

Mittelalterliche Strafen werden Heinzjaragatropfen: Jede Regierung rückt! Infrisiert, Heuchelei kanonisiert.

Wer sich schweinsche Bilder sammelt, sei nur leicht mal aufgebammelt, wer es nachzutun gedenkt, sei im Steinsack mild ertränkt.

Dem ins Weisbald durch die Pfaffen irenen Blick und Gedanken, sei der Schädel sanft gelplissen und die Augen ausgerissen.

Wer das Jölbat gelobte und's doch auf der Köchin probte, sei gebierelt, auch gerädert und am Wanke abgeledert.

Wer durch leichtbessene Schürzen fasset mit Liguoris Würzen, dem sein Junge und Testikel bloß mit Pechglut zu unwickeln.

Also läße christlich jeder Sänder, bloß nicht unsere frommen Zentrumskinder! Hg.

Notizen.

Ein Theatermuseum in München. Clara Siegler, die kürzlich verstorbene Tragödin, hat der Deutschen Bühnengenossenschaft (der Organisation der Bühnenkünstler) ihr Haus in München und dazu ein Kapital von 150 000 M. mit der Bestimmung vermacht, damit ein Theatermuseum zu begründen. Ob die Schauspielerin ihren Kollegen damit einen besonderen Gefallen getan hat, scheint uns sehr fraglich. Privathäuser sind für Museen zweckmäßig wenig brauchbar, und ein deutsches Theatermuseum, dessen besondere Notwendigkeit nicht ersichtlich ist, wird der Bühnengenossenschaft nur Kosten verursachen.

Das Königsdenkmal des Pianisten. Die preussische Polenpolitik hat den bekannten Pianisten J. Woderevski gereizt, der Stadt Krakau ein Denkmal des polnischen Königs Jagiello, der am 15. Juli 1410 bei Tannenberg das Heer des Deutschen Ordens besiegte, zu stiften. Das Denkmal soll von 500. Jahrestage dieser blutigen Schlacht enthüllt werden. So verständlich es ist, daß ein Chauvinismus den anderen züchtet, so zeugt es doch von wenig Kulturgeschmack, daß ein Künstler sein Volk nicht anders zu ehren weiß als durch eine Verherrlichung eines Schwertträgers.

Kinder auf der Flugmaschine. Welche töricht und gefährlichen Auswüchse der Luftfahrt zeitigt, beweist eine Meldung aus Rheims (Frankreich). Dort hat der Flugmaschinentechniker Denriot seinen zwölfjährigen Jungen mit seinem Apparate allein fliegen lassen. Natürlich erregte dieses leichtfertige Unternehmen die Bewunderung aller Zeugen.

Neue Dinosaurierfunde in Amerika. In den Vereinigten Staaten sind in der letzten Zeit zahlreiche Funde von Resten jener gewaltigen Tiere aus der Saurierzeit gemacht worden, die längst ausgestorben sind und heute unser Erstanten in den Museen wachrufen. Der Diplodocus, den Carnegie in seinem naturhistorischen Museum im Abzug gestiftet hat, galt bisher als das größte Urvieh. Jetzt sind nach einer Mitteilung von dem Direktor des Carnegie-Museums in Pittsburg wieder drei Riesentiere von Dinosauriern in Utah gefunden worden. Eins davon ist noch länger und massiver als der Diplodocus.

Weniger Strafe durch Erweiterung der Willkür des Staatsanwalts?

Zu diesem Thema veröffentlicht wir noch die nachfolgenden Einwendungen:

Zum Thema: „Weniger Strafen“.

Von Rechtsanwält Dr. Herz, Altona.

Ich halte den Standpunkt des Genossen Heine nicht für richtig. Zu einer ausführlichen Entgegnung fehlt mir die Zeit. Ich will meine hauptsächlichsten Einwendungen nur kurz skizzieren.

1. Die vom Entwurf geplante Freiheit der Anklageerhebung würde die Staatsanwaltschaft auf einem weiten Gebiete der Strafjustiz zum dominus litis (Beherrscher des Prozesses) machen. Die Folge wäre eine außerordentliche Erweiterung ihres Machtbereiches und eine Erhöhung ihres Ansehens in den Augen der Bevölkerung. Wir haben aber das dringendste Interesse, den Machtbereich der Staatsanwaltschaft nach Möglichkeit einzuschränken. Die Staatsanwaltschaft hat sich zu einer Behörde von feudal-reaktionärem Charakter entwickelt und ist eine der Stützen des gegenwärtigen Verwaltungssystems. Man kann nicht auf der einen Seite mit allen Mitteln dieses Verwaltungssystem bekämpfen und auf der anderen Seite einem Träger dieses Verwaltungssystems eine Ausdehnung seiner Befugnisse gestatten. Dieser aus der politischen Situation entnommene Grund ist für mich allein schon ausreichend, um den Vorschlag des Entwurfs insoweit abzulehnen, als er den Anklagezwang bei den zur Zuständigkeit des Amtsgerichts gehörenden Sachen aufhebt.

2. Nach dem Entwurf kann die Staatsanwaltschaft von jedem Einschreiten absehen, wenn die Verfolgung des Verdächtigen durch das öffentliche Interesse nicht geboten erscheint. Der Begriff des öffentlichen Interesses ermangelt jeder Bestimmtheit und taucht überall da auf, wo an die Stelle einer Gesetzesvorschrift die unkontrollierbare Willkür einer Behörde tritt. Schon nach der jetzigen Strafprozessordnung ist bei einfachen Verletzungen und Körperverletzungen die Staatsanwaltschaft nur bei Vorliegen eines öffentlichen Interesses zum Einschreiten verpflichtet. Der Gebrauch, den die Staatsanwaltschaft von dieser Freiheit macht, sollte eine Warnung gegen die Erweiterung ihrer Befugnisse sein. Dem Stadtkommissar, der im wirtschaftlichen Kampfe von einem Gewerkschaftsführer beleidigt wird, wird öffentlicher Rechtsschutz gewährt. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete, gegen den in breiter Öffentlichkeit die ehrenrührigsten Vorwürfe erhoben werden, wird mangels eines öffentlichen Interesses auf den Weg der Privatklage verwiesen. Staatsanwälte haben sogar schon im öffentlichen Interesse Verleumdungsklagen erhoben für Interne, die Schandarbeit für die Gemeinde lieferten und darauf von sozialdemokratischen Gemeindevorstellern in pflichtmäßiger Ausübung ihres Amtes in der Gemeindevorstellung kritisiert worden sind. Diese Zustände sind heute schon empörend und werden nur dadurch einigermaßen erträglich, daß den Beleidigten durch Gewährung der Privatklage die Möglichkeit einer Strafverfolgung gegeben ist. Eine solche Privatklage als ergänzendes Schutzmittel ist aber hier nicht vorgesehen. Der verleihte Interessent ist schulplos dem unkontrollierbaren Ermessen des Staatsanwalts preisgegeben, der ihn ohne jede sachliche Begründung durch den formularmäßigen Bescheid abweist, daß kein öffentliches Interesse vorliegt. Diese souveräne Willkür, gegen die es ein geordnetes Rechtsmittelverfahren nicht gibt, wirkt ungeheuer erbitzend und erzeugt das Gefühl völliger Ohnmacht. Die offizielle Begründung des Entwurfs geschieht denn auch selbst ein, daß der Anklagezwang „eine in erheblichen Sachen unentbehrliche Garantie für die gleichmäßige und unparteiische Handhabung des Anklagerechts der Staatsanwaltschaft ist“. Als Schutzmittel gegen Mißgriffe bei den hier zugelassenen Ausnahmen gibt der Entwurf lediglich die Kontrolle durch die Aufsichtsbehörde und die Öffentlichkeit an. Daß auf die Aufsichtsbehörde kein Verlaß ist, bedarf nicht der Ausführung. Die Kontrolle der Öffentlichkeit, die im Gegensatz zu der sonst in der Rechtsprechung vertretenen Anschauung hier plötzlich als notwendiges Korrektiv gegen behördliche Mißgriffe erscheint, bildet aber höchstens in Großstädten ein wenig auch nur sehr schwaches Gegengewicht. Sie vermag vollkommen in ländlichen und kleinstädtischen Bezirken, wo einerseits eine selbständige öffentliche Meinung nicht existiert und andererseits die Beamten der Staatsanwaltschaft aufs engste mit den „besseren Kreisen“ der Gesellschaft verkehren. Die Regelung des Entwurfs würde faktisch zu einer völligen Straffreiheit dieser Kreise führen.

3. Wenn der Vorschlag des Entwurfs Gesetz wird, bleibt für die Arbeiterklasse alles beim alten. Daß bei den in politischen und wirtschaftlichen Kämpfen begangenen Übertretungen die Staatsanwaltschaft stets öffentliches Interesse annimmt, ist sicher. Aber auch die unpolitische Lebensbetätigung der Arbeiterklasse wird von der Bureaucratie fortgesetzt kontrolliert und korrigiert. Dies gilt namentlich für das platte Land, wo Amtsvorsteher und Gemeindevorsteher noch sehr genau das Privatleben des einzelnen Arbeiters überwachen. Eine Entlastung würde die Aufhebung des Anklagezwangs in erster Linie nur für die Angehörigen der bestehenden Klassen zur Folge haben. Es kann diesen Herrschenden aber gar nichts schaden, wenn sie einmal die Stacheln unserer Rechtspflege am eigenen Leibe fühlen müssen, und wenn ihnen einmal klar gemacht wird, daß das Strafgesetz nicht nur für die „Proleten“ bestimmt ist. Eine Zeit lang ging die Polizei sehr scharf gegen die Automobilfahrer der vornehmen Automobilisten vor. Die Gerichtsverhandlungen waren ungemein interessant für die Psychologie dieser Kreise. Die Herren konnten gar nicht begreifen, daß das Gericht den Aussagen eines simplen Schutzmanns mehr Glauben schenkte als ihren „ehrenwörtlichen“ Erklärungen, und ließen sich in ihrem gekränkten Rechtsgefühl zu den festigten Beschimpfungen der Polizeibeamten und sogar der Richter und Staatsanwälte hinreißen.

4. Genosse Heine übersieht, daß sich unter den Übertretungen zahlreiche Strafbestimmungen finden, die außerordentliche wichtige Lebensinteressen der breiten Massen schützen. Außer den Gewerbedelikten kommen hier die sanitäts-, wohnungs- und hauspolizeilichen Übertretungen in Frage. Unsere Staatsanwälte und Richter sind nationalökonomisch völlig ungeschult und vermögen die wichtige soziale Funktion zahlloser Bestimmungen nicht zu erkennen. Ihnen erscheint es als eine Bagatelle, wenn ein Milchhändler angeklagt wird, weil sich in seiner Milch der vorgeschriebene Fettgehalt nicht vorfindet hat. Die Kontrolle über die Nahrungsmittelindustrie, die gegenüber dem ungeheuren Schwindel auf diesem Gebiete leider noch viel zu schwach ist, kann dadurch leicht noch weiter abgeschwächt werden. Ferner erinnere ich an die hauspolizeilichen Vorschriften, die die Hauseigentümer zur Instandhaltung ihrer Wohnungen, zur ordnungsmäßigen Beseitigung, Verdeckung und Umzäunung gefährlicher Stellen usw. anhalten. Die Rechtsprechung des Reichsgerichts in Zivilsachen hat die Verpflichtungen des Hauseigentümers zum Vorteil der Mieter und des Publikums sehr erheblich verschärft. Wir dürfen daher im Gebiet der Strafrechtspflege keiner gegenläufigen Tendenz Raum gewähren.

5. Daß die Staatsanwälte in Fällen, die nach ihrer persönlichen Auffassung nicht schuldig erscheinen, eine Strafverfolgung unterlassen und diese Unterlassung nach außen hin mit irgendwelchen Worten begründen, ist gewiß richtig. Daraus darf man aber nicht die Schlussfolgerung ziehen, daß dieser Gebrauch oder Mißbrauch gesetzlich zu sanktionieren sei. Die Bureaucratie hat überall das Bestreben, die Handhabung der Gesetze den Interessen der von ihr vertretenen Klassen anzupassen. Wir würden durch eine Zustimmung zum Entwurf diesem Bestreben nur Vorschub leisten. Allerdings müssen wir mit dem Anklagezwang manche Unbequemlichkeiten und Kleinigkeiten in den Kauf nehmen. Aber gegenüber einer volksfeindlichen und herrschsüchtigen Bureaucratie sind überall Schutzvorschriften erforderlich, die zwar den

gesamten Verordnungsapparat konzentriert gestalten und zahllose Beweiskontrollen schaffen, die aber zum Schutze der staatsbürgerlichen Freiheit und der Lebensinteressen der breiten Massen nicht zu entbehren sind. Gerade die Strafprozessordnung enthält eine große Reihe von Vorschriften, die nur dem Mißtrauen gegen die Bureaucratie ihre Entstehung verdanken und die in einem demokratischen Staatswesen ohne Schaden fortgelassen werden könnten. 6. Ein sehr großer Teil der Bagatelldelikte wird nicht durch die Staatsanwaltschaft, sondern durch die Polizei in Form der polizeilichen Strafverfügungen anhängig gemacht. Diese Verfügungen nehmen letzten Endes ihren Ursprung aus der Reglementierungsfucht unserer Bureaucratie. Die zahllosen Polizeiverordnungen, die jeder leitende Verwaltungsbeamte vom Amtsvorsteher ab erläßt, gehen aus der Tendenz der Verwaltung hervor, ihre Macht zu erweitern und durch neue Verordnungen sich immer weitere Gebiete unseres gesamten gesellschaftlichen Lebens zu unterwerfen. Die Reglementierungsfucht der höheren Bureaucratie zieht dann eine wahre Anziehungskraft der unteren Beamten nach sich. In einem Prozeß gegen einen Münchener Schuhmann, der einen Studenten sribolentweise erschossen hatte, wurde vor längerer Zeit festgestellt, daß der Angeklagte von seinen Vorgesetzten gerüffelt war, weil er sich in der Erhaltung von Anzeigen sämtlich zeigte. Schulpöle — ganz besonders natürlich preussische — suchen sich durch zahlreiche Meldungen beliebt zu machen und erstatten in gerabeger unverantwortlicher Weise Anzeigen, die sie vor Gericht mandamental selbst nicht mehr aufrecht erhalten können. Dazu kommt noch, daß das preussische Verwaltungsrecht ein wüstes Chaos alter und neuer Gesetze und Verordnungen ist, die systemlos nebeneinander stehen und sich vielfach widersprechen. Dieser vermorrene Rechtszustand, der von der Bureaucratie absichtlich aufrecht erhalten wird, verursacht zahllose Komplikationen, aus denen dann wieder Bagatelldelikte wegen Verletzung verwaltungswirtschaftlicher Vorschriften hervorgehen. Nur die Demokratisierung der Verwaltung und ihre Reinigung vom feudalen und bürokratischen Unkraut kann hier Abhilfe schaffen.

Beseitigung des Anklagezwanges?

Von Rechtsanwält Dr. Hugo Heinemann.

Ich bitte mich zu gestatten, gegen die Ausführungen des Genossen Heine betreffend die Beseitigung des Anklagezwanges für die Staatsanwaltschaft, des sogenannten Legalitätsprinzips, in der Nr. 7 des „Vorwärts“ mich mit einigen Worten zu äußern. Der „Vorwärts“ hat bereits scharf und präzise die prinzipielle Seite der Frage vom Standpunkt der Sozialdemokratie aus beleuchtet und ist dem nichts hinzuzufügen. Je länger ich in der Praxis stehe und je mehr meine praktischen Erfahrungen wachsen, desto klarer wird mir, daß die Beseitigung des Legalitätsprinzips, sofern die Staatsanwaltschaft in ihrer heutigen Gestalt bestehen bleibt, unser ohnedies schon so mangelhaftes Strafverfahren vollends unhaltbar machen würde. Gesetzgebung und Rechtsprechung weiteten bei uns in dem Bestreben, immer neue, bisher erlaubte Tatbestände für strafbar zu erklären. Bald entdeckt ein Oberlandesgericht, daß irgend eine verstaubte Vorschrift des Landesstrafrechts noch in Kraft sei, bald wird eine neue Polizeiverordnung strafrechtlichen Inhalts geschaffen, bald vom Reichsgericht irgend ein strafrechtlicher Begriff eine ganz neue, bisher für unmöglich gehaltene Ausdehnung gegeben, also ob es wirklich kein erstrebenswertes Ziel gäbe, als möglichst viel bestrafte Leute in Deutschland zu haben. Auf der einen Seite wächst so der Umfang des Strafrechts stetig, auf der anderen Seite bleiben alle veralteten Tatbestände bestehen. Dieser Zustand hat einen Grad in Deutschland erreicht, der allen Bevölkerungsklassen un bequem und unerträglich wird. Es ließe aber diesen Zustand verewigen und bis ins Maßlose steigern, wenn man das Opportunitätsprinzip einführen wollte. Etwas Bequemeres und Erwünschteres könnten sich Regierung und Justizbureaucratie nicht wünschen. Sie brauchen dann kein Bedenken mehr zu tragen, möglichst viele Handlungen theoretisch für strafbar zu erklären, wenn diese in der Praxis und von Rechtswegen straflos bleiben, sobald es die Staatsanwaltschaft für gut findet, eine Verfolgung nicht eintreten zu lassen. Vor eine Einschränkung der Straffakt erstreckt, muß für die Beibehaltung des Legalitätsprinzips sein. Neue Strafgesetze werden wie Pilze aus der Erde schießen und die Tatbestandsmerkmale der vorhandenen Strafgesetze schrankenlos Ausdehnung erfahren, wenn hinter dem Strafgesetz der Satz steht: Der Staatsanwaltschaft steht es frei, durch gelegentliche Nichtanwendung die unbequemen Konsequenzen des Gesetzes zu vermeiden.

Wir Recht hat auf dem letzten Deutschen Juristentag ein Wiener Strafrechtslehrer darüber geklagt, daß in weiten Kreisen des Völkertums die volle Verfassung und die fröhliche Kampfbereitschaft für die Garantien unserer großen Verfassungsgrundsätze geschwunden sind. Und da sollte man es wirklich für richtig finden, auf dem Gebiete des Rechts unter der völlig vagen Formel des öffentlichen Interesses, das niemand begrifflich fest zu bestimmen bisher imstande war, an Stelle des konstitutionell gebildeten Staatswillens die Entscheidungen eines abhängigen Verwaltungsorgans zu legen?

Genosse Heine sucht gegen die Einführung des von ihm empfohlenen Opportunitätsprinzips auf dem Gebiete der Arbeiterschutzesgesetzgebung Kautelen einzuführen. Allein damit ist nicht genug geschehen. Jede Strafvorschrift, mag sie auch einen allerhöchsten Schein noch so fernliegenden Tatbestand haben, kann einen politischen Charakter, genau wie die Arbeiterschutzesvorschrift gewinnen. Wenn die physischlichen Gesetze über die Schwere einer Last sich nach dem Inhalt der am Sonntag getragenen Schürstücken richten, je nachdem sie sozialdemokratische Flugblätter oder Traktätschen sind — und Beispiele dieser Art lassen sich beliebig vermehren — werden wir auf keinem Gebiete des Strafrechts aller noch denkbaren Kautelen entbehren können. Und gegenüber der von der Staatsanwaltschaft geübten Rechtsungleichheit ist es von ganz anderem agitatorischen Wert, wenn dem Volke klar gemacht werden kann: Hier wird der Konservative nicht verfolgt, obwohl er ganz dieselbe Handlung begangen hat, wie der unter Anklage gestellte Sozialdemokrat, während das Gesetz zwingend die gleiche Behandlung beider vorschreibt, als wenn Staatsanwalt und Richter mit ihrem Opportunitätsprinzip in der Hand sich auf ihr „freies pflichtgemäßes Ermessen“ berufen können. Nichts peitscht mehr den Horn des Volkes auf, als wenn ihm z. B. gesagt werden kann, daß nach der vom Kammergericht gegebenen Auslegung des preussischen Preßgesetzes, das die Andringung von Plakaten selbst mit polizeilicher Genehmigung nur in ganz bestimmten Fällen duldet, sich tagtäglich die Beamten des Eisenbahnministeriums strafbar machen, wenn sie auf Bahnhöfen Anzeigen von Mädchenheimen usw. dulden, daß in Wahrheit aber nur Verfolgung eintritt, wenn ein Plakat von den Gewerkschaften zum Zwecke der Verbesserung der Lebenshaltung des Proletariats benutzt wird.

Genosse Heine meint, daß schon jetzt der Anklagezwang „auf dem Papier steht“, und daß es schon jetzt Gründe genug zur Einstellung des Strafverfahrens für den Staatsanwalt gibt, wenn er kein rechtes Interesse an dem Falle habe. Wenn dies richtig ist, so würde also die vom Genossen Heine befürwortete Veränderung des Gesetzes praktisch alles beim Alten lassen und nur den einen Erfolg haben, daß man der Staatsanwaltschaft den Vorteil einräumt, das, was sie heute zu Unrecht tut, unter den Formen des Gesetzes zu tun. Dazu aber werden wir am allerwenigsten beitragen wollen.

Ganz besonders gefährlich ist endlich die Einführung des Opportunitätsprinzips auf dem Gebiete des Jugendstrafrechts, und gerade hier will es der Entwurf im weitesten Umfange zur Geltung bringen. Es ist ein völlig ungangbarer Weg, die entscheidende, oft die ganze Erlaubnis eines jungen Menschen bedingende Frage, ob Erziehungsmaßregeln zu ergreifen seien oder Kriminalstrafe einzutreten

habe, in das Ermessen der Anklagebehörde zu stellen. Unmöglich geht es an, in der Gestalt eines Paragraphen der Strafprozessordnung das materielle Recht zu reformieren. Alles, was die Koite zur Rechtfertigung des Vorschlags des Entwurfs bringen, läuft darauf hinaus, daß die den Jugendlichen einer gerichtlichen Verurteilung unterwerfenden Vorschriften des Strafgesetzbuchs eine grundlose, die Allgemeinheit schädigende Härte darstellen. Also, weil diese Vorschriften bestehen, nicht weil das Legalitätsprinzip gilt, ist dringend durch andere Mittel die Reform des Jugendstrafrechts geboten.

Nach Niederschrift vorliegender Zeilen kommt mir der „Vorwärts“ vom 18. dieses Monats und damit die erneute Darlegung des Genossen Heine für die Beseitigung des Legalitätsprinzips zu Gesicht. Wenn Genosse Heine meint, daß die Anhänger des Anklagezwanges sich von dem Vergeltungsprinzip leiten lassen, so ergibt sich die Unrichtigkeit dieser Ansicht schon daraus, daß diejenigen Gelehrten, die ihre Lebensaufgabe in der Durchführung des Gedankens der Zweckstrafe und in der Bekämpfung der Vergeltungsstrafe sehen, die Professoren von Vögler und von Lilienthal, sich entschieden für die Beibehaltung des Legalitätsprinzips ausgesprochen haben. Beide sind auch, während Genosse Heine meint, daß das Verlangen aller sozialpolitisch fortgeschrittenen Kriminalisten auf Einschränkung des Legalitätsprinzips gegenüber Jugendlichen geht, der entschieden Ansicht, daß es höchst gefährlich ist, der Staatsanwaltschaft die Entscheidung über die Erhebung der öffentlichen Klage gegen Jugendliche nach diskretionärem Ermessen zu überlassen. Auch die rechtsgeschichtliche Entwicklung der Straffrage widerlegt den Genossen Heine. Die Frage, ob Legalitäts- oder Opportunitätsprinzip, hat niemals, weder in Gesetzgebung noch in Literatur, ihre Verantwortung je nach dem Standpunkt: Vergeltungs- oder Zweckstrafe gefunden. Die Frage ist vielmehr durchweg in der Rechtsgeschichte als eine wesentlich staatsrechtliche angesehen. Aus politischen Gründen kam das geltende Recht dazu, es abzulehnen, einen neuen Straf-aufhebungsgrund, die Inopportunität, über dessen Vorhandensein die Staatsanwaltschaft allein zu entscheiden hätte, zu schaffen.

Genosse Heine meint endlich, daß gerade die sozialdemokratische Partei, als Anhängerin der soziologischen Strafrechtslehre, dafür eintreten müsse, daß Anklage nur erbeuten werden darf, wo ein öffentliches Interesse vorliegt. Dies ist gewiß richtig. Nur muß der Gesetzgeber diesen Ausdruck tun, nicht der Staatsanwalt. Wenn ein öffentliches Interesse nicht vorliegt, so soll der Gesetzgeber eben nicht an einen bestimmten Tatbestand die Straffolge knüpfen. Wohin es praktisch führen würde, wenn man den einzelnen Strafparagrafen das neue Tatbestandsmerkmal hinzufügt: „Und nach dem Ermessen der Anklagebehörde das öffentliche Interesse verletzt wird“, hat Genosse Hoch im „Vorwärts“ vom 18. d. M. so scharf präzisiert, daß jedes weitere Wort überflüssig erscheint.

Verminderung der Anklagen durch Erweiterung staatsanwaltlicher Macht?

Von Rechtsanwält Dr. Karl Siebnecht.

Gewiß wäre die Verminderung der Anklagen und Strafen ein Ziel, aufs innigste zu wünschen, aber soweit die öffentliche Klage durch die Privatklage ersetzt werden soll, ist nicht einmal und zwar selbst nicht in gänzlich unpolitischen Sachen dieser Erfolg zu erwarten. Die Erfahrung lehrt, daß zum Teil gerade die kleinsten Bagatelldelikten von den Parteien selbst mit der größten Hartnäckigkeit verfolgt werden und zwar selbst von den Unbemittelten. Auch die Anklagen vernehmen oft genug geradezu die letzten Hemd, um die Kosten für irgendeinen widerwärtigen Verleumdungsprozeß aufzutreiben. Unsummen werden auf diese Weise verschleudert und zwar auch an ganz unsichtbaren Stellen. Es dürfte schwerlich irgendeinen Praktiker geben, der im Ernst behaupten wollte, daß durch die Einschränkung des Anklagezwanges bei Verleumdungen die Zahl der Anklagen (einschließlich der Privatklagen) herabgemindert worden sei. Eher dürfte das gerade Gegenteil der Fall sein. Und das ist, soweit es sich um Bagatelldelikte handelt, sicherlich bedauerlich genug, so sehr das Institut der Privatklage in gewissen Beziehungen nötig ist und für manche Delikte von uns direkt gefordert werden muß. Hingru kommt noch die behauerliche Nebenwirkung, daß die Rechtsverfolgung durch die Privatklage meist außerordentlich verteuert wird. Unter dieser Verteuerung leiden naturgemäß die ärmeren Schichten am meisten und in politischen Sachen kann sie geradezu als eine Waffe gegen mißliebige Parteien und Bestrebungen benutzt werden. Daß Waffen derart heinlichen Charakters gegenüber dem kämpfenden Proletariat von der Anklagebehörde nicht verschmäht werden, beweist jedes Blatt in der Geschichte der deutschen Justiz.

Ich will mich mit dieser einen Bemerkung begnügen, weil mir scheint, daß dieser Gesichtspunkt in der bisherigen Diskussion noch nicht genügend zur Geltung gekommen ist. Im übrigen will ich keine Zweifel darüber lassen, daß ich die Ansicht des Genossen Heine auch aus politischen Gründen und zwar selbstverständlich in allererster Linie gerade aus politischen Gründen für unannehmbar halte. Man könnte die bereits von der Redaktion des „Vorwärts“ und von den Genossen Weinberg, Hoch und Herzfeld dafür vorgebrachten Argumente noch wesentlich vermehren. Leider verbietet mir meine Zeit im Augenblick weitere Ausführungen. Die gegenteilige Ansicht kann, wie mir scheint, nur vom Standpunkt einer sozusagen politischen Verleumdung stattdessen politisch verteidigt werden.

Ich hege die Hoffnung und den lebhaftesten Wunsch, daß unsere Reichstagsfraktion der preussischen oder verpreußten Staatsgewalt nicht freiwillig eine weitere Macht übertragen wird, die, wenn sie auch hier und da vernünftig angewandt werden mag, im politischen Schlussergebnis doch nur zum Nachteil der Arbeiterklasse ausschlagen kann. Und schließlich müssen für das kämpfende Proletariat und seine parlamentarische Vertretung den politischen Rücksichten alle andern, mögen sie an sich noch so verständlich sein, untergeordnet werden.

Heillicher Landesparteitag.

Offenbach a. M., 16. Januar. (Fig. Ver.)

Die Vertreter der Sozialdemokratie des Großherzogtums Hessen traten am Sonntag vormittag in Offenbach zu einer außerordentlichen Landeskonferenz zusammen. Deren Notwendigkeit ist durch die Beschlüsse des Leipziger Parteitag und durch die heftige Wahlforderung begründet. Auf der Tagesordnung der Konferenz standen daher auch nur das neue Organisationsstatut und die heftige Landtagsreform.

Zum ersten Punkt referierte Genosse W. J. Friedberg, der den vom Landeskomitee vorgelegten Statutenentwurf erläuterte und die hierzu gestellten Anträge kritisch besprach.

Die wichtigste Bestimmung des neuen Statuts liegt im § 6, der den Beitrag bestimmt. Bisher war in Hessen ein Grundbeitrag von 15 Pf. festgesetzt, nun wurde, dem allgemeinen Partizipationsentscheidend, ein monatlicher Mindestbeitrag von 30 Pf. für männliche und 15 Pf. für weibliche Mitglieder vorgeschlagen. Die Kreisvereine haben von den Beiträgen 20 Proz. direkt an die Parteikasse in Berlin abzuführen. Das Landeskomitee gibt die Marken (a 15 Pf.) gegen vorherige Bezahlung von 2 1/2 Pf. pro Marke an die Vereine ab, bekommt also 5 Pf. monatlich für jeden männlichen Beitrag. Insofern meinte hierzu, verschiedene Kreise würden wohl kaum in der Lage sein, künftig anstatt 3 Pf. 6 Pf. pro Beitrag an den Parteivorstand zu zahlen. Zu dem § 8, der die Vertretung auf der Landeskonferenz bestimmt, liegen eine größere Anzahl Anträge vor. Das Landeskomitee schlug vor, daß jeder Ortsverein für je 100 Mitglieder einen Delegierten wählen könne. Bisher konnten für das erste Quertier zwei Delegierte ent-

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Heinrich Heine“. Heute abend 8 1/2 Uhr: Sitzung bei Volze, Hohenbergstraße 8. Gäste willkommen.

Sozialdemokratischer Les- und Diskussionsklub „Karl Marx“. Heute wegen wichtiger Gewerkschaftsversammlung keine Sitzung.

Les- und Diskussionsklub „Südbot“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Weidhardt, Götlicher Straße 58: Vortrag der Genossin Ida Mann über: „Idealismus und Materialismus im Christentum“. Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 3, zweiter Hof, hinter Eingang, vier Treppen, **Sprechstunde** wochentags abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Schriftl. 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstab und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

W. C. 2983. Wenden Sie sich an ein Adressenbureau. Diese sind im Berliner Adressbuch verzeichnet. — **W. W. 58.** Wenden Sie sich persönlich oder schriftlich an die Landesversicherungsanstalt Berlin, Röllinstraße 8, Kassenverteilung. — **W. W. 74.** Wir können Ihnen diese Klasse nicht empfehlen. — **W. W. 89.** „Internationales Osterblatt der Kunst- und Spielwarenindustrie“. „Wegweiser für Spielwarenindustrie“. „Die Kunst- und Spielwarenindustrie“. Erscheinen sämtlich in Berlin. Adressen

der Verlage sind aus dem Berliner Adressbuch ersichtlich. — **W. W. 21.** Näheres zu erfragen bei der Sitzungsdeputation Berlin, Poststr. 16, Zimmer 24-29. — **W. W. 22.** Dessen Adresse ist uns nicht bekannt. — **W. W. 23.** Das sind alles grandiose Behauptungen. — **W. W. 41.** Museum für Naturkunde, Berlin, Invalidenstr. 43. — **W. W. 47.** Spielregeln zu entscheiden müssen wir ablehnen. — **W. W. 48.** Rein. — **W. W. 55.** Der mündliche Vertrag ist gültig. Zu dem Rest würden Sie demnach vorwärtschrittlich beurteilt werden. — **W. W. 1.** Ja, es sei denn, daß der Beweis geführt wird, daß in der kritischen Zeit noch andere Intimen Verkehr gehabt haben. — **W. W. 7.** Eine Klage gegen den Wert auf Verteilung des früheren Jutesandes hätte Aussicht auf Erfolg. — **W. W. Galensee 115.** 1. Bei der Vollzeit. 2. Rein. 3. Wenden Sie sich an einen solchen. — **W. W. 9.** 1. u. 2. Ja. 3. An die Redaktion. — **W. W. 100.** 1. Das erscheint nicht erforderlich. 2. Dreifachstraße 5. — **W. W. 111.** 1. Ja. 2. Rein. — **W. W. 133.** Die Pfändung dieses vorgenommen werden, der wirkliche Eigentümer müßte dann intervenieren und in der Klage bestehen, daß die Gegenstände sein Eigentum sind. Der Beweis dürfte unter den von Ihnen geschilderten Verhältnissen schwierig zu führen sein. — **W. W. 13.** 1. Rein. 2. Die Sache geht trotzdem weiter. — **W. W. 5.** Die Gesellschaft ist nicht schadenhaftig, wohl aber können und sollten Sie Erhöhung der Rente wegen Verschlechterung Ihres Jutesandes bei der Veräußerung beantragen. — **W. W. 57a.** 1. Wegen der Juteschuld müßten Sie bei den einzelnen Sparcassen anfragen; das Geld ist sicher. 2. Ja. — **W. W. 83.** Sie hätten denselben Anspruch auf Reingewinn wie W. — **W. W. 8.** Rein, das Geld ist seit dem 1. Juli 1909 in Kraft. — **W. W. 10.** Rein, das gilt als Eheberuch. — **W. W. 21.** Die Abgabe können Sie machen. Ueber die Rechtslage orientiert das zweite Büchlein von Wiffel über Steuerbefreiungen. — **W. W. 30.** Da Sie den Vertrag unterschrieben haben,

ist eine Klage leider zweifelhaft. Wenn die nötige Unbrauchbarkeit des Jutesandes aber vorliegt, so würden Sie vorwiegend die Entscheidungsgewalt gewinnen, da man in der Regel unter baulichen Veränderungen nur solche versteht, die die Benutzung der vermieteten Räume noch ermöglichen. — **W. W. 25.** 1. Leider ja. 2. Rein. — **W. W.** Beantworten Sie beim Amtsgericht unter Vorlegung der Grundurkunde die Eröffnung des Testaments. — **W. W. 8.** Eine Klage wäre möglich. — **W. W. 06.** Ja. — **W. W. 65.** Leider hätte weder eine Klage gegen die Eltern, noch eine solche gegen die Gemeinde Aussicht auf Erfolg. Versuchen Sie es mit einer Petition an den Magistrat. — **W. W. 11.** Zuständig ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk der zu Verklagende wohnt. — **W. W. 100.** Sind Sie mitverantwortlich worden, so würde die Forderung noch heute gültig sein. Lassen Sie sich Schrift des Erkenntnisses geben, um zu erfahren, ob eine Verurteilung erfolgt ist. — **W. W. 1200.** Zahlen Sie das Geld gegen Ausstellung einer pfändungsfähigen Quittung (notarielle oder gerichtliche Quittung) hier aus. — **W. W. 22.** An die Militär-Verkaufskommission, Heidestraße. — **W. W. 103.** Ein Mädchen wird mit vollendetem 16. ein Mann mit erreichtem Großjährigkeit heiratfähig. — **W. W. 67.** 1. Da rechtskräftig entschieden ist, ist leider nichts mehr zu machen. 2. Das Landgericht wäre zuständig. 3. Das Kammergericht ist als Berufungsinstanz für die Zivilsachen zuständig, die vor dem Landgericht in erster Instanz verhandelt wurden. 4. Da ist leider nichts zu machen. — **W. W. 706.** Sie können in einem eigenhändig ge- und unterschriebenen Testament Ihre Frau als alleinige Erbin einsetzen. Sie können auch mit Ihrer Frau gemeinsam ein wechselseitiges Testament errichten. Kosten verursacht ein solches Testament nicht. Beispiele für solche Testamente und Anleitung dazu finden Sie auf den letzten Seiten des dem „Arbeiterrecht“ beige-farbenen Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den A. Berliner Reichstagswahlkreis Köpenicker Viertel. Bezirk Nr. 201. Teil I. **Nachruf.** Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Arbeiter **August Kühne** (Brangelstr. 93, am 9. Januar gestorben ist. Die Beerdigung fand am 15. Januar statt. Ehre seinem Andenken! **Der Vorstand.**

Todes-Anzeige. Am 17. d. M., früh 9 1/2 Uhr, entschlief sanft nach kurzem Krankenlager unser lieber Vater, Großvater und Schwiegervater **Konrad Schulken** im 83. Lebensjahre. 40492 Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: **Hermann Schulken.** Die Beerdigung findet am Freitag, den 21. Januar, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Halle des Selbstmänners - Kirchhofes, Nordend bei Nieder-Schönhausen, aus statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstagswahlkreises. **Todes-Anzeige.** Am 14. Januar verstarb unser Mitglied, der Modellschüler **Karl Baumhöfner** (Straße 606 Nr. 11. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Sankt-Nikolaus-Kirchhofes in Blöchersee aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Todes-Anzeige. Nach jahrelangen Leiden erlosch ein sanfter Tod meine liebe, gute Frau, Schwester, Schwägerin und Tante **Berta Katzmierzack** geb. **Brock.** Dies zeigt mit der Bitte um stille Teilnahme befristet an. Der trauernde Gatte **Karl Katzmierzack.** Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Friedhofshalle in den Riffeln aus statt. 3068

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Paul Pfeifer** am 15. Januar gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. Januar, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. Am 14. Januar starb unser Kollege, der Modellschüler **Karl Baumhöfner** Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Sankt-Nikolaus-Kirchhof in Blöchersee statt. Am 16. Januar starb unser Kollege, der Tischler **Otto Brettschneider** Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 19. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Sankt-Nikolaus-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen-Nordend aus statt. Um rege Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Für die zahlreiche Beteiligung und die schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meines unvergesslichen Vaters, des Drechslers **Oskar Eulitz** sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten herzlichsten Dank. Die trauernde Witwe und Kinder. 40508 **Dankfagung.** Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters, des Maurers **Julius Kaßner** sagen wir allen Freunden und Bekannten, sowie dem Männerchor „Union“ unseren herzlichsten Dank. Die trauernde Witwe und Kinder. 3025

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlreiche Mitglieder. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Emil Schulz** am 15. Januar verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 20. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Kirchhofes aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.**

General-Versammlung der Möbelfabrik Zukunft E. G. m. b. H. Sonntag, den 6. Februar 1910, nachmittags 2 Uhr, im Lokal des Herrn Schumann, Lützner Straße 6. Tagesordnung: Genehmigung der Bilanz; Reserven; Anträge. 103/4 **Der Vorstand.** Karl Uebachs. Ernst Andreas.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Zahlreiche Mitglieder. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Emil Schulz** am 15. Januar verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 20. Januar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Kirchhofes aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Westmanns Trauer-Magazin Extra-Abteilung I. Geschäft: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemstraße). II. Geschäft: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße). Sehr gr. Auswahl fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schiele etc. vom einfachsten bis zum hoch-elegantesten Genre zu äußerst niedrigen Preisen. Sonder-Abteilung: **Maßanfertigung** in 10 bis 12 Stunden.

Am 16. Januar verschied nach kurzem Leben unser geliebter Sohn, Bruder, Schwager und Onkel **Max Kleber** im 33. Lebensjahre. Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet am 20. Januar nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des neuen Sankt-Nikolaus-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt. 3006

Wer-Stoff-hat!! Fertige Herrenanzug oder Paletot von 2000 an, feinste Zutaten aus Hochland, zwei Anproben, für guten Sitz besom. gold. Maßnahme. Bitte zum Wahrgenommen um Ihren Besuch, da keine Vertretung. **Ludwig Engel, Preisläufer** Str. 23, II, Alexanderplatz. Geogr. 1892. Etage auch Adressbuch I. Teil, 1910, Seite 552, unter E. 10/19 **Verleih-Institut:** Friedrichstr. 115/1, a. Oranienburger Tor. Reg. Kauf, Gebraucht 1,50, Neu 1,00, Beste 50 Pf.

Abend-Gesellschafts-Mäntel

Kostüme, ca. 10 echte Persianer-Jackets Mäntel, Paletots in Seiden-Pirsch-Pol. Vornehm in Ausstattung! Gediegen in Verarbeitung! **Apert! Praktisch!**

Zu Inventur-Preisen 4. h. teilweise bis zu 1/2 d. Originalpreise!

Kleider, Jacketts, Röcke, Blusen.

Westmann

I. Geschäft: Berlin W., Mohrenstr. 37a Hauptpostplatz
II. Geschäft: Berlin NO., Gr. Frankfurter Str. 115

D. Inventurverkauf wird in wenig Tagen geschlossen, bis dahin gelten ungefähr folg. Notierungen:

früher	jetzt	früher	jetzt
30.-	21.-	48.-	bis 1500.-
70.-	12.-	21.-	jetzt 600.-
früher	jetzt	früher	jetzt
65.-	84.-	115.-	bis 1500.-
20.-	41.-	50.-	jetzt 600.-

Übergangsmäntel 8.75 Kostümrücke 4.00
früher bis M. 30, jetzt 8.75 früh d. M. 15, jetzt 4.00

Gratis: 2 1/2 m Stoff zu einem Rock auf Wunsch bei Einkauf von M. 12.- an.

Bouillon-Würfel

der **Cle Liebig**

Preis 5 Pfg.

Kufeké -Kinder-nahrung. Hervorragend bewährte Nahrung. Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei u. leiden nicht an Verdauungsstörung. **Kranken-kost.**

Warnung! Trotz wiederholten Hinweises sind in letzter Zeit Nachahmungen meines **Kapitän-Kautabakes** in Umlauf. **Der Kapitän-Kautabak** ist nur echt mit Zettelaufgabe und Etikette mit der Aufschrift: **Feiner Dänischer Kapitän-Kautabak** (ges. gesch. 75 658). Meine werthe Kundschaft bitte ich, Kapitän-Kautabake ohne obige Bezeichnungen als unecht zurückzuweisen und mir Fälle von Nachahmungen mitzutheilen, damit ich dagegen einschreiten kann. **Karl Rucker, Tabakfabrik, Berlin O. 27, Grüner Weg 112. (VII. 3861.)**

Reinickendorf, Schweizer-Viertel, im neuen Zentrum, in nächster Nähe des Schillerparks und des Schäferfelds vorzüglich gelegene billige 3-, 2- und 1-Zimmerwohnungen im Vorder- oder Gartenhaus, mit auch ohne Bad, Ballon usw. sofort vermietbar in den Neubauten der Schiller-Promenade, Brieger Straße, Mühl-Strasse, Holländer- und Thuner Straße.

14 Tage Inventur-Ausverkauf Herren-Anzugstoffe statt 6.50 jetzt 3.00 M. Damencatuche 2.50 . . . 1.75 **Koch & Seeland, Gesellschaft m. b. H.** Spezial-Haus moderner Herren- und Damenstoffe **Berlin C., Roßstraße 2. Sonntags geöffnet.**

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. **Prinzenstr. 41,** dicht am Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Dr. Thompson's Seifenpulver

Garantiert frei von schädlichen Bestandteilen.

das beste Waschmittel. Oberall zu haben.

Restaurations-Grundstück im östlichen Industrieort, Hauptstraße, ganz besonders preiswert zu verkaufen. Näheres unter H. 5600* befördern Daubs & Co., Jerusalemstraße 53/54. 181/6

Gege-Hühner, garantiert junge, beste Lege, 2 1/2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

H. Pfau, Bandagist Berlin, Dircksenstraße 20 zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Postplatz. — Amt VII, 13709 Für Damen Frauen-Bedienung. * Lieferant für alle Krankenfamilien.

Wilmersdorf, Prager Straße 16, 1 und 2 Zimmer-Wohnungen mit Zentralheizung etc. 360-480 M. 1 Laden mit Stuben und Küche, sehr passend für Schneiderei inkl. Zentralheizung 1100 M.

Sofort zu vermieten: Tegel, Bahnhof-Str. 17-18 Ein Laden mit 2 Zimmern, Küche, 2 Kammern, passend für Milchgeschäft. Preis 700-800 M. Ein Laden mit Küche und Kochgelegenheit. Preis 480 M. Eine Wohnung, 2 Zimmer und Küche. Preis 380 M.

Rixdorf, Selchowerstr. 18, 3 Zimmer und Küche, Preis ca. 500 M. 2 Läden, passend für jedes Geschäft, 336, 540 M.

Würzburger Hühneraugenmittel von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Umstellung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Coniferextrakt). **Dr. H. Unger in Würzburg.** In Berlin (30 Pf.): Saloman-Apotheke, Charlottenstraße 54. Greif-Apotheke, Bernauerstraße 33. — München: Schützen-Apotheke. — Stuttgart: Hirsch-Apotheke. — Breslau: Victoria-Apotheke. 113/5*

Kautabake Grimm & Triepel, Nordhausen stets zu haben bei **Max Ziegenhals, Berlin NO., Neue Königstr. 70** Wöchentlich frische Sendungen.

Zu den bevorstehenden Gemeindevahlen,

die in vielen Gemeinden des Kreises Teltow und Nieder-Barnim im März dieses Jahres stattfinden, sind unüberzählig die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Es ist zunächst Pflicht eines jeden Wahlberechtigten, sich davon zu überzeugen, ob er auch in der Wählerliste steht.

Wer nicht in die Liste eingetragen ist, darf nicht wählen. Es erhellt hieraus, daß die Einsichtnahme in die Wählerliste eine sehr dringende Pflicht eines jeden Wahlberechtigten ist. Ist jemand verhindert, sich selbst davon zu überzeugen, ob er in der Liste steht, so wende er sich vertrauensvoll an einen im Orte auf Plakaten oder im „Vorwärts“ bekannt gegebenen Parteigenossen und beauftrage diesen nach Ausfertigung einer Legitimation mit der Einsichtnahme in die Liste.

Wahlberechtigt ist jeder selbständige Gemeindeangehörige, welcher 1. Angehöriger des Deutschen Reiches ist, 2. die bürgerlichen Ehrenrechte nicht, 3. seit einem Jahre in dem Gemeindebezirk seinen Wohnsitz hat, 4. keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfängt, 5. die auf ihn entfallenden Gemeindeabgaben bezahlt hat und außerdem a) entweder ein Wohnhaus in dem Gemeindebezirk besitzt oder b) von seinem gesamten innerhalb des Gemeindebezirks belegenen Hausbesitz einen Jahresbeitrag von mindestens 3 M. an Grund- und Gebäudesteuer entrichtet, oder c) zur Staatseinkommensteuer veranlagt ist oder zu den Gemeindeabgaben nach einem Jahreseinkommen von mehr als 600 M. herangezogen wird.

Als selbständig wird nach vollendetem 24. Lebensjahre jeder betrachtet, welcher einen eigenen Hausstand hat. Chambregarnisten sind wahlberechtigt, Schlafburtschen ist das Wahlrecht abgesprochen worden.

Besonders sei darauf hingewiesen, daß man zur Ausübung des Gemeindevahlrechts — im Gegensatz zu den Städten — nicht Preuze zu sein braucht; es ist erforderlich, daß man die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt.

Die Listen liegen noch bis zum 30. Januar aus, und zwar in:

Adlershof. Im Gemeindeamt, Bismarckstr. 1, Zimmer 9, von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags. Aufträge zur Einsichtnahme werden im Laden der Konsumgenossenschaft, Bismarckstr. 11, sowie bei den Genossen Richard Kaul, Bismarckstr. 16, Johannes Heister, Bismarckstr. 28, Restaurateur Bengisch, Sedanstr. 3 und Gustav Tempel entgegengenommen.

Alt-Hienitz. Im hiesigen Gemeindebureau während der Dienststunden. Zur Einsichtnahme bereit erklärt hat sich Genosse Alex Winkelmann, Konsum, Köpenicker Straße.

Borsigwalde-Wittenau. Im hiesigen Gemeindebureau, Rosenhauler Straße 14, Zimmer 1, während der Dienststunden.

Britz. Im Rathaus, Zimmer 5, an Wochentagen von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags sowie an den Sonntagen von 10 bis 12 Uhr vormittags.

Buckow. Im Gemeindebureau, Dorfstr. 8.

Eichwalde. Im Gemeindebureau, Grünauer Str. 49, an den Wochentagen während der Dienststunden von 8—1 Uhr.

Friedrichshagen. Im Rathaus, Zimmer 18. Folgende Genossen sind bereit, die Einsichtnahme zu übernehmen: Franke, Konsumgenossenschaft, Lehmann, Scharnweberstr. 110, Singuhr, Seelitz, 36, und Linus, Wilhelmstr. 53.

Gröbber. Im Gemeindeamt hier selbst während der Dienststunden.

Groß-Lichterfelde. Im Gemeindebureau, Schillerstraße, während der Amtsstunden. Die Einsicht in die Liste übernehmen: Für den Westen: Wintz, Bismarckstraße, Dürerstr. 42; Wahrensdorf, Völkstraße 22; Richter, Chausseestr. 104; Lenz, Chausseestr. 55. Für den Osten: Rau, Kaiserhof, Kranoldplatz; Kink, Dörfelstraße; Scheeler, Barbiergeschäft, Jägerstraße.

Grünau. Während der Dienststunden im Gemeindebureau, Zimmer 2.

Johannisthal. Im Gemeindebureau, Zimmer 2, während der Dienststunden von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, und bei Albert Gubin, Koonitz 2.

Kaulsdorf. Im Restaurant Bobek, am Bahnhof, und G. Schmidt, Wolfstr. 28.

Königs-Wusterhausen. Im Rathaus, Zimmer 7, während der Dienststunden. Aufträge zur Einsichtnahme werden in der Konsumgenossenschaft, Berliner Str. 26 entgegengenommen.

Landwehr. Im Gemeindebureau, Hauptstr. 13, Einwohnermeldeamt, während der Dienststunden von 8 Uhr morgens bis 3 Uhr nachmittags.

Mariendorf. Während der Dienststunden im Rathaus portiere, Zimmer Nr. 11.

Mariensfelde. Während der Dienststunden von 9 bis 3 Uhr im Steuer- und Meldebureau der hiesigen Gemeindeverwaltung, Berliner Straße 51. Die Einsichtnahme übernimmt Genosse Adolf Berger, Berliner Straße 114.

Mahlsdorf-Süd. Im Restaurant Meier, Köpenicker Allee 25; in der Kolonie bei A. Giese, Grünowitzer 51.

Mahlsdorf-Nord bei A. Vertel, Bahnhofstr. 16 II, und D. Franz, Lemkestraße.

Nieder-Schönweide. Im Gemeindegeschäftszimmer, Grünauer Straße 1, während der Dienststunden.

Nieder-Säbhansee. Im Einwohnermeldeamt, Blankenburger Straße 10, Hof port., an den Wochentagen von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, an den Sonntagen von 11—1 Uhr.

Pankow. Im Rathaus, Breitestr. 25—26, Zimmer 26, von 8 bis 8 Uhr. Am Sonntag, den 23. und 30. Januar, sowie am Donnerstag, den 27. Januar, liegen die Listen von 9—1 Uhr aus.

Reinickendorf. Im Rathaus, Hauptstr. 40, wochentags von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags.

Ruhlsdorf. Im Gemeindebureau.

Schwarzendorf. Im Rathaus, Zimmer 3 (Polizeiwaage), wochentags von 8 bis 3 Uhr und Sonntags sowie am 27. d. Mts. von 10—12 Uhr. Zur Einsichtnahme haben sich bereit erklärt: B. Kamler, Gastwirt, Breitestraße 1. P. Hildebrandt, Juppoteer Straße 14. II. P. Specht, Misdorfer Str. 14. III. R. Kappas, Doberaner Str. 3. Seitens III. Bartel, Gastwirt, Barnimänder Str. 6. Ad. Püttcher, Gastwirt, Spandauer Str. 40. L. Schülent, Sulzer Straße 12. 2. Niergeb. I. „Café Wein“, Hubertusbad Str. 8. G. Raminoff, Eintr. 2. Sont.

Steglitz. Im Rathaus, Zimmer 34, von 8—3 Uhr und abends von 5—7 Uhr. Die Einsichtnahme übernehmen: Schellhase, Hornstr. 15a; Kurzdem, Herderstr. 30; Rohmann, Schloßstraße 117; Clement, Doppelstr. 7; Räther, Raststeinstr. 1; Roser, Potsdamer Straße 1.

Schmiedewitz. Im Gemeindebureau von 9 bis 3 Uhr.

Stralau. Im Gemeindebureau. Zur Einsichtnahme haben sich folgende Genossen bereit erklärt: Paul Schöps, Gastwirt, Alt-Stralau 17; Christian Gundlach, Gastwirt, Markgrafendamm 3; Ernst Schmidt, Gastwirt, Markgrafendamm 6; Adolf Bastrusch, Gastwirt, Markgrafendamm 19.

Tegel. Im Gemeindeamt von 10—12 Uhr vormittags.

Tempelhof. Im Gemeindebureau, Dorfstr. 42, Zimmer 8, während der Dienststunden von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags.

Treptow-Baumgartenweg. Im Amtshaus, Neue Krug-Allee 5, Zimmer 15, wochentags von 9 bis 3 Uhr, Sonntags von 9 bis 10 Uhr. Die Einsicht übernehmen die Genossen Max Wietzen, Baumgartenweg, Marienbader Str. 22 II; Otto Ehm, Treptow, Weermannstr. 9a, 2. Hof III.

Wannsee. Im Gemeindebureau, Zimmer 5.

Wohlfahrt. Im Gemeindeamt, Hauptstr. 58, Zimmer 8, während der Dienststunden. Am Sonntag, den 23., und am Sonntag, den 30. Januar, wird die Wählerliste vormittags von 10—11 Uhr und am Freitag, den 21., und Freitag, den 29. Januar, nachmittags von 5—8 Uhr, ebenfalls zur Einsicht offen gehalten.

Zeuthen. Im Gemeindeamt, Kurfürststr. 1, in den Dienststunden von vormittags 8 bis nachmittags 3 Uhr.

Einsprüche gegen die Richtigkeit der Liste gebe man sofort zu Protokoll.

Partei-Angelegenheiten.

Rixdorf. Am Freitag, den 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr, findet in Goppes Festsaal, Hermannstr. 40 (großer Saal), der angekündigte Vortrag der Genossin Jabel über „Moderne Literatur“ statt. Der Vorstand.

Schöneberg. Heute, Mittwoch, den 19. Januar, abends 8 Uhr, findet in den neuen Rathsausälen, Reiningers Str. 8, der vierte Lichtbildvortrag des Genossen Engelbert Graf: „Sommer Uetzer bis zum Menschen“ statt. Billets sind am Eingang zu haben. Der Vorstand.

Friedrichsfelde. Heute abend 7 Uhr findet von den Bezirkslokalen aus eine wichtige Flugblattverbreitung statt. Die Bezirksleitung.

Trebbin. Am Sonnabend, den 22. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Wolf: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Kasse und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Abrechnung vom 4. Quartal 1909. 3. Vorstandswahl. 4. Verschiedenes.

Berliner Nachrichten.

Ordensabfütterung.

Ein einziges Mal im Leben „bei Kaisers“ zu Gast sein zu dürfen, vielleicht am selben Tisch, wo die Höchsten und Allerhöchsten des Reiches Ägung besorgen — wela erhabendes Gefühl für Angehörige der besseren Gesellschaft! Schon von dem bloßen Bewußtsein, ein einziges Mal an des Königs Tafel geduldet zu werden, wird der wackere Patriot satt bis zum Kirchhof. Aber man ist ja gar nicht so unglücklich. Die auf des Lebens ätherischen Höhen schweben, wissen am besten, daß ein guter Happenpappen Leib und Seele zusammenhält. Auch am vergangenen Sonntag ging für die tausend Extragäste an der „königlichen Mittagstafel“ die junge Ordensfreude zum guten Teil durch den Magen. Wie uns die von einem freundlichen Zufall auf den proletarischen gewetzte wappengeschmückte und goldgeränderte Speisentarte verrät, waren die Gerichte weniger mit der traditionellen preussischen Sparamkeit als mit gutdeutschem Galgenhumor zusammengestellt. Ein königlicher Ditz ist es, in einem Reiche, wo alles nach Herbst und Winter aussieht, als Eingang eine „Frühlingssuppe“ zu servieren. Vielleicht war das eine zarte poetische Anspielung auf die nebelhafte Wahlrechtsvorlage und der beste Beweis, daß der hohe Gastgeber gewillt ist, an einem Königswort nicht drehen und deuteln zu lassen. Einer solchen Suppe, die der König höchstselbst eingebracht hat, muß man alle Ehre antun und sie bis zum letzten Tropfen auslöffeln. Gleich dahinter freilich gab es einen kleinen Dämpfer mit dem „Janber“, der so schmuddelig „in Rheinwein“ schwamm, wie nach der Reinigung der Reichsgroßen das deutsche Volk in lauter ettel Bonne und Zufriedenheit plätschert. Das „Schmorfleisch“ als dritter Gang duftete manchem etwas proletisch. Man denkt dabei leicht an Riemen, die aus der Haut des Volkes geschnitten werden. Aber schnell verschluckten „Strahburger Pasteten“, zu denen „1900er Heißfleck Monopol“, die Pulle zu zwanzig Mark, gereicht wurde, den üblen Beigeschmack. Auch die dann folgenden „Kapaunen mit Früchten und Salat“ sollten offenbar die dekorierten „Männer aus dem Volke“, die an der königlichen Tafel sich auf Zuwachs mästeten, in den Traum wiegen, daß in Preußen, wie einst in Frankreich unter dem vierten Heinrich, dem Volke die gebratenen Vögel halb in den Mund fliegen werden. Und die „Vanillensombone“ schmolz unter dem edlen Dreinhauen der Königsgäste so harmlos zusammen, daß der mit am Tisch sitzende Polizeipräsident befreit aufatmete. Vom noch süßeren „Nachtisch“ soll des Sängers Höflichkeit eigentlich schweigen. Der wandert erfahrungsgemäß in die spießbürgerlichen Gradstaschen und zuweilen auch unter die goldbetrehte Uniform, für den patriotisch gedrückten Nachwuchs zu Hause. Manche Höflinge, die die Nase nicht hoch genug tragen, sollen darin sogar eine außergewöhnliche Fingersfertigkeit entwickeln. Die Fürstin Brede besand sich glücklicherweise nicht unter den geladenen „Edelsten der Nation“, sonst hätten die Kammerherren und Lakaien verdammt auf die silbernen Vögel aufpassen müssen.

All dieses Schöne, das besser mundete als der saure Hering mit Pellkartoffeln auf dem Tische des mit dem Allgemeinen Ehrenzeichen besetzten preussischen Unterbeamten, galt dem Reibe. Die Seele wurde vorher in der Schloßkapelle gespielt, wobei der amtierende Gottesmann die königliche Sauce mit einem kleinen Hieb auf den „inneren Feind“ in deutschen Landen würzte. Sehr lebenswürdig von dem Herrn Hospastor, aber vor einem Festschmaus nicht gerade geschmackvoll. Recht interessant für Männer in Schloßgeheimnissen und Hofintrigen ist das uns ferner zugeflogene gedruckte Aufstellungstabellau für den Schloßgottesdienst vom Ordensfest. Wenn sich doch die altpreussische Genauigkeit auch bei der Steuerverteilung so treffend dokumentierte. Eine reinliche Standesscheidung war es, mit allen höflichen Schikanen und Aufhängeln. Alles nach Rang und Geburt mit zollweiser Abmessung getrennt von einander, die neuen Dekorierten, darunter die neuen Ordensritter in die entfernteste Kapellenede gedrückt.

Wie dachte doch Napoleon der Erste, der ein feiner Menschenkenner war, von den Orden? Er nannte sie „Kinderkrippen der Monarchie, mit denen man die Menschheit gänzelt“. Der Korze liegt ein Jahrhundert fast unter der Erde, und die Menschheit wird von den ständigen noch immer gegängelt mit Ordensabfütterungen und Pfaffenpredigten.

Das P'Abbaye-Essen.

Nach testamentarischer Verfügung des verstorbenen Stadtrats P'Abbaye werden alljährlich 100 von der Stadt unterstützte würdige Arme von den Jinsen eines von dem Verstorbenen gestifteten Kapitals besonders gespeist. Die von den Armenkommissionen ausgesuchten Glückskinder wurden gestern wieder nach dem „Hotel zu den vier Jahreszeiten“ bestellt, wo sie die übliche Mahlzeit: Erbsen, Sauerkohl und Bäckfleisch erhielten. Bei dieser Gelegenheit mußten die Armen auch noch diverse Reden in den Kauf nehmen. Zunächst redete Pastor Gräsemann, der in einem Vortrage des Stifters gedachte. Dann kam der Stadtverordnete Gerde zum Wort, der den Organistator der P'Abbaye-Essen Herrn Stadtverordneten Karl Seeger feierte und schließlich nahm auch Stadtrat Münsterberg das Wort, um einen Hymnus auf des Reiches Herrlichkeit und in Verbindung damit einen Toast auf den Kaiser auszubringen.

Nicht jedermanns Sache ist es, an diesem mit diversen aufdringlichen Reden gewürzten Schmaus besonderen Gefallen zu finden. Wer wirklich wohlthun will, tut es nicht auf öffentlichem Markte!

Biel Lärm um — nichts. In der 6. Pflichtfortbildungsschule sollte am Dienstag, den 18. Januar, eine Besichtigung der Schneiderklassen stattfinden. Zu dem Zweck waren die Schüler samt zum Montag zum Dienstag zum Unterricht bestellt worden. Diese Umänderung ist nun aber, wie dies den in Frage kommenden Meistern durch Postkarte mitgeteilt worden ist, zurückgenommen worden. Die Besichtigung soll an einem anderen Tage stattfinden, jedenfalls acht Tage später, also am nächsten Dienstag. Ist dem Schneiderhandwerk so wie so schon nicht mit der Verlegung des Unterrichts vom Montag, an welchem Tage erfahrungsgemäß am wenigsten zu tun ist, auf den Dienstag gebient, so muß, um einer Besichtigung willen, eine zweimalige Umlegung der Stunden erst recht als eine unnötige Belästigung aller Beteiligten empfunden werden.

Einen Boykott über die Köpenicker Fischeinnahme hat eine große Versammlung von Anglern Groß-Berlins, die in Köpenick stattfand, ausgesprochen. Die Jnning hatte in Gemeinschaft mit der Fischeinnahme Köpenicker den Beschluß gefaßt, infolge des allgemeinen Rückganges der Fischelei und der daraus entstehenden Schäden der Berufsfischelei den Preis für die ihr zur Verfügung stehenden Angelarten auf jährlich 10 M. zu erhöhen. Für Köpenick kommen 900, für Ragnsdorf 1000 Korben in Betracht. Bei den Unterhandlungen auf Herabsetzung des Preises zeigte die Köpenicker Jnning kein Entgegenkommen, während die Ragnsdorfer Jnning zusagte, für ein beschränktes Revier 600 Stück Angelarten zu je 6 M. und nur einen Rest von 400 Stück zu je 10 M. zu herausgeben. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden und beschloß, bei der Köpenicker Jnning in diesem Jahre keine Angelarten zu lösen. Auch die nicht-Importierten Angler sollen durch Anschläge aufgefördert werden, sich diesem Beschlusse anzuschließen.

Ein sehr abfälliges Urteil über die Polizeihunde veröffentlicht das „Berl. Tagebl.“ aus — Polizeikreisen. Der Kriminalpolizeispektor Dr. W. in Jnngaze ist ehrlich genug zu dem Eingeständnis, daß man nach dem heutigen Stande der „Polizeihundwissenschaft“ nicht allzu hoch gespannte Erwartungen an den Polizeihund stellen darf. Das gelte insbesondere vom Ermittlungsdienst, dem man einen wirklichen Wert nur dann beimessen könne, wenn durch die Leistung des Hundes unmittelbar oder mittelbar eine Lebensführung des Täters, etwa durch Auffspüren des gestohlenen Gutes oder der bei der Tat benutzten Verbrechenwerkzeuge, erzielt werden kann. Der bloße Hinweis des Hundes auf eine bestimmte Person ohne Auffindung weiterer Beweismittel sei völlig wertlos und ohne jede Beweiskraft. „Wer wird?“ — so fragt Dr. W., der durch seine Offenherzigkeit hoffentlich nicht seinen Posten verliert — „kontrollieren können, ob mittelmäßige Leistungen nicht übertrieben, schlechte ganz verschwiegen und gute nicht vielleicht frei erunden werden?“ Ferner weist dieser seltene Polizeibeamte, der ja seine polizeilichen Wappenhelmer kennen muß, auch auf die Gegenarbeit des Verbrechens hin, der bereits jetzt zahlreiche Tricks anwendet, um den Polizeihund auf eine falsche Fährte zu lenken, beispielsweise durch Verwässerung mit chemischen Substanzen oder durch das Tragen von Kleidungsstücken dritter Personen zur Verdeckung des jedem Menschen anhaftenden besonderen Eigengeruchs.

Was wir längst betont haben, wird hier also mal durch den Polizeimund bestätigt. Daraus erhellt auch, was auf die fortwährend vom Alexanderplatz ausgehenden öffentlichen Belobigungen der Berliner Polizeihunde zu geben ist.

Säureattentate verübt wieder einmal ein nichtswürdiger Bursche. Eine Mitteilung kam dieser Tage bereits aus Rixdorf. Am Sonnabend in der 9. Abendstunde wurde in der Friedrichstraße zwischen Leipzigerstraße und Bahnhof Friedrichstraße die Kleidung eines jungen, von der Arbeit auf dem Heimwege betroffenen Mädchens durch Säurespritzer vollständig ruiniert.

Durch Anwendung von Schlafpulver ist am Sonnabend einem Arbeiter in einem Kordringzug zwischen Weihensee über Gesundbrunnen-Charlottenburg ein gelbes Lederdenkportemonaie mit Inhalt (Bogenschnur) gestohlen worden. Diese Tatsache fordert zur erhöhten Aufmerksamkeit der Fahrgäste heraus. Gerade die Lohnarbeiter werden von gewissen Subjekten ausgesucht, um sich an eingeschleppte Fahrgäste heranzumachen und sie bis aufs Hemd auszuplündern.

Schwarze Vögel. Amlich wird berichtet: Bei einem hiesigen Arzte, der nach einer Italienreise am Sonntag unter Podendverdacht in ein Berliner Krankenhaus eingeliefert worden war, sind jetzt die schwarzen Vögel festgestellt worden. Anscheinend ist er einer Ansteckung in Italien zum Opfer gefallen.

Diebstähle in den Laubenzolonen sind eine alltägliche Erscheinung. Durch diese kleineren Diebstähle werden gerade kleine Leute, darunter viele Arbeiter, hart geschädigt. Neulich wurde polizeioffiziell mitgeteilt, daß die Laubendiebstähle ganz erheblich zurückgegangen seien durch die Verwendung von Polizeihunden. Damit sollte die Zweckmäßigkeit und Vielseitigkeit der Polizeihunde bewiesen werden. Aus den Kreisen von Laubenzolonen wird uns geschrieben, daß man hiervon noch nichts gemerkt habe. Vor allem handelt es sich um Kleinpein, das sich viele Laubenzolonen halten und ihre Freude daran haben, dem von den Spikbuben auf der Stelle der Garau gemacht wird. Die meisten Diebstähle gelangen gar nicht erst zur Kenntnis der Polizei, da man zu ihrer Ermittlungstätigkeit kein großes Vertrauen hat. Gelingt es den Laubenzolonen nicht selbst, Spuren der Spikbuben zu ermitteln, so ist es den Polizeibeamten trotz Anwendung von Polizeihunden auch nicht möglich, den oder die Täter festzufassen. Beweise dieser Art liegen vor.

An dem Selbstmord der Krankenschwester Herta im Virchow-Krankenhaus geht dem „Lokal-Anzeiger“ von dem Schwager der Verstorbenen, dem Antikriker Groten von der Säulenburg, eine Erklärung zu, in der zunächst besritten wird, daß Schwester Herta selbst „von der Sauce“ genascht hätte. Das werde durch die drei entlassenen Schwestern bezeugt. Weiter heißt es in der Erklärung: „Wollig von der Hand zu weisen ist der Gedanke, daß Schwester Herta zur Schwermut neigte und daß der Leben für den Lebensüberdruß in ihrer Seele längst bereitet gewesen wäre. Wahr ist vielmehr, daß sie ein lebensfrohes, glückliches Mädchen war, das einer sorglosen Zukunft entgegen sah. Einzig

und allein bestimmend für ihren Entschluß, aus dem Leben zu scheiden, ist die tiefe Kränkung ihres viel leicht allzu empfindlichen Ohres, die der von ihr als unerbittlich angelegene Tadel auf sie, deren höchster Ehrgeiz tadellose Pflichterfüllung war, gemacht hat. Niemand hätte natürlich selbst eine als unerbittlich empfundene Mitleid den tragischen Entschluß zur Folge haben können, wenn nicht die von der gesamten Schwesternschaft als schreiendes Unrecht angesehene Entlassung der drei Schwestern auf sie deprimierend gewirkt hätte. Sie mußte sich sagen, daß sie genau so von der Verwaltung beurteilt werde wie die entlassenen Schwestern, und nur deswegen nicht gleichfalls entlassen worden sei, weil sie jetzt angestellt war und ein Jahr lang sich gut gefühlt hatte."

Der Berliner Arbeiter-Nachfahrerverein (R. d. V. „Solidarität“) hielt am 18. Januar seine Generalversammlung im Gewerkschaftshaus ab. Es haben im vergangenen Geschäftsjahre stattgefunden: 4 Generalversammlungen, 3 Mitgliederversammlungen und 16 Zentralvorstandssitzungen. Im Laufe des Jahres sind 7 Bundesmitglieder gestorben, für die eine Sterbeunterstützung von 262,60 M. gezahlt wurde. Abnahmefälle sind 23 zu verzeichnen, wofür 1014 M. Unfallunterstützung verausgabt wurden.

Die Reingehalte ist 8mal zur Verschönerung von Arbeiterfesten (Partei und Gewerkschaften) herangezogen worden. An Rechtsausgaben waren 22 zu bearbeiten. Agitationstouren zur Gewinnung von Mitgliedern wurden 5 erfolgreich gefahren. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresende 1909. Das Vereinsvermögen beträgt 1678 M. Zur Erleichterung der Beitragszahlung wurde das Hauslosterichtem beschloffen. Die Vorstandswahl ergab Wiederwahl der bisherigen Funktionäre.

Vermißt wird seit dem 9. Januar die Witwe Johanna Blumenthal, geb. Volkmar, aus der Gossowstraße 5 in Schöneberg. Frau Blumenthal hielt sich einige Tage bei ihrem Bruder, Pfalzburger Straße 2, auf. Am Sonntag gegen Abend verließ, anscheinend in einem Unfall von Schwermut, dessen Wohnung, ohne ein Ziel anzugeben, und ließ seitdem nichts mehr von sich hören. Von ihrem Verbleib fehlt jede Spur. Die Vermißte ist 1,53 Meter groß, hat grauweißes Haar, sieht bleich und kränklich aus und trägt einen kleinen schwarzen Damenhut, ein dunkles holzlanges Jackett, einen glatten schwarzen Rock, eine seidene Bluse und einen rotgedruckten Unterrock. Auf dem Ringfinger der rechten Hand hat sie zwei Ringe, die T. B. und J. B. gezeichnet sind. Mitteilungen über den Verbleib und den Aufenthaltsort der Vermißten werden von jedem Polizeirevier und im Polizeipräsidium, Zimmer 324, zu den Adressen 182 IV. 7. 10. entgegengenommen.

Vorort - Nachrichten.

Schöneberg.

Die Stadtverordnetenversammlung

beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung fast ausschließlich mit der ersten Beratung des Etats. Der Kammerer Machowicz gab zunächst einen Bericht über den Stand der Gemeindeangelegenheiten. Aller Voraussicht nach wird das laufende Etatsjahr mit einem Fehlbetrag von 98 000 M. abschließen. Der Fehlbetrag ergibt sich aus den Nachzahlungen der Gehaltserschuldungen, die sich insgesamt auf 830 000 M. belaufen. Die Wertzuwachssteuer wird bis zum Schluß des laufenden Etatsjahres einen Gewinn von 900 000 M. bringen. Im neuen Etat ergibt sich ein Fehlbetrag von 284 000 M., der aus den Uberschüssen der früheren Jahre gedeckt werden soll. Im Uberschussfonds verbleiben nach Abzug dieser Summe immer noch 2 Millionen Mark. Bei vorsichtiger Finanzwirtschaft werden auch in den kommenden Jahren Schwierigkeiten nicht zu erwarten sein.

Stadtv. Jöbel (Hb. Frakt.) spricht zunächst seine Anerkennung für die im Etat geübte Sparfameit aus. Daß zur Balancierung des Etats der Uberschussfonds in Anspruch genommen werden müßte, sei kein erfreuliches Zeichen. Bisher sei es der Stolz Schönebergs gewesen, den Uberschussfonds nicht anzugreifen. Ueber den Ertrag der Wertzuwachssteuer könne man sich nur freuen. Durch diese Steuer sei eine Schonung der Hausbesitzer in anderer Beziehung in vollem Umfange eingetreten. Beim Schulwesen müsse darauf Rücksicht genommen werden, daß nicht immer die teuersten Baupläne für die höheren Schulen in Anspruch genommen werden. Bei den höheren Schulen sei ein Kapital von 7 Millionen Mark zu verzeichnen, das mache auf den Kopf der Schüler 82,80 M. Jinsen. Bei den Volksschulen beläuft sich dieses Kapital auf 5 906 000 M., müßten sollen hier auf den Kopf des Schülers nur 27,20 M. Jinsen. Redner bedauert, daß über die Einführung der Arbeitslosenversicherung noch keine Vorlage gekommen ist. Die eingesezte Deputation habe doch ihre Arbeiten längst erledigt. Man sollte die Vorlage um so mehr beschleunigen, als das Jahr 1910 ein Krisenjahr im Baugewerbe zu werden scheint. Der Beratung des Untergrundbahnets sehe die liberale Fraktion mit Besorgnis entgegen. Die Stadtverordnetenversammlung sei eigentlich völlig im Unklaren darüber, wie der jetzige Stand der Untergrundbahnfrage ist. Zum Schluß wies Redner noch auf die bürgerlichen Zeitungsberichte über die nichtöffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung hin. Nach seinen Informationen gehen diese Berichte, die stets eine Schädigung der Interessen Schönebergs bezwecken, von einem mit dem Herrn Paderland in Verbindung stehenden Journalisten aus.

Stadtv. Lessig (unabh. Vereinig.) klagte über die hohen Jinsen, die Schöneberg für seine fortgesetzt aufgenommenen Anlagen zu zahlen habe. Er ist von dem vorliegenden Etat nicht besonders erbaut. Es müßte mehr Sparfameit geübt werden, besonders durch Geschäftvereinfachung.

Stadtv. Depner ist mit dem vorliegenden Etat völlig unzufrieden. Die Untergrundbahn sei ein vollständiges Fiasko, darüber muß der Bürgerchaft klarer Wein eingeschenkt werden. Durch die Untergrundbahn werde Schöneberg einer traurigen Zukunft entgegengeführt und die Hausbesitzer in erster Linie belastet werden. Unverantwortlich sei es, jetzt noch mit einer Arbeitslosenversicherung zu kommen, ohne zu fragen, woher das Geld dazu genommen wird. Die liberale Fraktion und die Sozialdemokraten hätten die Verantwortung dafür zu tragen, wenn Schöneberg auf eine abfällige Bahn gedrängt werde. Es sei jetzt der reine Spott und ein wahres Kennen in der Sozialpolitik.

Stadtv. Kollendauer (Soz.) ist überrascht, daß die Einkommenssteuer im laufenden Jahre nicht schlechteres Erfolge gebracht hat. Nach den wirtschaftlichen Verhältnissen der letzten Jahre habe man mit einem Rücklage zu rechnen gehabt. Die Verschuldungen des Vordredners könnten in keiner Weise getilgt werden. Im Gegenteil, der vorliegende Etat sei sogar recht mäßig. Die Ausgaben für die ordentliche Verwaltung seien in den letzten vier Jahren nur von 9 auf 15 Millionen Mark gestiegen, und das habe die Entwicklung Schönebergs mit sich gebracht. Für die Sozialpolitik wird in Wirklichkeit gar nicht so viel getan, wie der Vordredner es hinstelle. Diese Summen ändern wenig an dem Gesamtbilde des 30-Millionen-Etats. Wenn nun das bisherige Sozialreform durch die Einführung der Arbeitslosenversicherung erweitert werden soll, so könnten auch hierdurch besonders hohe Aufwendungen nicht entfallen. Es handle sich hierbei vor allen Dingen um Anerkennung eines Prinzips. Auch für die städtischen Arbeiter würde nicht das getan, was getan werden muß. Schöneberg habe in dieser Beziehung einmal mit an der Spitze gestanden. Heute sei Schöneberg sogar schon von Nizdorf überflügelt worden. Die Stadt müsse ein Interesse daran haben, daß ihre Arbeiter gut ernährt sind. Vor allem muß auch für den Ausbau des Wohnungswesens mehr getan werden. Bei Festsetzung der Baupläne sei darauf Rücksicht zu nehmen, daß der Klein-Wohnungsbau in bestimmten Gegenden gefördert wird. Es sei ein unabweigender Zustand, wenn jetzt nur die Winkel in den Hinterhöfen für die kleinen Wohnungen reserviert werden. Daß die Untergrundbahn sich am Tage ihrer Eröffnung ab nicht

gleich rentabel gestalten werde, hätte eigentlich von jedem vorausgesehen werden müssen. Die sozialdemokratische Fraktion sei jedenfalls nicht so naiv gewesen, das Gegenteil zu glauben. Bei derartigen Verkehrsmitteln sei nicht immer die Hauptbedingung, daß Uberschüsse herausgewirtschaftet werden. Schöneberg hat dafür zu sorgen, daß es in das Schnellbahnetz mit aufgenommen wird, sonst würde sich das in späteren Jahren bitter rächen. Die von der Stadt zu vergebenden Kostendarbeiten dürften nicht den Charakter einer versteckten Armenunterstützung tragen. Die Gemeinden hätten die Pflicht, dafür zu sorgen, daß so viel Arbeit wie nur möglich für die Arbeitslosen vorhanden sei. Die Einführung einer Arbeitslosenversicherung sei durchaus notwendig. Die Einwendungen des Stadtverordneten Depner, daß die Aufwendungen für die Arbeitslosenversicherung nur einem bestimmten Teile der Einwohner zugute kommen, während der andere Teil leer ausgehe, seien ganz unangebracht. Die Zahlen von Schöneberger Schulwesen beweisen, daß gerade die Kinder der besitzenden Klassen mit ganz erheblichen Zuschüssen für das höhere Schulwesen bestraft sind. Die Sozialdemokratie sei nicht dagegen, sondern wünsche, daß das höhere Schulwesen noch weiter ausgebaut wird und namentlich mehr für die Kinder der Unbemittelten getan wird. Die Vorwürfe des Stadtverordneten Depner, daß in Schöneberg verschwenderisch gewirtschaftet würde, seien ganz unberechtigt. Die sozialdemokratische Fraktion stehe davon ab, bei der heutigen Beratung ihre Anträge zum Etat zu stellen, sondern sie werde dies im Ausschuss bei der Beratung der Einzelteile und bei der zweiten Lesung tun. Die Entrüstung des Herrn Depner über die großen sozialpolitischen Anforderungen wird damit, wenn ihm die sozialdemokratischen Anträge vorliegen, sicherlich noch weiter gesteigert werden.

Stadtv. Jachow (Hb. Vereinig.) erklärte, daß ihm der Etat ein zufriedenstellendes Bild gebe und daß er besseres nicht erwartet habe. Betreffs der Arbeitslosenversicherung sieht Redner nicht so schwarz wie der Stadtverordnete Depner.

Kammerer Machowicz wandte sich gegen die Ausführungen des Stadtverordneten Depner. Seine Reden und die seiner Gesinnungsgenossen im Haus- und Grundbesitzerverein seien geeignet, Schöneberg zu diskreditieren. Die Haus- und Grundbesitzer in Schöneberg hätten nicht die geringsten Ursachen zum Klagen, denn sie seien im Verhältnis zu Berlin und den anderen Vororten noch am wenigsten belastet.

Nach einigen weiteren Auseinandersetzungen wurde der gesamte Etat dem Ausschuss überwiesen und die weiteren Punkte der Tagesordnung bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl im dritten Bezirk der dritten Abteilung wurde der Genosse Reichle mit 412 von 418 abgegebenen Stimmen gewählt. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

In der letzten Sitzung der Schöneberger Gewerkschaftskommission wurde zunächst Bericht über die Aussprache des Ausschusses mit den Vertrauensleuten des Metallarbeiterverbandes in Schöneberg gegeben. Nach dem inzwischen erfolgten Rücktritt eines Kandidaten einer anderen Gewerkschaft, wird es möglich, den Metallarbeitern den gewünschten weiteren Kandidaten zuzugestehen. Es wurde dann nochmals auf die Verteilung der Delegierten zur Generalversammlung der Krankenkassen Bezug genommen. Hierbei wurde festgestellt, daß die Metallarbeiter bei der Delegiertenwahl von 110 Delegierten 41 und von 55 Erfahndelegierten 24 Delegierte erhielten. Da ein großer Teil der Metallarbeiterdelegierten aus dem Betriebe der Firma Niz u. Genest entnommen war, ist bedauerlicherweise bei der starken Fluktuation in diesem Betriebe ein großer Teil aus der Klasse im Laufe der Zeit ausgeschieden. Es wurde daher gewünscht, daß bei späteren Wahlen nicht zubielt Delegierte aus einem Betriebe genommen werden, sondern im Interesse der Kassenmitglieder möglichst Delegierte aufgestellt werden, die vorwiegend längere Zeit im Orte arbeiten.

Der Vertreter der Galvanisierarbeiten ersuchte hierauf die Genossen, in ihren Gewerkschaften und in der Partei darauf zu achten, daß bei den Vergütungen in Arbeiterkreisen die beschäftigten Kellner organisiert sind.

In der Sitzung fehlten die Vertreter der Tapezierer, Holzarbeiter, Fabrik- und Brauereiarbeiter.

Charlottenburg.

Arbeiter! Parteigenossen! Morgen Donnerstag, den 20. Januar, finden von vormittags 10 bis mittags 1 Uhr und von nachmittags 5 bis abends 8 Uhr die Neuwahlen der Wähler zum hiesigen Gewerbegericht statt. Wähler ist jeder Arbeiter, der das 25. Lebensjahr vollendet hat, in Charlottenburg wohnt oder hier im Arbeitsverhältnis steht. Diejenigen, die in Charlottenburg wohnen und arbeiten, wählen in demjenigen Bezirk, in welchem sie in Arbeit stehen. Wer in Charlottenburg wohnt und außerhalb Charlottenburgs arbeitet oder zurzeit arbeitslos ist, wählt in dem Bezirk, wo er wohnt, während diejenigen Arbeiter, die in Charlottenburg arbeiten und in Berlin oder in den Vororten wohnen, in demjenigen Wahlbezirk ihr Stimmrecht ausüben, in welchem sie beschäftigt sind.

Jeder Wähler muß im Besitze einer Legitimation sein. Für diejenigen, die hier in Arbeit stehen, hat der Arbeitgeber eine Legitimation auszustellen; für diejenigen, die hier wohnen und außerhalb Charlottenburgs arbeiten oder zurzeit arbeitslos sind, das zuständige Polizeirevier. Formulare hierzu sind auf den Polizeireviere vorrätig, auch werden dieselben in der Gerichtsschreiberei des Gewerbegerichts, Rathaus, Zimmer 32, unentgeltlich verabfolgt.

Die Wahlen vollziehen sich in acht Wahlbezirken:

Der erste Wahlbezirk umfaßt die Stadtbezirke Westend, Spandauer Berg, Schloßgarten 4, 5, 6, 8 und 9. — Wahllokal: Restaurant Erling, Am Bahnhof Westend 2. Kandidaten: 1. Eduard Hoffmann, Maler. 2. Paul Lindenberg, Kunst- und Landeskundige.

Der zweite Wahlbezirk umfaßt die Stadtbezirke Schloßgarten 1, 2, 3 und 7, Innere Stadt 8. — Wahllokal: Restaurant Winter, Schloßstraße 45. — Kandidaten: 1. Wilhelm Rosenkrantz, Kassenbote. 2. Heinrich Wolke, Fuhrer.

Der dritte Wahlbezirk (Abstimmungsbezirk A) umfaßt die Stadtbezirke Kolonnenweg, Am Rennendamm, Königsdamm. — Wahllokal: Turnhalle der S.M. Gemeindefchule Kaiserin-Augusta-Allee 4a. —

Der dritte Wahlbezirk (Abstimmungsbezirk B) umfaßt den Stadtbezirk Karlshof. — Wahllokal: Restaurant Dian, Reußstraße 6.

Der dritte Wahlbezirk (Abstimmungsbezirk C) umfaßt den Stadtbezirk Hallesche. — Wahllokal: Restaurant Schöne, Salzstraße 1a.

Der dritte Wahlbezirk (Abstimmungsbezirk D) umfaßt die Stadtbezirke Köpenick 3 u. 4. — Wahllokal: Logen-Restaurant, Berliner Straße 61, Umgebung Reichshofstraße.

Kandidaten: 1. Albert Dillan, Gärtler. 2. Paul Gy, Schlosser. 3. Franz Knobel, Zimmerer. 4. Emil Lehmann, Maurer.

Der vierte Wahlbezirk umfaßt die Stadtbezirke Köpenick 1, 2, 3, Innere Stadt 12 u. 13. — Wahllokal: Restaurant „Zum Landmann“, Leonhardstraße 22. — Kandidaten: 1. Johann David, Maler. 2. Paul Bräuer, Lagerarbeiter.

Der fünfte Wahlbezirk umfaßt die Stadtbezirke Alhove 1 u. 2, Innere Stadt 2, 3, 4 u. 5, Schloßgarten 7. — Wahllokal: Restaurant Schweizer, Berliner Str. 139. — Kandidaten: 1. Wilhelm Termeisel, Kellner. 2. Rudolf Müller, Tischler. 3. Wilhelm Steiner, Zimmerer.

Der sechste Wahlbezirk umfaßt die Stadtbezirke Innere Stadt 1, 6, 7, 8, 9, 10 und 11. — Wahllokal: Restaurant Reimer, Wilmersdorfer Straße 21. — Kandidaten: 1. Karl Gräber, Bauhilfsarbeiter. 2. August Kufeld, Altpfarrarbeiter.

Der siebente Wahlbezirk umfaßt die Stadtbezirke Köpenick 1-3, Schloßgarten 3-5, Am Rennendamm 3-5. — Wahllokal: Restaurant „Leibnizstraße“, Leibnizstraße 21. — Kandidaten: 1. August Hammet, Tischler. 2. Rudolf Gaudel, Bauhilfsarbeiter.

Der achte Wahlbezirk umfaßt die Stadtbezirke Ostkiebitz 1-8, Schloßgarten 1 und 2, Am Rennendamm 1 und 2. Wahllokal: Restaurant Herdes, Rigaer Straße 28, Ede Wärdinger Straße. Kandidat: Franz Gurok, Schneider.

Wähler, Parteigenossen! Agitiert mit ganzer Kraft für die Wahl unserer Kandidaten und bringt eine der Gewerkschafts- und Partei-

Bewegung achtunggebende Stimmzahl auf. Darum frisch ans Werk!

Alle Anfragen, Bestellungen usw. sind zu richten an das Wahlbureau, Rosenstr. 3 (Stehbierhalle). Die Bekanntgabe des Wahlergebnisses erfolgt im „Vorwärts“.

Charlottenburger Gewerkschaftskommission.
J. A.: Otto Flemming, Postfach 13.

Steglitz.

Eine außerordentliche Sitzung der Gemeindevertretung sollte am Montagabend die zum zweitenmal vollzogene Erziehungswahl der zweiten Klasse für gültig erklären. Aber seitdem durch einige Todesfälle und der Trennung des Hausbesitzervereins und des Kommunalvereins die frühere „kompakte Mehrheit“ flöten ging, ist das „Regieren“ für unseren Gemeindevorsteher schwieriger geworden. Die früher in der Minorität befindliche Opposition ist zur Majorität geworden und diese ist jetzt in der Lage, ihre oft recht kräftige Kritik durch Beschlüsse zu unterstützen. Diesen für den Erziehungswahl gewiß unerwünschten Zustand suchte er so schnell wie möglich eben durch die Erziehungswahl zu beseitigen. Sobald die beiden Erwählten des Hausbesitzervereins in die Gemeindevertretung eintreten, ist die Mehrheit wieder für alle Fälle sicher. Deshalb die verdächtige Eile und die Mißachtung des Beschlusses der Gemeindevertretung, die Erziehungswahl erst im März zusammen mit den Hauptwahlen vorzunehmen zu lassen. Vielleicht erschien Herrn Ruhrow auch die Wahl nach den alten Wählerlisten zu verlässlicher als eine solche nach den neuen, die gerade jetzt zur Einföhrung ausliegen. Jedoch wie so oft, heißt es auch hier: „Blinder Eifer schadet nur!“ Nachdem verschiedene Gemeindevorordnete dem Gemeindevorsteher, dem eine Resolution des Hausbesitzervereins und einer Wählerversammlung von rund 100 Mann mehr gilt als ein Beschluß der Gemeindevertretung, gehörig den Kopf gewaschen hatten, wurden die Wahlen abermals mit 14 gegen 13 Stimmen für ungültig erklärt, weil Herr Ruhrow in seiner wilden Hast die Bestimmungen der Landgemeindeordnung nicht beachtet hatte. Vielleicht überlegt er sich nun einmal in Ruhe, ob es wirklich nötig war, extra eine außerordentliche Sitzung einzuberufen, um sich eine solche Abfuhr zu holen. Wir sind der Meinung, daß er das in der nächsten ordentlichen ebenjogut haben konnte.

Mariefelde.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Montag kurz vor Feierabend in der Messingfabrik von Richard Schulz u. Co. Die Arbeiter Emil Stahn von hier und Wilhelm Thiemens aus Niederdorf waren damit beschäftigt, Messingplatten auf einen Wagen zu laden, als plötzlich ein Stapel Platten im Gewicht von 20 Zentnern umstürzte und den Arbeiter Thiemens unter sich begrub. Mit anscheinend gebrochenen Beinen wurde der Bedauernswerte sofort von seinen Arbeitskollegen befreit und nach dem Krankenhaus gefahren.

Lichtenberg-Rummelsburg.

Am Donnerstag, den 20. d. Mts., pünktlich 9 Uhr abends, nimmt der Kursus der Arbeiter-Bildungsschule im Lokale der Gebr. Renold, Frankfurter Chaussee 5/6, seinen Fortgang. Genosse Regenstein spricht über: „Die Geschichte der Reichsgewerkschaft und der Sozialpolitik.“ Wir erlauben die Genossen und Genossinnen sich zahlreich an diesem Kursus zu beteiligen. Das Unterrichtsgeld wird vom Wahlverein gezahlt.

Köpenick.

In der ersten diesjährigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am kommenden Freitag weist die Tagesordnung außer der Konstituierung der Versammlung auch die Beratung des Etats auf. Da bekanntlich die städtischen Arbeiter auch diesmal Anträge auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gestellt haben, diese aber, wie bekannt geworden, von den einzelnen Kommissionen nicht berücksichtigt worden sind, wird sich Gelegenheit bieten, bei Beratung des Etats darauf zurückzukommen. Auch die Wahl eines Mitgliedes des Kuratoriums der Realschule steht wieder auf der Tagesordnung. Wie bekannt ist, ist auch diesmal der Genosse Herbs nicht bestätigt worden. Die Wertzuwachssteuer bedarf ebenfalls noch einer Beratung, da der Bezirksausschuss diese nicht genehmigt hat.

Weißensee.

Der Schöffe Rothmann, der durch Beschluß der Gemeindevertretung seines Amtes enthoben werden sollte, wenn er die zu Unrecht erhaltene Provision nicht herausgibt, befindet sich immer noch im Amte. Trotzdem Herr R. seiner wegen Krankheit von seinen Dienstgeschäften entbunden ist, geht er im Rathaus ein und aus, nur daß er die Sitzungen nicht besucht, wo er zu Rede und Antwort gezwungen werden könnte. „Die Sache liegt beim Landrat“, so heißt es, wenn danach gefragt wird. Noch nicht einmal eine Untersuchung der ganzen Angelegenheit soll stattgefunden haben. So werden fast einstimmig gefasste Beschlüsse einer Gemeindevertretung von der Aufsichtsinanz beachtet. Man ist allgemein der Ansicht, daß diese so viel Staub aufwirbelnde Provisionsgeschichte begraben werden soll, da ja doch sonst Herr Rothmann ein getreuer Knappe für König und Vaterland ist und seine erst kürzlich neu gekaufte Brandintendanten-Uniform, die einzige im Kreise Niederbarnim, auch nicht mehr seinen Zweck erfüllen könnte.

Nieder-Schönhausen.

Zu der Feuerwerkexplosion, über die wir in unserer gestrigen Nummer bereits kurz berichteten, wird noch gemeldet: In der Abteilung für Salonsfeuerwerk der Firma Wod waren etwa zehn Personen beschäftigt, als einer der Arbeiter einen Knallforten fallen ließ. Derselbe explodierte und die Funken sprangen in einen Korb über, in dem eine Menge detartiger Feuerwerkkörper lagen. Im nächsten Augenblick ertönte ein furchtbarer Knall und der Raum geriet in Brand. Etwa 40 000 Knallforten waren explodiert und durch den starken Luftdruck das Laboratorium völlig zerstört. Sämtliche Fensterscheiben des Hauses sprangen, die Türen wurden aus den Angeln gerissen und das Arbeitsgerät zertrümmert. Am schwersten verletzt wurden der Arbeiter Nidel und die Arbeiterin Maria Schaplewsch, welche Brandwunden im Gesicht und an den Händen davontrugen. Vier weitere Mädchen erlitten Schnittwunden durch umherfliegende Glassplitter. Die sofort alarmierte freiwillige Feuerwehr löschte den Brand nach etwa einstündiger Tätigkeit. Die Verletzten wurden nach Anlegung von Rotverbänden nach ihren Wohnungen geschafft, dürften jedoch schon in einigen Tagen wieder arbeitsfähig sein.

Tegel.

In der Gemeindevorsteherwahl vom 17. Januar teilte der Gemeindevorsteher zunächst mit, daß die Verurteilung gegen das Urteil des Kammergerichts am 12. Januar d. J. vom Reichsgericht abgewiesen, weil der Wert des Streitobjekts unter 2000 M. anzusehen sei. Nach einem alten Plan der königlichen Regierung von 1763 sowie des Landrats von Tegel vom Jahre 1828 sei am Seucker ein öffentlicher Weg, der einen Teil der Straße von Spandau nach Dalldorf bildete. Weber die Einwohner nach Schloß Tegel haben Wasserrechte. Es bleibt nun noch die Kostenersatzungsfrage, die sich hoffentlich auf friedlichem Wege austragen läßt. 2. Ist die Anlage der Frau Fischer, Schloßstraße, auf Zahlung von 4723 M. für abgetretenes Strahlenland abgewiesen, da sie sich beim Bau ihres Hauses mit der Abtretung einverstanden erklärt habe. 3. Der Gemeindevorsteher hat ein Dankschreiben für die bewilligten 30 000 M. zum Kirchenbau gefandt. Die Summe soll später, wenn eine entsprechende Anleihe bewilligt ist, gezahlt werden. — Der Antrag eines Berliner Unternehmers, einen Gemeindepark zur Errichtung eines Wochenmarktes gegen 2-3000 M. Pacht herzugeben, wurde nach dem Vorschlage des

Gemeindevorstandes abgelehnt, weil für die Stabilisierung eines zweiten Wochenmarktes kein Bedürfnis vorliegt. Der bescheidene ist nur zum dritten Teile ausgenutzt. — Der 3. Punkt der Tagesordnung: Bewilligung von 264 700 M. Mehrkosten zur Errichtung des Verbandskrankenhauses in Reinickendorf, wurde vorläufig vertagt, weil der Kommerzienrat v. Borjig, der beabsichtigte, sich dazu zu äußern, noch nicht anwesend war. (Ob diese rührende Rücksichtnahme auch einem Vertreter der dritten Abteilung gegenüber geübt würde? Wir glauben es nicht!) Die Entscheidung des Kreis-ausschusses über die Wahl des Genossen Krenschke war der 4. Punkt. Der Gemeindevorsteher trat sehr entschieden gegen die Weiterverfolgung der Klage der Gemeinde ein. Die Gemeinde sei nicht dazu da, für ein „Parteiemandat“ zu kämpfen und die Kosten drauf-zulegen. Unsere Genossen legten das Unhaltbare der Gründe des Kreis-ausschusses dar, wiesen auf die Tendenzen der preussischen Verwaltungsinstanzen hin und betonten, daß es doch selbstverständlich sei, daß eine Gemeindevertretung, die eine Wahl für gültig erklärt habe, sich nicht mit dem Urteil des Kreis-ausschusses begnügen könne. Dem Bürgermeister wurde vorgehalten, daß er hier den Parteipunkt hervorhebe und nicht bedenke, daß er die ganze Klage dem Reichsverband zu verhandeln habe. Es fanden sich 5 Gemeindevertreter gegen 7, die für die Weiterverfolgung des Streitverfahrens stimmten, wobei man berücksichtigen muß, daß die Herren auch nicht unabhängig sind und die „Schwarzen Hundert“ auch in Regel ihr Unwesen treiben, wie sich das in

verschiedenen Prozessen schon gezeigt hat. — Bei der Auslosung eines der im Jahre 1908 gewählten Bevordneten wurde Maurermeister Baltint als zum 1. April ausscheidend bestimmt. — Rummel trat man in die Beratung des 3. Punktes, trotzdem der Herr Kommerzienrat noch nicht erschienen war. Das Verbands-Krankenhaus erfordert einen Kostenaufwand von 1 900 000 M., das sind 264 700 M. mehr, als ursprünglich veranschlagt war. Es soll vorläufig 203 Betten umfassen und später auf 400 erweitert werden. Aus diesem Grunde sind alle zentralen Anlagen, wie Heizungs-, Lüftungs-, Wasser- und Entwässerungsanlagen, die Räume für Apotheke, Operationsabteilung, Wachehaus, Laboratorium, Küche, Waschhaus so bemessen, daß sie für die Erweiterung ausreichend sind. Das Leichenhaus ist so groß projektiert, daß später ein Gemeinde-Untersuchungsamt angeschlossen werden kann. Eine eigene Licht- und Kraftanlage soll auch die Lieferung des Gleichstroms für die Krankenbehandlung bringen. Für die Ableitung der Regenwässer sind allein 22 000 M. veranschlagt. Bei einer Bevölkerung von 65—70 000 Einwohnern in einem Bezirk mit vielen industriellen Betrieben, die sich sehr wahrscheinlich an der Kreisbahn noch vermehren werden, ist ein Krankenhaus mit allen neuzeitlichen wissenschaftlich-technischen Einrichtungen eine Notwendigkeit. Es wurde daher die Bewilligung ausgesprochen in der Erwartung, daß auch der Kreisrat sich zu einer entsprechenden Zusage bereit findet. Zum Schluß kam es noch zu einem kleinen Renkontre ohne allgemeines Interesse.

Liebeswalde.

Es geht rüstig vorwärts. Auch in den dunkelsten Ecken des Kreises Nieder-Barnim. Nach fast anderthalb Jahrzehnten war es wieder möglich, hier am Orte eine öffentliche Versammlung abzuhalten. Das Wüten der Reaktion, die Reichsfinanzreform und die wirtschaftliche Krise haben auch den hiesigen Arbeitern und dem Mittelstand gezeigt, wohin es führt, wenn sich das Volk von den Agenten des Reichsverbandes für die reaktionären Parteien, besonders die Konserverativen, einsperren läßt. Daß die Erkenntnis vom wahren Wesen des Gottentötens und neuerdings des Schnaps-Mocks allmählich auch den Unerfahrensten dämmert, bewies der reiche Beifall, den der Genosse Bühlert wiederholt während des Referats und nach Schluß desselben erntete. Die allgemeine Zustimmung und das rege Interesse, die der Vortragende fand, lassen die Zukunft erhoffen. Jubelnde Zustimmung fand der Wunsch des Versammlungsleiters, daß es hoffentlich recht bald wieder möglich sein werde, eine öffentliche Versammlung einzuberufen. Etwa 30 von den circa 170 Versammlungsbefugten vereinigten sich nach Schluß der Versammlung mit den Einberufern und dem Redner, um zur Gründung einer Organisation Stellung zu nehmen.

Schutz gegen Influenza

Häufig wird eine Erkältung unbeachtet gelassen und die Influenzabazillen finden einen vorzüglichen Nährstoff in dem kranken Blut des erkälteten Körpers. $\frac{1}{2}$ Glas

Santa Lucia Kraft-Rotwein a Flasche 1.50 u. 2.00

vor jeder Mahlzeit genossen, gibt kräftig Wärmegefühl und wirkt äußerst anregend. Wer eine leichte Erkältung spürt, trinke vor dem Schlafengehen 1 Glas erwärmten Santa Lucia Kraft-Rotwein. Käuflich in allen Apotheken, Drogen- und Delikatessgeschäften.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, den 19. Januar, Anfang 7 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Königl. Opernhaus. Singspiel.
Königl. Schauspielhaus. Der deutsche König.
Neues königl. Opernhaus. Geöffnet.
Deutsches. Der gute König. Dagegen. (Anfang 7 Uhr.)
Kammerspiele. Frühlings Erwachen. (Anfang 8 Uhr.)
Berliner. Macbeth.
Neues Schauspielhaus. M. Heidelberg.
 Anfang 8 Uhr.
Römische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Seddel. Der Skandal. (Anf. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.)
Vieues. Don Juans letztes Abenteuer.
Wesien. Die geschiedene Frau.
Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.
Trianon. Buriband Esel.
Mietnes. Der große Kamm.
Reichens. Im Taubenschlag.
Thalia. Die Dollarprinzessin.
Leipzig. Das Konzert.
Schiller O. (Wagner-Theater.) Der Meiseldauer.
Schiller. Charlottenburg. Geschäft ist Geschäft.
Friedrich. Wilhelmstäd. Im bunten Rock.
Volkoper. Der Trompeter von Säckingen.
Luisen. Die Nibelungen.
Wesien. Faust.
Kammerspiele. Der dunkle Punkt.
Metropol. Das große Schauspiel.
Schiller O. (Wagner-Theater.) Der Meiseldauer.
Schiller. Charlottenburg. Geschäft ist Geschäft.
Friedrich. Wilhelmstäd. Im bunten Rock.
Volkoper. Der Trompeter von Säckingen.
Luisen. Die Nibelungen.
Wesien. Faust.
Kammerspiele. Der dunkle Punkt.
Metropol. Das große Schauspiel.

Urania.
 Wissenschaftliches Theater.
 Nachmittags 4 Uhr:
Rom und die Campagna.
 Abends 8 Uhr:
Im Firnenglanz des Ober-Engadin.
 Horsaal 8 Uhr:
 Konstr.-Ing. A. Kober: Die Stahlwerkindustrie.
Lustspielhaus.
 Abends 8 Uhr:
Der dunkle Punkt.
 Neues Operetten-Theater.
 Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
 Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
 Operette in 3 Akten v. Franz Lehár.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
 Mittwoch, 19. Januar, Anfang 8 Uhr:
Im bunten Rock.
 Donnerstag: Die Großstadtluft.
 Freitag: Im bunten Rock.
 Sonnabend 8. erstmalig: Dasall Sonntag: Dasall.

Schiller-Theater.
 Schiller-Theater O. (Wagner-Theat.)
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Meiseldauer.
 Volkstheater in 3 Akten von Ludwig Angenieder.
 Ende 10 $\frac{1}{2}$ Uhr.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Der Meiseldauer.
 Schiller-Theater (Charlottenburg).
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
 Zum 1. Male: Geschäft ist Geschäft.
 Schauspiel in 3 Akten von Octave Mirbeau. Deutsch v. Max Schönm.
 Ende 10 $\frac{1}{2}$ Uhr.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Geschäft ist Geschäft.
 Freitag, abends 8 Uhr:
Viel Lärmen um nichts.

Brauerei Friedrichshain am Königstor.
 Größte Schenkwürdigkeit Berlins.
 Heute Mittwoch:
Elletag.
Bockjubiläum und Trubel.
 Auf der Alm. Ju-hu
Schorsch Ehrengruber
 mit seiner Truppe (60 Mitwirkende) aus München.
 Wirklich der lehrbare Zerstörer „Seppeln IV“.
 Schönste Original-Delegation. Lieberwärtigen aus.
 Gemüht in den Alpen. Humoristisches Scherzspiel.
 Die Hiesigen-Kumme (6 Meter hoch).
 Gratüberquerung von 100 Berggegenständen.
 Jed. Bes. erh. ein Lob. Anf. 8 Uhr. Entree 20 Pf.
 Vorkassierinnen haben Gültigkeit.

Zirkus Schumann
 Mittwoch, 19. Januar 1910, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Brillante Vorstellung.
 Auftreten des Kommissionsrats **Gustav Stensbeck** als Gast mit 1 neuen hervorragenden Schülern.
Original-Bagonghi, der kleinste tsimische Reiter der Welt.
 Madm. Suzanne de Birville aus Paris mit ihren Freizeitschülern.
Sergeant Brennan, der vorzüglichste Diabolospieler.
de Marlow, der Froschmensch unerreicht in seinen Produktionen.
 Um 9 $\frac{1}{2}$ Uhr ca. Ende 11 Uhr
Die drei Rivalen
 Große Fecris in 5 Akten.

Zirkus Busch.
 Heute Mittwoch, den 19. Januar, abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr. pritz:
Gr. Gala-Vorstellung.
 Neu! Neu! Neu!
? Curtis Sisters ?
 Auftreten von Theresia Filia, Scholroitoria auf Messali-Asby von Messali a. d. Ouverture.
Die Morandiani.
 Reitorfamilia Proserpi.
 Herr E. Schumann, Neudross.
 9 Uhr ca. Ende 11 Uhr
 Die neue russische Pantomime **Marja.**
 Vorher das große Galaprogramm.

Residenz-Theater
 Direktion: Richard Alexander.
 Abends 8 Uhr:
Im Taubenschlag.
 Morgen und folgende Tage:
 Dieselbe Vorstellung.
 Sonntag, den 20. Januar, nachm. 3 Uhr: Eine Hochzeitnacht.
Volks-Oper.
 SW., Belle-Alliance-Strasse Nr. 7/8.
 Abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Der Trompeter von Säckingen.
Luisen-Theater.
 Premiere!
Die Nibelungen.
 Ein deutsches Trauerspiel v. F. Schödel.
 Der gebürnte Siegfried und Siegfrieds Tod.
 Donnerstag: Die Reise um die Erde in 80 Tagen.
 Freitag: Solos Vater.
 Sonnabend nachm. 4 Uhr: Schneewittchen und Rosenrot. 8 Uhr: Die Reise um die Erde in 80 Tagen.

Arnold Scholz
Neue Welt Hasenheide 108/114
 Täglich:
Großes Bockbier-Fest
 in den bayerischen Alpen.
 Donnerstag, den 20. Januar 1910: Voranzeige!
 Prämierung der größten Pelztaschenmuffe.
 und modernen
Metropol-Theater
 Hallo!!!
 Die große Revue!
 In 8 Bildern von Jul. Freund.
 Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schulte.
 Anfang 8 Uhr. Raucher gestattet.

W. Noacks Theater
 Brunnenstr. 16, am Rosenfaler Tor.
 Abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Lumpacivagabundus.
 Morgen:
Ehrliche Arbeit.
Passage-Panoptikum.
Senegal in Berlin!
50 wilde Weiber
 Männer, Kinder.
Drei Negerdörfer
 Ohne Extra-Entree!
Casino-Theater
 Lohringer Straße 37. Täglich 8 Uhr:
 Sensationeller Kocherfolg!
Der Obergauer.
 Lustspiel in drei Akten von M. H. H. Kocher. Das erste kaffige bunte Programm. Sonntag, nachm. 4 Uhr: Trubdichs Sommerreise.
Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/48.
 Donnerstag, den 20. Januar 1910:
 Zum erstenmal wiederholt:
Die Grille.
 Ländliches Charakterbild in 5 Aufzügen von G. G. G. G. G.

Olga Desmond,
 die Berühmtheit der „Schönheits-Abende“
 sowie die von Publikum und Presse glänzend beurteilten **Januar-Attraktionen!**
Passage-Theater.
 Abends 8 Uhr.
Macara Rossi
Schneider Duncker
Mlle. Farfalla
 und das sensationelle **Januar-Programm.**
Palast-Theater.
 Direktion: Robert Dill & Karl Pirau.
 Burgstraße 24, am Vohlsdorf Ufer.
 Das vollständig neue Programm.
Ein unvorsichtiger Heilkünstler.
Kapit. Frenhs dress.
Seelöwen.
14 erstklassige Attraktionen.
 Anfang: Sonntag 7 Uhr. Montag 8 Uhr.
 Entree 50 Pf. bis 2 M.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
 Der Nachtwächter von Jersischle.
 Studentenhild v. F. Meyssal
 Anfang: Sonntag 7 Uhr.
Buddenhagen
 am Maritzplatz
 8 Uhr.
 Im oberen Saal:
Die glänzenden Spezialitäten.
 Heute ringen präzis 9 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Barkowski Laube
 Berlin Bromberg
Hein Ferigo
 Berlin Wolland
Tuistowo Grüneisen Berlin
 Finnland v. Sportklub Heros.
 Entscheidungskampf:
Altmann Stolzenwald
 Berlin Effen
 Im unteren Saal:
Alt-Germanisches Bockbier-Kellerfest
 mit Doppel-Konzert.

DRYPHEUM
 SO BRÜCKENSTR. 2
 an der Jannowitzbrücke.
Deutschlands grösste und vornehmste Lichtbühne
 650 Sitzplätze
 Feinbühne Ausstattung
 Beginn:
Wochentags 4 Uhr.
Sonntags 8 ..
 Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Rose-Theater
 Große Frankfurter Str. 139.
 Anf. 8 Uhr. Ende 11 $\frac{1}{2}$ U.
Faust.
 Tragödie von Goethe. I. Teil.
 Donnerstag: Der Bispapa.
 Freitag: Faust.
 Sonnabend nachm. 4 Uhr: Torn-röschen. Abends: Die Grille.
Gastspiel-Theater.
 Köpenicker Straße 67/68.
 Täglich 8 $\frac{1}{2}$ Uhr abends:
Lady Florence
Der Polizeihund.
 Kriminalroman.
Königstadt-Kasino.
 Poligmarstraße 72.
 Täglich: Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
 Franz Schönm., Edo Wollschläg, Ulla Goly, Viktor Ritter, Willy ni. Dörfer, Luol, Rik. Bolton, Rind, Neumann, Orens und Scheffels. Stramer-Isis um.
Familie Knoppe
 Volksstück in 3 Akten v. D. Richter.
 Anf. 8 Uhr. Sonntag 6 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Herrnfeld Theater
 Kommandantenstr. 57. T. N. 4. 5083.
Durchschlagendster Erfolg!
„So muß man's machen“
 Burleske mit Gesang in 2 Akten. Rast von 2. Akt. mit den Autoren Anton und Oskar Herrnfeld in den Hauptrollen. Hierzu:
Ein Rettungsmittel
 Komödie v. J. Guna.
 Anfang 8 Uhr.
 Vorverkauf 11 bis 2 Uhr.
Folies Caprice.
 Sicher ist sicher.
 Sunter Teil.
Der Mann meiner Frau.
 Anf. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr. Vorverkauf 11—2.

WINTERGARTEN
Olga Desmond,
 die Berühmtheit der „Schönheits-Abende“
 sowie die von Publikum und Presse glänzend beurteilten **Januar-Attraktionen!**
Passage-Theater.
 Abends 8 Uhr.
Macara Rossi
Schneider Duncker
Mlle. Farfalla
 und das sensationelle **Januar-Programm.**
Palast-Theater.
 Direktion: Robert Dill & Karl Pirau.
 Burgstraße 24, am Vohlsdorf Ufer.
 Das vollständig neue Programm.
Ein unvorsichtiger Heilkünstler.
Kapit. Frenhs dress.
Seelöwen.
14 erstklassige Attraktionen.
 Anfang: Sonntag 7 Uhr. Montag 8 Uhr.
 Entree 50 Pf. bis 2 M.

Passage-Panoptikum.
Senegal in Berlin!
50 wilde Weiber
 Männer, Kinder.
Drei Negerdörfer
 Ohne Extra-Entree!
Casino-Theater
 Lohringer Straße 37. Täglich 8 Uhr:
 Sensationeller Kocherfolg!
Der Obergauer.
 Lustspiel in drei Akten von M. H. H. Kocher. Das erste kaffige bunte Programm. Sonntag, nachm. 4 Uhr: Trubdichs Sommerreise.
Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/48.
 Donnerstag, den 20. Januar 1910:
 Zum erstenmal wiederholt:
Die Grille.
 Ländliches Charakterbild in 5 Aufzügen von G. G. G. G. G.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
 Der Nachtwächter von Jersischle.
 Studentenhild v. F. Meyssal
 Anfang: Sonntag 7 Uhr.
Buddenhagen
 am Maritzplatz
 8 Uhr.
 Im oberen Saal:
Die glänzenden Spezialitäten.
 Heute ringen präzis 9 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Barkowski Laube
 Berlin Bromberg
Hein Ferigo
 Berlin Wolland
Tuistowo Grüneisen Berlin
 Finnland v. Sportklub Heros.
 Entscheidungskampf:
Altmann Stolzenwald
 Berlin Effen
 Im unteren Saal:
Alt-Germanisches Bockbier-Kellerfest
 mit Doppel-Konzert.

DRYPHEUM
 SO BRÜCKENSTR. 2
 an der Jannowitzbrücke.
Deutschlands grösste und vornehmste Lichtbühne
 650 Sitzplätze
 Feinbühne Ausstattung
 Beginn:
Wochentags 4 Uhr.
Sonntags 8 ..
 Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Berliner Theater.
 Heute 7 $\frac{1}{2}$ Uhr zum erstenmal: **Macbeth.**
 Morgen: **Macbeth.**
Neues Theater.
 Abends 8 Uhr:
Don Juans letztes Abenteuer.
 Morgen und folgende Tage:
Don Juans letztes Abenteuer.
Theater des Westens.
 Abends 8 Uhr:
 Die geschiedene Frau.
 Sonnt. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr: Der fidele Bauer.

Herrnfeld Theater
 Kommandantenstr. 57. T. N. 4. 5083.
Durchschlagendster Erfolg!
„So muß man's machen“
 Burleske mit Gesang in 2 Akten. Rast von 2. Akt. mit den Autoren Anton und Oskar Herrnfeld in den Hauptrollen. Hierzu:
Ein Rettungsmittel
 Komödie v. J. Guna.
 Anfang 8 Uhr.
 Vorverkauf 11 bis 2 Uhr.
Folies Caprice.
 Sicher ist sicher.
 Sunter Teil.
Der Mann meiner Frau.
 Anf. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr. Vorverkauf 11—2.

Passage-Panoptikum.
Senegal in Berlin!
50 wilde Weiber
 Männer, Kinder.
Drei Negerdörfer
 Ohne Extra-Entree!
Casino-Theater
 Lohringer Straße 37. Täglich 8 Uhr:
 Sensationeller Kocherfolg!
Der Obergauer.
 Lustspiel in drei Akten von M. H. H. Kocher. Das erste kaffige bunte Programm. Sonntag, nachm. 4 Uhr: Trubdichs Sommerreise.
Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/48.
 Donnerstag, den 20. Januar 1910:
 Zum erstenmal wiederholt:
Die Grille.
 Ländliches Charakterbild in 5 Aufzügen von G. G. G. G. G.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
 Der Nachtwächter von Jersischle.
 Studentenhild v. F. Meyssal
 Anfang: Sonntag 7 Uhr.
Buddenhagen
 am Maritzplatz
 8 Uhr.
 Im oberen Saal:
Die glänzenden Spezialitäten.
 Heute ringen präzis 9 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Barkowski Laube
 Berlin Bromberg
Hein Ferigo
 Berlin Wolland
Tuistowo Grüneisen Berlin
 Finnland v. Sportklub Heros.
 Entscheidungskampf:
Altmann Stolzenwald
 Berlin Effen
 Im unteren Saal:
Alt-Germanisches Bockbier-Kellerfest
 mit Doppel-Konzert.

DRYPHEUM
 SO BRÜCKENSTR. 2
 an der Jannowitzbrücke.
Deutschlands grösste und vornehmste Lichtbühne
 650 Sitzplätze
 Feinbühne Ausstattung
 Beginn:
Wochentags 4 Uhr.
Sonntags 8 ..
 Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

DRYPHEUM
 SO BRÜCKENSTR. 2
 an der Jannowitzbrücke.
Deutschlands grösste und vornehmste Lichtbühne
 650 Sitzplätze
 Feinbühne Ausstattung
 Beginn:
Wochentags 4 Uhr.
Sonntags 8 ..
 Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Wahalla
 Variete-Theater
 Weinbergweg 19-20, Rosenm. Tor.
 Anf. 8 Uhr. Das neue Programm
Severus Schaeffer
 der berühmteste Artist der Welt, und die übrigen Spezialitäten.
Tunnel: Seebiererei, Regimentskapelle, Schumannsch. Theaterbesuchern feierl. Ent-lit

Herrnfeld Theater
 Kommandantenstr. 57. T. N. 4. 5083.
Durchschlagendster Erfolg!
„So muß man's machen“
 Burleske mit Gesang in 2 Akten. Rast von 2. Akt. mit den Autoren Anton und Oskar Herrnfeld in den Hauptrollen. Hierzu:
Ein Rettungsmittel
 Komödie v. J. Guna.
 Anfang 8 Uhr.
 Vorverkauf 11 bis 2 Uhr.
Folies Caprice.
 Sicher ist sicher.
 Sunter Teil.
Der Mann meiner Frau.
 Anf. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr. Vorverkauf 11—2.

Passage-Panoptikum.
Senegal in Berlin!
50 wilde Weiber
 Männer, Kinder.
Drei Negerdörfer
 Ohne Extra-Entree!
Casino-Theater
 Lohringer Straße 37. Täglich 8 Uhr:
 Sensationeller Kocherfolg!
Der Obergauer.
 Lustspiel in drei Akten von M. H. H. Kocher. Das erste kaffige bunte Programm. Sonntag, nachm. 4 Uhr: Trubdichs Sommerreise.
Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/48.
 Donnerstag, den 20. Januar 1910:
 Zum erstenmal wiederholt:
Die Grille.
 Ländliches Charakterbild in 5 Aufzügen von G. G. G. G. G.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
 Der Nachtwächter von Jersischle.
 Studentenhild v. F. Meyssal
 Anfang: Sonntag 7 Uhr.
Buddenhagen
 am Maritzplatz
 8 Uhr.
 Im oberen Saal:
Die glänzenden Spezialitäten.
 Heute ringen präzis 9 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Barkowski Laube
 Berlin Bromberg
Hein Ferigo
 Berlin Wolland
Tuistowo Grüneisen Berlin
 Finnland v. Sportklub Heros.
 Entscheidungskampf:
Altmann Stolzenwald
 Berlin Effen
 Im unteren Saal:
Alt-Germanisches Bockbier-Kellerfest
 mit Doppel-Konzert.

DRYPHEUM
 SO BRÜCKENSTR. 2
 an der Jannowitzbrücke.
Deutschlands grösste und vornehmste Lichtbühne
 650 Sitzplätze
 Feinbühne Ausstattung
 Beginn:
Wochentags 4 Uhr.
Sonntags 8 ..
 Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

DRYPHEUM
 SO BRÜCKENSTR. 2
 an der Jannowitzbrücke.
Deutschlands grösste und vornehmste Lichtbühne
 650 Sitzplätze
 Feinbühne Ausstattung
 Beginn:
Wochentags 4 Uhr.
Sonntags 8 ..
 Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Wahalla
 Variete-Theater
 Weinbergweg 19-20, Rosenm. Tor.
 Anf. 8 Uhr. Das neue Programm
Severus Schaeffer
 der berühmteste Artist der Welt, und die übrigen Spezialitäten.
Tunnel: Seebiererei, Regimentskapelle, Schumannsch. Theaterbesuchern feierl. Ent-lit

Herrnfeld Theater
 Kommandantenstr. 57. T. N. 4. 5083.
Durchschlagendster Erfolg!
„So muß man's machen“
 Burleske mit Gesang in 2 Akten. Rast von 2. Akt. mit den Autoren Anton und Oskar Herrnfeld in den Hauptrollen. Hierzu:
Ein Rettungsmittel
 Komödie v. J. Guna.
 Anfang 8 Uhr.
 Vorverkauf 11 bis 2 Uhr.
Folies Caprice.
 Sicher ist sicher.
 Sunter Teil.
Der Mann meiner Frau.
 Anf. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr. Vorverkauf 11—2.

Passage-Panoptikum.
Senegal in Berlin!
50 wilde Weiber
 Männer, Kinder.
Drei Negerdörfer
 Ohne Extra-Entree!
Casino-Theater
 Lohringer Straße 37. Täglich 8 Uhr:
 Sensationeller Kocherfolg!
Der Obergauer.
 Lustspiel in drei Akten von M. H. H. Kocher. Das erste kaffige bunte Programm. Sonntag, nachm. 4 Uhr: Trubdichs Sommerreise.
Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/48.
 Donnerstag, den 20. Januar 1910:
 Zum erstenmal wiederholt:
Die Grille.
 Ländliches Charakterbild in 5 Aufzügen von G. G. G. G. G.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
 Der Nachtwächter von Jersischle.
 Studentenhild v. F. Meyssal
 Anfang: Sonntag 7 Uhr.
Buddenhagen
 am Maritzplatz
 8 Uhr.
 Im oberen Saal:
Die glänzenden Spezialitäten.
 Heute ringen präzis 9 $\frac{1}{2}$ Uhr:
Barkowski Laube
 Berlin Bromberg
Hein Ferigo
 Berlin Wolland
Tuistowo Grüneisen Berlin
 Finnland v. Sportklub Heros.
 Entscheidungskampf:
Altmann Stolzenwald
 Berlin Effen
 Im unteren Saal:
Alt-Germanisches Bockbier-Kellerfest
 mit Doppel-Konzert.

DRYPHEUM
 SO BRÜCKENSTR. 2
 an der Jannowitzbrücke.
Deutschlands grösste und vornehmste Lichtbühne
 650 Sitzplätze
 Feinbühne Ausstattung
 Beginn:
Wochentags 4 Uhr.
Sonntags 8 ..
 Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

DRYPHEUM
 SO BRÜCKENSTR. 2
 an der Jannowitzbrücke.
Deutschlands grösste und vornehmste Lichtbühne
 650 Sitzplätze
 Feinbühne Ausstattung
 Beginn:
Wochentags 4 Uhr.
Sonntags 8 ..
 Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Die nächtliche Bluttat in der Gerichtstraße,

Ohnliche Ruhe, fast ländliche Einsamkeit herrschte gestern am frühen Morgen noch auf dem Reiereckhöft, welches hinter dem Grundstück Gerichtstraße 60 liegt.

Lange vor zehn Uhr hatten sich vor dem Grundstück in der Gerichtstraße zahlreiche Neugierige angefannt, die dicht gedrängt in den langen Hausflur hineinsahen, wo es — nichts zu sehen gab.

Die Zeit zu stillen Betrachtungen ist jedoch schnell vorbei, denn schon leucht der Gerichtsbienen, beladen mit den schweren Gerichtsakten heran und tut ordentlich verwundert, daß nicht auch hier derselbe Andrang von Neugierigen ist, wie in dem von ihm „verwalteten“ Bühnerraum des Roabiter Kriminalgerichts.

festgestellt war, begann die in diesem Falle wirklich „öffentliche“ Sitzung. Die umliegenden Dächer waren von Neugierigen dicht belagert. Selbst die Gänge der Nebengrundstücke sind von Frauen, die vom Hochtopf weggelaufen sind, belagert.

Rechtsanwalt Dr. Puppe stellte mehrere Beweisanträge, in denen unter anderem auf das Zeugnis des Landwirts Senz in Marienfelde Bezug genommen wird. Dieser soll unter anderem bekunden, daß Wulff, als er auf einer Tanzfestlichkeit gebänkelt wurde, plötzlich erbläute, am ganzen Leibe zitterte, wobei ihm dieser Schaum vor den Mund trat, und einen Bulanfall bekam.

Als Zeuge wurde hierauf der Schuhmann Clemens vernommen, der von dem Kollereibesitzer Aldride zuerst an den Tatort gerufen worden war. Der Zeuge bekundete, daß, als er den Hof betrat, der Angeklagte auf dem Schornstein des Stallgebäudes gesehen und offenbar den Mordtäterschritt habe markieren wollen.

Als Zeuge wurde hierauf der Schuhmann Clemens vernommen, der von dem Kollereibesitzer Aldride zuerst an den Tatort gerufen worden war. Der Zeuge bekundete, daß, als er den Hof betrat, der Angeklagte auf dem Schornstein des Stallgebäudes gesehen und offenbar den Mordtäterschritt habe markieren wollen.

stimmung handele. Als Wulff trotz seiner wiederholten Aufforderung nicht vom Dache herunterkam, habe er die Feuerwehr alarmiert. Der Zeuge schilderte sodann seine Wahrnehmungen bei Auffindung der Leiche und bei der Durchsuchung der Kammer des Angeklagten.

Der Zeuge Schuhmann Kretschmer hatte den Angeklagten nach der nahen Polizeiwache transportiert. Wulff blieb, wie der Zeuge bekundete, auf dem Rücken liegen und verdröhte die Augen. Um festzustellen, ob Wulff tatsächlich bestunungslos war, setzte der Zeuge ihn so auf eine Bank, daß er sich unbedingt hätte den Kopf stoßen müssen.

Der Kriminalschutzmann Blücher, welcher mit der Nordkommission am Tatort erschienen war, hatte dem Angeklagten eine auf dem Hofe gefundene alte Scheere vorgelegt und gefragt, ob er damit die Tat begangen habe.

Es wurden hierauf die vom Rechtsanwalt Dr. Puppe anläßlich des Lokaltersmin geladenen neuen Zeugen vernommen. Der zwanzigjährige Mechaniker Bietz, der in dem benachbarten Grundstück wohnt, bekundete, daß er am Morgen nach der Tat an der Mauer, welche das Grundstück Gerichtstraße 60 von dem Grundstück Panitzstraße 2 trennt, frische Spuren entdeckt habe.

Es wurden hierauf die vom Rechtsanwalt Dr. Puppe anläßlich des Lokaltersmin geladenen neuen Zeugen vernommen. Der zwanzigjährige Mechaniker Bietz, der in dem benachbarten Grundstück wohnt, bekundete, daß er am Morgen nach der Tat an der Mauer, welche das Grundstück Gerichtstraße 60 von dem Grundstück Panitzstraße 2 trennt, frische Spuren entdeckt habe.

Es wurden hierauf die vom Rechtsanwalt Dr. Puppe anläßlich des Lokaltersmin geladenen neuen Zeugen vernommen. Der zwanzigjährige Mechaniker Bietz, der in dem benachbarten Grundstück wohnt, bekundete, daß er am Morgen nach der Tat an der Mauer, welche das Grundstück Gerichtstraße 60 von dem Grundstück Panitzstraße 2 trennt, frische Spuren entdeckt habe.

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Mittwoch bis Sonnabend

Versand-Abteilung: Leipziger Strasse | Versand nach ausserhalb erfolgt prompt

Soweit Vorrat

Aussergewöhnlich preiswerte Angebote

Ein Posten Damenstrümpfe 45,55 Pf. Fil d'Ecosse à jour

Ein Posten Reform-Hosen für Damen 2⁴⁵

Herren-Socken 45 Pf. Fil d'Ecosse bestickt, Fil d'Ecosse Jacquard

Herr.-Garnituren 2⁹⁰ 4⁹⁰ Jacke und Hose, geringelt

Lebensmittel

Von der Zusendung ausgeschlossen

- 1 Waggon Cuba-Ananas Pfund 48 Pf.
1 Waggon Murcia-Blut-Apfelsinen Dutzend 30, 40 Pf.
1 Waggon Gänse, gefroren Pfund 53 Pf.
1 Waggon prima Hühner, gefroren Stück 1⁶⁰ 2⁰⁰ 2⁵⁰
Starke Fasanenhähne Stück 2⁵⁰ | Schneehühner Stück 1⁰⁰

